

Die Internationale der demokratischen Sozialisten

Von J. W. Brügel, London

Ein europäischer Staat wird nur auf der Grundlage europäischer Parteien entstehen können, die nicht nur Konglomerate regionaler Sonderinteressen sind, sondern sich durch eine gemeinsame Anschauung und Aussage über den Menschen und seine Aufgabe in unserer Zeit verbunden fühlen.

Daher sind die Ansätze zu übernationalen Verbindungsstellen der Parteien, wie sie sich auf christlich-demokratischer Seite in den *Nouvelles Equipes Internationales*, auf liberaler Seite in der Liberalen Weltunion und auf sozialistischer Seite im Comisco (Komitee der Internationalen Sozialistischen Konferenz) eingebaut haben, für die künftige europäische Entwicklung von größter Bedeutung. Ihre lockere Organisationsform zwingt sie, den Ausgleich der Interessengegensätze nicht in Machtkämpfen, sondern in gemeinsamen geistigen Grundlagen zu suchen. Ihr übernationaler Rahmen kann dazu beitragen, die im nationalen Bereich festgefahrenen ideologischen Grenzen zu relativieren und neue Synthesen zu formen.

Aus diesem Grunde scheint uns die nachfolgende Untersuchung über die Internationale der demokratischen Sozialisten besonders beachtenswert. Der Verfasser, der die Anfänge der Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in der Nachkriegszeit vom günstigen Londoner Beobachtungspunkt aus der Nähe verfolgen konnte, ist in der Lage, aus lebendiger Anschauung zu berichten. Dabei ist er naturgemäß bei aller Objektivität, die er sich in der Rolle des Berichterstatters auferlegt, selbst Partei. Ohne uns im einzelnen mit seinen Ansichten zu identifizieren, glauben wir, daß sie der öffentlichen Diskussion wesentliches Material vermitteln können.

Co.

Die 1923 auf dem Hamburger Kongreß durch Verschmelzung der alten „Zweiten Internationale“ mit der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien“¹ entstandene *Sozialistische Arbeiter-Internationale* (SAI) hatte lange, bevor ihr Büro in Brüssel 1940 von der Gestapo besetzt wurde, als lebendige Kraft zu bestehen aufgehört. Der Traum von einer weltumspannenden, die Taktik der Arbeitermassen aller Länder einheitlich dirigierenden Internationale war allerdings schon 1914 ausgeträumt, als sich alle sozialistischen Parteien der kriegführenden Staaten vor den wirklichen oder vermeintlichen Interessen der Landesverteidigung beugen zu müssen glaubten — nicht ohne auf eine innere Opposition zu stoßen, die entweder, wie in Großbritannien, die pazifistischen Traditionen der Arbeiterparteien in den Vordergrund stellte, oder, wie in Deutschland und Oesterreich, der „sozialpatriotischen“ Haltung das Ideal der internationalen proletarischen Zusammenarbeit entgegenhielt. Nach dem Ersten Weltkrieg ging man darum, sobald die Gegensätze zwischen den „Sozialpatrioten“ (Zweite Internationale) und den „Inter-

nationalisten“ (Arbeitsgemeinschaft, meist „Internationale 2^{1/2}“ genannt) überwunden waren, wesentlich behutsamer an den Neuaufbau der durch die Losreißung des bolschewistischen Flügels und dessen organisatorische Verselbständigung geschwächten sozialistischen Internationale. Aber man ließ sich doch dazu verleiten, in das Statut der SAI eine Bestimmung über den für die Mitgliedsparteien bindenden Charakter von Beschlüssen aufzunehmen, die von der Internationale gefaßt worden waren². Solange der europäische Horizont³ noch nicht von den Wolken der Kriegsdrohung verdüstert war, war es verhältnismäßig nicht schwer, die Politik der angeschlossenen Parteien halbwegs in Einklang mit den im Rahmen der Internationale gefaßten richtunggebenden Beschlüssen zu halten. Alle sozialistischen Parteien traten für Frieden, Abrüstung und Sicherheit ein; die von Léon Blum geführten französischen Sozialisten standen in der Frage der Ruhrbesetzung und der Reparationen an der Seite ihrer deutschen Genossen und in heftiger Opposition gegen den durch den Namen *Poincaré* bezeichneten Regierungskurs⁴. Aber

als nach dem 30. Januar 1933 die Frage des Krieges aus einer theoretischen Erörterung zu einer lebendigen Gefahr geworden war und als das zahlenmäßig stärkste Glied der Internationale, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in Illegalität gedrängt wurde, bald darauf gefolgt von jener Partei, die den stärksten ideologischen Beitrag zur Politik der Internationale geleistet hatte, nämlich der österreichischen⁵, veränderte das die Struktur der SAI von Grund auf. Man war natürlich einheitlich in der Beurteilung des Regimes, das in Deutschland zur Macht gelangt war, und in der Beurteilung der Gefahren, die es für die freie Welt heraufbeschwören konnte. Man war vielleicht auch insgeheim einheitlich in der Erkenntnis der Notwendigkeiten der Abwehr dieser Gefahren, aber alle Versuche, die noch legalen sozialistischen Parteien auf eine Formel festzulegen, in deren Rahmen diese Abwehr organisiert werden sollte, schlugen fehl und mußten fehlschlagen, da die meisten sozialistischen Parteien inzwischen infolge Teilnahme an Regierungskoalitionen sich der jeweiligen außenpolitischen Strategie ihres Landes stärker verpflichtet fühlten als einer gar nicht greifbar vorhandenen internationalen antifaschistischen Strategie der Arbeiterklasse. Versuche, eine solche zu entwickeln, stießen aber auch auf den Widerstand der britischen Labour Party, die zwar in Opposition stand und gegen die Appeasementpolitik der *Baldwin* und *Neville Chamberlain* das Konzept der kollektiven Sicherheit, der gemeinsamen Abwehrfront gegen einen Angreifer, weiterverfocht, aber doch Erwägungen der internationalen Solidarität der Verantwortung für das Schicksal des eigenen Landes unterordnete. Hinzu trat bei der Labour Party, aber auch bei anderen Parteien, die sich eine mit demokratischen Mitteln nicht zu erschlütternde innerpolitische Stellung erungen hatten, die Unlust, auch nur den Anschein zu erwecken, ihre politische Linie würde nicht auf ihren eigenen Konferenzen demokratisch festgesetzt, sondern ihr von außen her von einer fast anonymen, im politischen Halbdunkel wirkenden Körperschaft auferlegt. Diese Unlust wurde noch verschärft durch die Tatsache, daß immer mehr Mitgliedsparteien (Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Spanien) ihrer legalen Beteiligungsmöglichkeit beraubt wurden und die von ihnen eingeschlagene Taktik nicht von der Mitgliedschaft auf demokratischem Wege gebilligt werden konnte. Da man sich nicht darauf verpflichten wollte, gefaßte Beschlüsse buchstabengetreu durchzuführen, faßte man eben keine Beschlüsse mehr und reduzierte die SAI auf nicht viel mehr als eine Austauschstelle für Informationen. Es wäre unmöglich gewesen — und es wurde vorsichtshalber auch gar nicht versucht —, wenigstens nachträglich zu einer gemeinsamen internationalen sozialistischen Beurteilung der Aggressionsakte des Dritten Reiches gegen

Oesterreich und die Tschechoslowakei zu gelangen⁶. Eine gemeinsame Kundgebung der sozialistischen Parteien aus Anlaß des Kriegsausbruches wurde gar nicht erwogen, obwohl — im Gegensatz zum ersten Weltkrieg — die Sympathien und die Unterstützung der sozialistischen Parteien nicht zwischen den kriegführenden Staaten geteilt waren⁷.

Anfänge der Nachkriegszusammenarbeit

Ein bescheidenes Ausmaß gegenseitiger Konsultation zwischen der Labour Party und den in London ansässigen Vertretern der kontinentalen Parteien wurde während des ganzen Krieges aufrechterhalten. Gleich nach Kriegsende setzten über Initiative der britischen Arbeiterpartei, die sich inzwischen zur führenden und nahezu ausschlaggebenden Partei des demokratischen Sozialismus entwickelt hatte, Bemühungen um Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den einzelnen sozialistischen Parteien ein. Diese Bemühungen zielten freilich nicht auf die Erneuerung der Internationale als Selbstzweck, sondern praktisch auf die Schaffung eines zusätzlichen Forums für die außenpolitischen Bestrebungen des Labourregimes hin. Solange noch eine Hoffnung auf Vermeidung eines vielen unüberbrückbar dünkenden Konfliktes zwischen West und Ost zu bestehen schien, suchte die Labour Party, die in ihrem eigenen Rahmen nicht zu der geringsten ideologischen Konzession an die von Moskau gelehrtten Auffassungen bereit war, durch Vermeidung der Betonung der Grundsätze des demokratischen Sozialismus auf einer internationalen Plattform die Türe für die von Moskau sanktionierten sozialdemokratischen Parteien Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei offenzuhalten. Das war nur möglich, wenn die Organisation so lose als möglich war — dies war einer der Gründe, warum sich die Labour Party, sekundiert von den skandinavischen Parteien, gegen die von französischer, belgischer und österreichischer Seite jenseits aller taktischen Gesichtspunkte verlangte Schaffung einer Internationale nach alten Muster wandte. Ein anderer Grund war die Voreingenommenheit gegen nicht mit den gewohnten vollen demokratischen Kautelen zustandgekommene Beschlüsse internationaler Instanzen. Aus ganz anderen Gründen unterstützte die damalige kryptokommunistische Führung insbesondere der polnischen und tschechoslowakischen Sozialdemokratie die britische Haltung. Auch sie wollte damals die Türe nach dem Westen nicht ganz zuschlagen, suchte aber ideologisch-politischen Bindungen auszuweichen und benützte ihre Teilnahme hauptsächlich dazu, die Schaffung einer internationalen Aktionseinheit auf demokratisch-sozialistischer Grundlage zu sabotieren.

An der ersten *Besprechung im Mai 1946 in Clacton* (England) nahmen Sozialisten aus den Siegerstaaten, den neutralen Ländern und Oesterreich teil. Es wur-

den überhaupt keine politischen Beschlüsse gefaßt und nur die Einsetzung eines kleinen, an den Apparat der Labour Party angeschlossenen Informationsbüros in London beschlossen. Die erste ordentliche *Konferenz in Bournemouth* (November 1946) nahm die formelle Liquidierung der SAI vor, setzte einen ständigen Ausschuß mit dem Sitz in London ein und führte eine politische Aussprache, in der die wahren Gegensätze durch einen Scheinkampf um die Zulassung der SPD getarnt waren. Die Opposition jener, die sich damals als legitimierte Sprecher der polnischen und tschechoslowakischen Sozialdemokratie ausgaben — man hat sich gehütet, die Legitimation zu prüfen —, gegen eine Zulassung der deutschen Partei zur internationalen Gemeinschaft demokratischer Sozialisten hat man damals als den Ausfluß eines übersteigerten, aber durch Kriegserfahrungen begründeten Nationalismus betrachtet; heute wird man sie vielleicht doch als kryptokommunistische Quertreiberei zu durchschauen bereit sein. Die Auseinandersetzungen um die SPD beherrschten die folgende *Konferenz in Zürich* (Juni 1947), zu der Dr. Schumacher eingeladen war. Sie fanden erst ihren Abschluß im Dezember 1947 in *Antwerpen*, als die Aufnahme der deutschen Partei mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit möglich geworden war. Inzwischen hatte sich in der kommunistischen Politik die radikale Wendung vollzogen, die ihren deutlichsten Ausdruck in der Kampfstellung gegen den Marshall-Plan und der Bildung der Kominform fand. In *Antwerpen* hatte man versucht, darüber hinwegzugleiten, aber schon die Ereignisse des Februar 1948 in der Tschechoslowakei brachten die unausweichliche Klärung: sie bestand im Ausschluß oder im „freiwilligen“ Ausscheiden der durch Kryptokommunisten vertretenen Parteien, dem erst nach längerem zeitlichem Abstand die Anerkennung sozialdemokratischer Emigrationsgruppen aus den betreffenden Ländern durch die — bis jetzt namenlose — internationale Gemeinschaft sozialistischer Parteien folgte⁸.

Auf dem Wege zur Sozialistischen Internationale

Die nächste *Konferenz in Wien* (Juni 1948) beschäftigte sich unter dem Eindruck der gewaltsamen Unterdrückung der Freiheit in den kommunistisch regierten Ländern mit der eindeutigen Abgrenzung der demokratisch-sozialistischen Kräfte gegenüber Bestrebungen, der Liquidierung der kapitalistischen Produktionsweise in gewissen Staaten den Vorrang vor der politischen Demokratie und den Freiheitsrechten des Einzelwesens, wie sie in anderen Staaten verwirklicht sind, zuzuerkennen. Die einstimmig angenommene Deklaration lehnt den Einparteiensstaat ab und bekräftigt den Glauben der demokratischen Sozialisten an die „klassischen“ Menschenrechte (Freiheit der Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Schutz vor

willkürlichen Verhaftungen, Recht auf Opposition usw.)⁹. Die *Konferenz in Baarn* (Holland, Mai 1949) stand im Zeichen der Auseinandersetzungen zwischen „Föderalisten“ und „Funktionalisten“ um die Fragen der Integrierung Europas, die durch die knapp vorher erfolgte Gründung des Europarates besondere Aktualität erhalten hatten¹⁰. Die am Vorabend der kominformistischen Aggression in Korea abgehaltene *Konferenz in Kopenhagen* (Juni 1950) eröffnete eine noch nicht abgeschlossene Aussprache über die ideologischen Grundlagen des demokratischen Sozialismus und brandmarkte die Kominformpolitik als die Hauptverantwortliche für die gegenwärtige Kriegsgefahr, ohne sich aber — mit Rücksicht auf Schweden und die Schweiz, aber auch auf Deutschland und Oesterreich — ausdrücklich zum Atlantikpakt zu bekennen¹¹.

Inzwischen hatte die internationale sozialistische Zusammenarbeit ohne formelles Bestehen einer Internationale eine Intensität angenommen, die sie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen trotz Bestehens der SAI nie besessen hatte¹². Das äußerte sich vor allem in dem Ausbau des Londoner Sekretariats und der Bestellung eines administrativen Sekretärs in der Person von Julius Braunthal. In dieser Situation fiel ein belgischer Vorschlag, die bestehende Organisation in Sozialistische Internationale umzubenennen, auf fruchtbaren Boden. Die noch bestehenden Gründe für die britisch-skandinavische Zurückhaltung waren in Wegfall gekommen, als der belgische Antrag ausdrücklich auf einen die Mitgliedsparteien bindenden Charakter gefaßter Beschlüsse verzichtete. Das Kernstück der diesbezüglichen Entscheidung der Londoner Comisco-Sitzung (März 1951) lautet:

„Gemeinsames Wirken sozialistischer Parteien muß auf dem Einverständnis aller beruhen. Resolutionen internationaler sozialistischer Körperschaften müssen die Uebereinstimmung der Auffassungen der Parteien ausdrücken. Sie können Parteien, die ihren Mitgliedern und Wählern verantwortlich sind, nicht binden. Eine internationale sozialistische Körperschaft kann nicht Befehlsgewalt beanspruchen.“

Die 1951 fällige internationale *Konferenz wird am 30. Juni in Frankfurt* beginnen und der formelle Gründungskongreß der Sozialistischen Internationale sein. Sie wird sich mit den aktuellen politischen Fragen und daneben hauptsächlich mit einer auf Grund der bisherigen Diskussion von einer Redaktionskommission auszuarbeitenden Deklaration der Grundsätze des internationalen demokratischen Sozialismus zu beschäftigen haben. Die schrittweise Entstehung der Sozialistischen Internationale ist ein klassischer Fall der Anwendung „funktioneller“ Methoden. Nur die zukünftige Erfahrung kann darüber entscheiden, ob sie sich bewährt hat und ob sie zur

Schaffung eines internationalen sozialistischen Bewußtseins führen wird.

Zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus

Was ist aus jenen sozialdemokratischen Parteien geworden, die 1948 aus der Organisation ausgeschieden sind? Gleichzeitig mit der Wiener Konferenz fand eine *Trutzkonferenz in Warschau* statt, die von Vertretern aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Italien, Finnland und einem Franzosen besichtigt war. Diese Trotznationale ist nie wieder zusammengetreten. Die dort vertretenen Parteien der Tschechoslowakei, Ungarns und Polens gingen kurz darauf in den kommunistischen Parteien ihrer Länder auf. Analoge Gruppen in Bulgarien und Rumänien hatte dieses Schicksal schon früher ereilt. Es bleiben also von Parteien mit der Bezeichnung „sozialistisch“ links von der Sozialistischen Internationale nur eine finnische Gruppe und die von *Nenni* geführte Sozialistische Partei Italiens übrig, denen sich in der Zwischenzeit noch eine zahlenmäßig unbedeutende Abspaltung von der Sozialistischen Partei Oesterreichs zugesellte. Nur zwischen dieser und der Partei Nenni scheint es gewisse Verbindungen zu geben. Es handelt sich um drei Gruppen, die sich durch keine Nuance und nur durch den Namen von der offiziellen kommunistischen Linie unterscheiden. Das gilt nicht ganz von der israelischen Partei Mapam, die links von der Mehrheitspartei Mapai steht und für sozialistische Neutralität im Streit zwischen West und Ost eintritt, ohne daß man sie als kryptokommunistisch bezeichnen könnte.

In Italien gab es den einzigen Fall der ohne Druck erfolgten Unterordnung der sozialistischen Parteiführung unter kommunistisches Kommando. Das hat lange die Illusion genährt, daß man die Partei auf demokratischem Wege zurückerobern könne. Darum hat es statt einer einzigen mehrere zeitlich weit auseinanderliegende Abspaltungen antikommunistischer Elemente gegeben. Erst nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten ist es jetzt gelungen, diese divergierenden Elemente in einer einzigen demokratisch-sozialistischen Partei zusammenzufassen¹³.

Das Kräfteverhältnis im internationalen Maßstab

Die heutige Sozialistische Internationale ist wiederum hauptsächlich eine europäische Parteigemeinschaft, und wenn man von Irland, Portugal und der Türkei absieht¹⁴, deckt sich die Zahl der Länder mit legalen und aktiven Mitgliedsparteien mit dem Verzeichnis der in der „Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zusammengeschlossenen Staaten. Daneben erkennt die Internationale als angeschlossene Mitglieder („Beobachter“) die Exilvertretungen der zur Illegalität verurteilten sozialistischen Parteien Mittel- und Osteuropas (Bulgarien,

Jugoslawien, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn) an¹⁵. Vollmitglieder (nicht bloße Beobachter) sind die Argentinische Sozialistische Partei und die spanischen Exilsozialisten. Bei allen Emigrationsparteien fehlen natürlich sowohl Angaben über Mitgliederzahlen als auch über die verhältnismäßige Stärke. Keinem bestimmten Land ist der der Internationale angeschlossene (nichtzionistische) „Internationale Jüdische Bund“ zuzuzählen. Auch der als Mitglied figurierende Verband der sozialistischen Zionisten (Poale Zion) ist eine weltweite Organisation: weniger als die Hälfte (85 000) der von ihm ausgewiesenen Mitgliederzahl von 250 000 lebt in Israel, wo die Partei unter dem Namen Mapai die Führung innerhalb der Regierungskoalition innehat.

Die letzten der verfügbaren Zahlenangaben über die legalen Parteien ergeben folgendes Bild:

Land	Mitgliederzahl	Stimmenzahl bei den letzten Parlamentswahlen	Prozents. der abgg. Stimmen
Belgien	132 000	1 705 000	34.51
Dänemark	295 000	813 000	39.6
Deutschland	736 000	6 934 000	29.2
Berlin, westliche Sektoren		654 000	44.7
Finnland	100 000	495 000	24.3
Frankreich	156 000	3 432 000	17.9
Griechenland (ELD)	Zahlen nicht bekannt		
Großbritannien	5 900 149	13 296 000	46.7
Indien (Sozial. Partei)	126 000	—	—
Island	2 000	12 000	17
Israel (Mapai)	85 000	155 000	35
Italien			
Partito Socialista dei Lavoratori (Saragat)	120 000		
Partito Socialista Unitario (Romita)	100 000	1 858 000	7.10
Sozialdemokratische Partei Südtirols (Beobachter)	—	—	—
Japan	100 000	7 316 000	25.5
Kanada (CCF)	95 000	782 000	13.38
Luxemburg	3 000	481 000	—
Malta	8 500	30 332	30
Niederlande	110 000	1 244 000	25.7
Norwegen	203 000	801 000	46
Oesterreich	616 000	1 624 000	38.8
Saar	11 000	147 000	32.8
Schweden	860 000	1 817 000	49.1
Schweiz	53 000	258 000	26.3
Triest	Zahlen nicht bekannt		
Uruguay	1 000	16 000	2.5
Vereinigte Staaten			
Socialist Party (Beobachter)	30 000	140 000	—

In Großbritannien und in den skandinavischen Ländern hat der demokratische Sozialismus schon mehr als zwei Fünftel der gesamten Wählerschaft an sich reißen können: die Wählerzahlen, die er für sich zu buchen vermag, bleiben, besonders im Falle Schwedens, nicht weit hinter 50 Prozent zurück¹⁶. In allen übrigen wichtigen Staaten Europas, mit Aus-

nahme von Frankreich und Italien, ist die untere Grenze des sozialistischen Einflusses ein Viertel der Wählerschaft, die obere nähert sich in vielen Fällen zwei Fünftel. Da aber die Gegner des demokratischen Sozialismus auf der Rechten nicht den gleichen Grad von organisatorischer und ideologischer Geschlossenheit aufbringen, verkörpern die für sozialistische Parteien abgegebenen Stimmen vielfach ein größeres Stück politischen Einflusses, als es aus dem bloßen Zahlenverhältnis ersichtlich ist.

In Großbritannien, Norwegen und Schweden sind die demokratischen Sozialisten die einzigen Träger der Regierungsverantwortung. Bis vor kurzem galt das auch für Dänemark. In Kanada stellt die CCF (Commonwealth Cooperative Federation) die Regierung der Provinz Saskatchewan, in Deutschland hat die Sozialdemokratische Partei die Alleinverantwortung in Hessen inne und ist Koalitionspartner in Bayern, Berlin, Hamburg und Bremen. In den übrigen Ländern der Bundesrepublik stehen die Ergebnisse für die Regierungsbildung nach den Landtagswahlen im Mai noch aus. Die österreichischen, französischen, israelischen, niederländischen, finnischen und schweizerischen Sozialdemokraten sind in der die Geschicke des betreffenden Landes lenkenden Regierungskoalition vertreten. Das gleiche war noch vor kurzer Zeit bei der italienischen Saragat-Partei (PSLI, inzwischen in der Einheitspartei aufgegangen) und den Saarsozialisten der Fall. Die SPD nimmt an den Regierungsgeschäften in Berlin, Bayern und Niedersachsen teil. Die belgischen, isländischen, luxemburgischen und japanischen Parteien waren in Nachkriegskoalitionen vertreten, sind es aber heute nicht.

Sozialdemokraten und Kommunisten

Wie stark sind in den demokratischen Ländern die Sozialdemokraten im Verhältnis zu den Kommunisten, ihren erbittertsten Konkurrenten beim Ringen um die Seele der breiten Massen? Ein Vergleich der beiderseitigen Wahlergebnisse liefert bemerkenswerte Ergebnisse¹⁷. Wenn man die zwölf sozialdemokratischen Parteien mit dem stärksten Anteil an Wählerstimmen zusammenfaßt, lautet die Reihenfolge, die mit 46,4 Prozent beginnt (inzwischen ist Schweden mit 49,1 Prozent an die Spitze gelangt) und bis zu 7,1 Prozent heruntergeht, folgendermaßen: Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Oesterreich, Belgien, Deutschland, Finnland, Schweiz, Niederlande, Frankreich, Italien. Setzt man nun in die so gewonnene Tabelle das Stärkeverhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ein, ergibt sich eine geradezu frappierende Uebereinstimmung:

Großbritannien . . .	mehr als 100 (Die Zahl der Labourstimmen beträgt mehr als das Hundertfache der kommunistischen)
Norwegen	8

Schweden	7
Dänemark	6
Oesterreich	8
Belgien	7,5
Deutschland	5
Finnland	1,3
Schweiz	5
Niederlande	2,9
Frankreich	0,63
Italien	0,23

In allen Ländern, in denen der demokratische Sozialismus tiefe Wurzeln geschlagen hat, ist der Kommunismus eine quantité négligeable. Dort, wo die Positionen des demokratischen Sozialismus schwach sind, üben die Kommunisten eine große Anziehungskraft auf die Wähler aus. Die Stärke des kommunistischen Einflusses steht in einer umgekehrten Proportion zum Ausmaß des sozialdemokratischen Einflusses auf die Wählerschaft.

Sozialistische Parteien außerhalb Europas

Wie schon gesagt, ist die Sozialistische Internationale im Wesen eine europäische Organisation. Sowohl innerhalb als auch außerhalb ihres Gefüges stehen aber nicht unbedeutende außereuropäische Parteien, die sich zu den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus bekennen. Mapai, die wichtigste Partei Israels, ist allerdings eine Schöpfung europäischer Auswanderer. Die kanadischen, indischen und japanischen Mitgliedsparteien der Internationale sind aber — wenn auch durch europäische Vorbilder angeregte — im Lande verwurzelte Bewegungen. Neuerdings hat die Sozialistische Partei Chiles ihren Beitritt zur Internationale vollzogen. Die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten war Mitglied der SAI, sie litt aber in den letzten Jahren infolge Beharrens auf einer eigenen Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen an Krisen und Abspaltungen, so daß man es für geraten hielt, ihr jetzt nur einen Status als Beobachter zuzubilligen. Neben ihr besteht in den Vereinigten Staaten die Social Democratic Federation, die 1948 für die Wahl Trumans eintrat. Ob sich, wie oft angenommen wird, aus dem Schoße der 15 Millionen Mitglieder umfassenden amerikanischen Gewerkschaftsbewegung heraus eine Arbeiterpartei nach britischem Muster bilden wird, hängt von der inneren Entwicklung der Demokratischen Partei ab.

Zu der 40 Prozent der australischen Wählerschaft repräsentierenden australischen Arbeiterpartei hat die Sozialistische Internationale keinerlei Beziehungen, zur neuseeländischen Arbeiterpartei nur lose. Die kleine südafrikanische Labour Party könnte, wenn sie sich darum bemühte, kaum Aufnahme finden, da sie sich noch nicht zu einer Politik der Verwerfung der Farbenschanke durchgerungen hat. Auch die in verschiedenen britischen Kolonien bestehenden Arbeiterparteien haben mit Ausnahme der maltesischen noch

keinen Anschluß an die Internationale gesucht. Hierher gehört beispielsweise die Arbeiterpartei der westindischen Insel Barbados, die die Mehrheit in der gesetzgebenden Körperschaft innehat und die Regierung führt. Es ist allerdings zu sagen, daß bei diesen Gruppen die Scheidelinie zwischen Partei und Gewerkschaft oft schwer zu ziehen ist und daß sie meist dem Brüsseler Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angehören, von dem sie mehr praktische Hilfe in ihren vielfältigen Schwierigkeiten erwarten können. Nichtsdestoweniger bleibt die Ausdehnung des Aktionsradius der Sozialistischen Internationale auf außereuropäische Länder geradezu eine Schicksalsfrage des demokratischen Sozialismus.

Die ideologischen Grundlagen des demokratischen Sozialismus

Manche Streitfragen, die die sozialistischen Parteien vor einem Menschenalter entzweiten, hat die politische Entwicklung inzwischen selbst entschieden. Ob sich die Arbeiterparteien nun zu den Lehren von Marx und Engels bekennen oder nicht, auch für sie gilt das von Marx auf den Einzelmenschen gemünzte Wort, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt und nicht umgekehrt das Bewußtsein das Sein. Die Auseinandersetzungen zwischen Kautsky und Bernstein (um die Jahrhundertwende) um Revolution und Reform haben keinerlei aktuelle Bedeutung mehr. In vielen Ländern, wie in Frankreich und Oesterreich, hat zwischen den zwei Weltkriegen die Frage der Teilnahme sozialistischer Parteien an Regierungen, die in ihrer Mehrheit nichtsozialistisch waren, die Gemüter erhitzt. Heute ist man sich darüber einig, daß das keine prinzipielle Frage ist und daß sie von Fall zu Fall beurteilt werden muß. Daß die französischen und österreichischen Sozialisten jetzt an der Regierung ihres Landes teilnehmen müssen, um die Demokratie zu sichern, steht außer Diskussion, die höchstens noch der Frage gilt, ob dem Ziel der Sicherung der Demokratie nicht durch eine stärkere Berücksichtigung spezifisch sozialistischer Zielsetzungen innerhalb der Regierungskoalition besser gedient wäre. Alle sozialistischen Parteien vertreten heute den Grundsatz der Landesverteidigung gegen eine totalitäre Aggression. Nichtsdestoweniger gibt es zwischen den einzelnen der Internationale angeschlossenen Parteien und innerhalb dieser Parteien tiefgehende Differenzen.

„Bewußter“ und „unbewußter“ Marxismus

Diese Differenzen liegen offen zutage, soweit sie sich — wie die Fragen der europäischen Zusammenarbeit, der Schuman-Plan oder Schwedens Ablehnung des Beitritts zum Atlantikpakt — auf konkrete Problemstellungen der politischen Praxis beziehen. Weniger deutlich ist die Natur der bestehenden ideologi-

schen Differenzen. Es wird meist angenommen, daß es sich hier um eine Auseinandersetzung zwischen Marxisten und Nichtmarxisten innerhalb der Arbeiterbewegung handelt und daß der Einfluß der Marxischen Lehren auf die Arbeiterparteien im Rückgang begriffen ist. Die Probleme so darzustellen, hieße, sie zu simplifizieren. So wenig ein Zweifel darüber besteht, daß die Zahl der Parteien und Einzelpersonlichkeiten zurückgeht, die sich zu einem vor 100 Jahren in einer völlig anderen Welt errichteten Gedankengebäude bekennen, so wenig kann man daran zweifeln, daß auf der anderen Seite in bezug auf zahlenmäßige Stärke und auf politischen Einfluß die Bedeutung der „unbewußten“ Marxisten steigt. Unter dem niederschmetternden Eindruck der Negierung aller Menschenrechte durch die totalitären Regime und zuletzt unter dem Eindruck der Exzesse geistiger Unduldsamkeit, die ein Wesensmerkmal des Kommunismus ist, hat man innerhalb der Arbeiterbewegung begonnen, sich mehr und mehr auf die Notwendigkeit gegenseitiger Toleranz und menschlicher Brüderlichkeit, auf den ethischen Appell zu besinnen und den Kampf um Menschenrecht und Menschenwürde dem Kampf um materielle Forderungen voranzustellen. Am klarsten hat das wohl Koos Vorrink, der Vorsitzende der holländischen Partei der Arbeit¹⁸, auf der Wiener Konferenz (1948) ausgesprochen:

„Ich glaube, daß die wesentlichen Ziele der Sozialisten nicht in einer sozialökonomischen Struktur der Gesellschaft liegen, denn das ist meiner Auffassung nach nur ein äußeres Mittel, um das eigentliche Ziel, das dahintersteckt, zu erreichen. Dieses wesentliche Ziel der Sozialisten aber ist die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit innerhalb einer sinnvollen Gesellschaft.“

Demgegenüber halten die Marxisten daran fest, daß der Marxismus kein starres System, sondern eine Denkmethode, eine Methode der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung sei¹⁹ und daß gerade in dem Bestreben der Arbeiterbewegung, den arbeitenden Menschen im weitesten Sinne des Wortes die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen, der Appell an das Ethos im Menschen, der Ruf nach Recht und Gerechtigkeit am stärksten mitschwingt, viel stärker, als das einem isolierten, nicht auf einer Massenbasis beruhenden Kampf um abstrakte Gerechtigkeit möglich sei. Sicher sei, sagen die Marxisten, die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit das wesentliche Ziel der sozialistischen Bewegung, doch wäre es ein Rückfall in eine Utopie, zu verkennen, daß dieses Ziel nur verwirklicht werden kann in einer bestimmten sozialökonomischen Struktur, die es eben zu erkämpfen gelte²⁰. So wie vor 50 Jahren Karl Kautsky die Aufnahme der Labour Party, deren Denken jeder Klassenkampffideologie abhold war und ist, in die Internationale mit der Begründung

empfohlen hat, daß sie den Klassenkampf des Proletariates wirksamer führe als andere Parteien, so hat Angelika Balabanoff beim Kopenhagener Kongreß 1950 darauf hingewiesen, daß gerade die nicht-marxistische Labour Party dadurch, daß die von ihr durchgeführten Reformen an die Wurzeln einer Gesellschaftsordnung greifen, die nach sozialistischer Auffassung die volle Verwirklichung von Freiheit, Recht und Moral hindert, erst die Voraussetzungen für eine moralische Höherentwicklung der Menschheit schaffe.

Das ideologische Dilemma der Gegenwart

Aber das wahre ideologische Dilemma, in dem sich der demokratische Sozialismus heute befindet, steht zwar mit den Auseinandersetzungen über Marxismus, Klassenkampf und Ethik in gewisser Verbindung, liegt aber doch auf einer anderen Ebene. Der demokratische Sozialismus, den wir als ein Streben nach einer Gesellschaftsordnung kennzeichnen können, in der das Maximum an sozialer Gerechtigkeit und das Maximum an persönlichen Freiheiten miteinander verschmolzen sind, ist seiner ganzen Tradition zufolge antikapitalistisch. Aber der Kapitalismus hat sich in den letzten 80 Jahren erheblich gewandelt, nicht zuletzt als Folge der Existenz einer wohlorganisierten und schlagkräftigen Arbeiterbewegung. Er hat nicht abgedankt, aber er bestreitet dort, wo politische Demokratie besteht, einer gegen seine Existenz gerichteten Arbeiterbewegung nicht mehr das Lebensrecht. Im gegen ist der demokratischen Arbeiterbewegung im Bolschewismus ein Gegner erstanden, mit dem es nach der Natur dieses Gegners nur einen Kampf um Sein oder Nichtsein geben kann. Es war darum eine Lebensnotwendigkeit für den demokratischen Sozialismus, sich nach dieser Seite hin ideologisch abzugrenzen, die Bedeutung der politischen Demokratie gerade für die Möglichkeiten einer Verwirklichung sozialistischer Zielsetzungen zu unterstreichen²¹ und darauf hinzuweisen, daß der Sozialismus nur in Freiheit erstehen kann. Die Abgrenzung nach der anderen Seite ist heute weniger klar. In der landläufigen Agitation beschränkt man sich auf eine ablehnende Haltung sowohl dem Sowjetkommunismus als auch dem Monopolkapitalismus gegenüber („Weder Moskau noch Washington“), aber eine im gleichen Atemzug ausgesprochene Ablehnung beider stößt sich an den unleugbaren Realitäten: auch das kommunistische Jugoslawien kann der Kominform nur deshalb die Stirn bieten, weil es der Hilfe der Vereinigten Staaten sicher ist. Nicht in allen Staaten, die in den Marshall-Plan einbezogen wurden, hat der demokratische Sozialismus Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten, aber es ist eine nicht unwesentliche Tatsache, daß er sie nur in Staaten hat, die Partner des Marshall-Plans sind und nach der kominformisti-

schen Terminologie unter der Botmäßigkeit des amerikanischen Imperialismus stehen. Auf der anderen Seite werden wenige Sozialisten Arthur Koestlers apodiktischer Formulierung zustimmen, daß „die Antinomie: rechts oder links, Sozialismus oder Kapitalismus, heute weitgehend ihren Sinn eingebüßt hat“²². Sie werden zweifellos finden, daß der Gegensatz, der die Welt gegenwärtig erschüttert, nicht ein Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist (wenngleich viele der Meinung sein werden, daß die Ungelöstheit dieses Konflikts jenen Gegensatz erzeugt hat), sondern einer zwischen Diktatur und Demokratie. Aber jene, die versuchen, die ideologischen Grundlagen des demokratischen Sozialismus angesichts der Gegebenheiten der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts zu umreißen, stehen vor der Aufgabe, die Grenzlinie auch nach der anderen Seite zu ziehen. Denn auch die Formel „Demokratie gegen Diktatur“ ist nur den machtpolitischen Verhältnissen angepaßt, nicht aber den geistigen Strömungen der Zeit, an denen gerade der demokratische Sozialismus nicht vorbeigehen kann und aus denen sich als die wahre Streitfrage der Gegenwart die Erörterung darüber herauskristallisieren läßt, ob man soziale Gerechtigkeit auch verwirklichen kann, wenn man die Freiheitsrechte der Menschen mit Füßen tritt. Die Machtpositionen des Kapitalismus mögen vielfach noch unerschüttert sein, aber in der geistigen Auseinandersetzung hat der Sozialismus insoweit bereits gesiegt, als der von ihm verkündete kategorische Imperativ der sozialen Gerechtigkeit im weltweiten Maßstab nicht mehr ernstlich bestritten wird. Bestritten ist im Wesen nur noch der Weg, der zu ihrer Verwirklichung führen soll. Im Kampfe zwischen West und Ost ist der Standort des demokratischen Sozialismus durch die Tatsache gegeben, daß man im Westen ein Vorkämpfer des Ostens sein kann, im Osten jedoch niemals ein Vorkämpfer des Westens. Aber gerade daraus ergibt sich, daß im westlichen Lager geistige Uniformität begrifflich ausgeschlossen ist und daß der demokratische Sozialismus seine eigenen Auffassungen und nicht ihm wesensfremde vertritt.

Die Neuformulierung der sozialistischen Grundauffassungen, die der Frankfurter Kongreß vornehmen soll, rührt also an die entscheidenden Fragen der Zeit. Ist das Zurücktreten (nicht: Verschwinden) des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit eine vorübergehende, ist es eine dauernde Erscheinung? Die Nichtmarxisten innerhalb der sozialistischen Bewegung werden zur Lösung dieses Problems wahrscheinlich ein teilweises Abrücken vom traditionellen sozialistischen Gedankengut, die Marxisten die Anwendung der Marxschen Denkmethode auf die Problemstellungen der Gegenwart²³ verlangen. Wenn es dem Frankfurter Kongreß gelingt, aus den Erfahrungen der Vergangenheit und den Erkenntnissen der

Gegenwart die Synthese zu formen, die den Ausweg aus der ideologischen Krise unserer Zeit weist, wird er ein Werk vollbracht haben, das weit über die Rei-

hen der Arbeiterbewegung hinaus der Aufmerksamkeit der gesamten politischen Öffentlichkeit der Welt sicher sein kann.

Anmerkungen

¹⁾ Die Hauptparteien der Zweiten Internationale nach dem Krieg waren die deutschen Mehrheitssozialdemokraten, die Labour Party und die schwedische Sozialdemokratie. Zur weiter links stehenden „Arbeitsgemeinschaft“ gehörten u. a. die deutschen Unabhängigen (USP), die österreichischen und französischen Sozialisten sowie die Independent Labour Party (ILP). Letztere ist inzwischen von der internationalen Bildfläche ganz verschwunden und führt im Lande selbst ein Schattendasein.

²⁾ „Die SAI kann nur Realität werden, wenn ihre Entscheidungen in allen internationalen Fragen für die angeschlossenen Körperschaften bindend sind. Die Beschlüsse der Internationale werden daher eine freiwillige Beschränkung der Autonomie der angeschlossenen Organisationen beinhalten... In Streitigkeiten zwischen Nationen wird die Internationale von den angeschlossenen Parteien als höchste Autorität anerkannt werden.“

³⁾ Die SAI war praktisch nur eine europäische Organisation.

⁴⁾ Näheres darüber bei Karl Kautsky: „Sozialisten und Krieg“, Prag 1937, sowie John Price: „The International Labour Movement“, London 1945.

⁵⁾ Sekretär der SAI von 1923 bis 1939 war der Oesterreicher Friedrich Adler; nur in den ersten Jahren übte er diese Funktion gemeinsam mit dem Engländer Tom Shaw aus. Die führenden theoretischen Köpfe innerhalb der SAI waren Léon Blum und der Oesterreicher Otto Bauer, der 1938 in der Emigration in Paris starb.

⁶⁾ Siehe dazu das schon erwähnte Buch von John Price und weiter Adolf Sturmthal: „The Tragedy of European Labor“, 1918 bis 1939 (New York 1943, London 1944).

⁷⁾ Der exilierte Parteivorstand der SPD hat bis zum Zusammenbruch Frankreichs auf jeden der Gewaltakte des Dritten Reiches mit einer Protesterklärung reagiert.

⁸⁾ In Antwerpen hatte man die organisatorische Verselbstständigung des Londoner Sekretariats und die Schaffung eines ständigen Ausschusses der Vollkonferenz (Committee of the International Socialist Conference=Comisco) beschlossen. Seither hat sich die Bezeichnung „Comisco“ für die ganze Organisation eingebürgert.

⁹⁾ Abgedruckt von Julius Braunthal („The Rebirth of Social Democracy“, *Foreign Affairs*, New York, Juli 1949, deutsch unter dem Titel: „Nachkriegsströmungen im europäischen Sozialismus“, *Zukunft*, Wien, Oktober 1949).

¹⁰⁾ Europa-Archiv, 13/1949, S. 2288. Siehe weiter hierzu Denis Healey: „The Socialist Parties and European Unity“, *The World Today*, London, Oktober 1950.

¹¹⁾ Europa-Archiv, 15/1950, S. 3253.

¹²⁾ Neben den Vollkonferenzen und den Comisco-Sitzungen gab es wiederholte Beratungen eines Komitees sozialistischer Wirtschaftsfachleute, die sich mit aktuellen Fragen (Nationalisierung der Industrie, Integrierung der europäischen Grundindustrien, Liberalisierung des Handels usw.) befaßten.

¹³⁾ Sie hat den Namen „Sozialistische Partei, Italienische Sektion der Sozialistischen Internationale“ angenommen, in Anlehnung an den Namen der französischen Partei (SFIO),

die überhaupt nur „Französische Sektion der Arbeiterinternationale“ heißt.

¹⁴⁾ In Irland gibt es eine Labour Party, die aber keinerlei internationale Bindungen hat. Portugal ist ein autoritär regiertes Land, und in der Türkei besteht keine sozialistische Partei.

¹⁵⁾ Die Exilparteien sind überdies in einer „Union“ mit dem Sitze in London zusammengeschlossen, der auch die exilierten Sozialisten aus den drei baltischen Ländern angehören, welche keine direkten Mitglieder der Internationale sind. Die Frage der Vertretung Rumäniens ist noch ungeklärt. Die sozialistischen Exilgruppen aus dem Vorkriegsgebiet der Sowjetunion sind in keiner der internationalen Gemeinschaften vertreten.

¹⁶⁾ Bei den letzten Wahlen im April 1951 hat die australische Arbeiterpartei in zwei Staaten (South Australia und Victoria) mehr als 52 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten.

¹⁷⁾ Der folgende Vergleich ist dem sehr instruktiven Aufsatz von Adolf Sturmthal, „Democratic Socialism in Europe“, *World Politics* (Yale University, Oktober 1950) entnommen.

¹⁸⁾ Die holländische Sozialdemokratie hat nach dem Krieg linksbürgerliche und katholisch-fortschrittliche Gruppen in sich aufgenommen und den Parteinamen in „Partij van de Arbeid“ abgeändert.

¹⁹⁾ Von der neueren, diese Materie behandelnden Literatur sei hier angeführt: G. D. H. Cole: „The Intelligent Man's Guide to the Post-War World“ (London 1947), Cole: „The Meaning of Marxism“ (London 1948), Valentin Gittermann: „Die historische Tragik der sozialistischen Idee“ (Zürich 1939), Lucien Laurat: „Marxism and Democracy“ (London 1941), Leo Moulin: „Socialism of the West“ (London 1948), Paul Sering: „Jenseits des Kapitalismus“ (Nürnberg 1948), Julius Braunthal: „Auf der Suche nach dem Millennium“ (Nürnberg 1948).

²⁰⁾ Vor 100 Jahren hat das Georg Herwegh auf die kürzeste Formel gebracht: „Brot ist Freiheit — Freiheit Brot“.

²¹⁾ „Das Sowjetdenken hat sich noch nicht der Tatsache angepaßt, daß die revolutionärste Gewalt in der Welt politische Demokratie ist“ (Aneurin Bevan im Unterhaus, 15. Februar 1951).

²²⁾ Kongreß für kulturelle Freiheit, Berlin, Bericht im Monat, Heft 22/23, Seite 436.

²³⁾ „Die Aufgabe des Marxismus in unseren Tagen ist es nicht, die Schriften von Marx durch eingehende Kommentierung zu erklären..., sondern die neue Situation des Proletariats mit Hilfe der marxistischen Methoden zu analysieren. Ebenso wie das Proletariat vorwärtsgeschritten ist und sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt geändert hat, so hat der Kapitalismus neue Formen angenommen, die der betreffenden Stufe seiner Entwicklung entsprechen. Darum ist Marxismus in gewissem Sinne zeitlos. Solange sich das Wirtschaftssystem entwickelt, so lange wird es einer Analyse seiner Veränderungen durch die Marxschen Methoden bedürfen. Der Marxismus wird nur dann tot sein, wenn er aufhört, sich tagtäglich zu erneuern“ (Karl Renner: „Marxismus und Antimarxismus“, *Der Kampf*, Wien, März-April 1933).

Die Wiederaufrüstung Westeuropas und seine Wirtschaftseinheit

Auf Einladung der im Jahre 1948 durch den derzeitigen belgischen Außenminister Paul van Zeeland ins Leben gerufenen *European League for Economic Cooperation* (ELEC) fand in der Zeit vom 31. Mai bis 2. Juni 1951 in Brüssel eine Konferenz über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und den Nationen des britischen Commonwealth statt. Die Bedeutung der Konferenz wurde durch die Teilnahme von Delegierten aus Australien, Neuseeland, Kanada, der Südafrikanischen Union, Indien, Pakistan und Ceylon sowie aus Großbritannien, Frankreich, den Benelux-Ländern, der Schweiz, Italien, Deutschland und Oesterreich unterstrichen. Die Konferenz befaßte sich mit einer Reihe Europa und das Commonwealth betreffender wirtschaftlicher und finanzieller Probleme.

Der Behandlung der Frage der Wiederaufrüstung Westeuropas und seiner Wirtschaftseinheit lag ein Bericht der ELEC vom Dezember 1950 zugrunde, dessen Wortlaut wir nachstehend veröffentlichen. Angesichts der jüngsten Entwicklung auf dem Gebiete der E. Z. U. und der Fortschritte auf dem Gebiet der kollektiven Verteidigung Europas im Rahmen des Atlantikpaktes ergab sich die Notwendigkeit, diesen Bericht für die Konferenz in verschiedenen Punkten zu ergänzen. Das Schwergewicht dieser neuen Fassung liegt weniger auf den technischen Einzelheiten als auf der Betonung der Dringlichkeit einer intereuropäischen und atlantischen Zusammenarbeit.

Die ELEC betrachtet das Problem der Wiederaufrüstung Westeuropas unter dem Gesichtspunkt der schrittweisen europäischen Einigung, insbesondere der weiteren Vereinheitlichung der Märkte und Währungen. Ein striktes Kontrollsystem für die Wirtschaft sei jedoch nicht erforderlich. Unter Hinweis auf die Gefahr einer Vergrößerung des europäischen Dollardefizits schlägt die ELEC eine Art intereuropäischen und atlantischen Lastenausgleich für die Uebernahme der aus den Verteidigungsbemühungen entstehenden Verpflichtungen vor, um so das Entstehen einer neuen internationalen Verschuldung zu vermeiden.

Die Grundgedanken des Berichtes der ELEC, die auf den Prinzipien der Arbeitsteilung, des freieren Verkehrs von Waren, Arbeitskräften, Währungen, Kapital und der gegenseitigen Hilfe beruhen, wurden von der Brüsseler Konferenz in Form einer gemeinsamen Entschließung gebilligt.

H. V.

Eine Studie der Ligue Européenne de Coopération Economique

Vorbemerkung

1. Die Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist in erster Linie um die Wirtschaftseinheit Europas bemüht mit dem Ziel, seine Produktivität auf ihren Höchststand zu bringen und dadurch den allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung zu heben.

Nur die Durchführung eines solchen Programms kann für die Zukunft ein freies und unabhängiges Leben in Europa sichern. Aber andererseits ist die erste Vorbedingung für den Erfolg, daß Europa zunächst seine Unabhängigkeit wahrt.

Angesichts der Gefahren, die es von innen und außen bedrohen und seinen Aufschwung lähmen, hat Europa die dringende Notwendigkeit einer Sicherung seiner militärischen Verteidigung erkannt, und zwar einer Sicherung durch kollektives Vorgehen der am Atlantikpakt beteiligten Staaten.

Kein Wirtschaftsproblem kann heute in Westeuropa gelöst werden, wenn nicht zuvor das alles beherrschende Problem der Wiederaufrüstung gelöst worden ist. Die Liga überschreitet also nicht ihre Befugnisse, wenn sie sich mit diesem Problem befaßt.

Problemstellung

2. Die Liga enthält sich jeder Diskussion nicht-wirtschaftlicher Art, aber sie hat das Recht zu fordern, daß die Regierungen in realistischem, das heißt europäischem Geist die militärischen Probleme der Verteidigung angreifen. Alle Länder, die den Wunsch haben, ihre eigene Unabhängigkeit zu verteidigen, müssen sich zur gemein-

samen Verteidigung, die auch die des einzelnen Landes umfaßt, so eng wie möglich miteinander verbinden. Es wäre zum Beispiel falsch, sich mit dem Problem der deutschen Wiederaufrüstung oder der Beziehungen zu den Nachbarländern, die nicht dem Atlantikpakt beigetreten sind, nicht in einem Geiste zu befassen, der ausschließlich von der Sorge um das Gemeinwohl eines gefährdeten Europas bestimmt ist.

3. Die Länder Westeuropas haben keine militärische Aggression mehr voneinander zu befürchten. Aber so unwahrscheinlich diese Möglichkeit auch sein mag, ist es doch Aufgabe dieser Nationen, ihre Verteidigung so zu organisieren, daß jede „intereuropäische“ Aggression physisch unmöglich gemacht wird. Von diesem Standpunkt aus bietet die internationale Arbeitsteilung, deren Nützlichkeit auf wirtschaftlichem Gebiet noch hervorhoben werden soll, einen entschieden Vorteil.

4. Westeuropa hat sich dank der kräftigen Hilfe, die ihm der Marshall-Plan gebracht hat, schnell von den schlimmsten Verwüstungen des Krieges erholen können. Der wirtschaftliche Wiederaufstieg ist überall augenscheinlich. Diejenigen, die sich von der Not einen Erfolg ihrer Propaganda versprochen, sind überall gescheitert.

Es gilt daher zu vermeiden, daß die Einschaltung der Wiederaufrüstung in den Wirtschaftsprozeß die bisher erzielten Ergebnisse gefährdet. Diese müssen vielmehr, bevor sie weiter ausgebaut werden, durch die militärische Sicherheit konsolidiert werden.

5. Die Frage der europäischen Wiederaufrüstung taucht dieses Mal unter Umständen auf, die sich grundlegend

von denen unterscheiden, die in der Vergangenheit herrschten, und die Liga ist der Ansicht, daß die Regierungen bei richtiger Ausnützung dieser Umstände den größten Teil der gefürchteten wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden können. Diese Ansicht läßt sich durch zwei Gedankengänge rechtfertigen:

a) In der Vergangenheit sicherte jede europäische Nation ihre Verteidigung auf autonome und souveräne Weise. Das war nicht anders möglich, aber unter diesen Verhältnissen führte die Aufrüstung wohl oder übel immer zu:

- autarken Produktionssystemen;
- Devisenkontrollen (denn das Geld selbst mußte den Forderungen der Autarkie dienstbar gemacht werden);
- einer allgemeinen Senkung des Lebensstandards (nicht nur dadurch, daß unfruchtbare Produktion an Stelle der nützlichen Produktion trat, sondern auch durch das Absinken der Produktivität, das sich aus jeder Autarkie ergibt, da diese zur Entstehung zahlreicher nationaler Produktionszweige mit erhöhten Herstellungskosten führt).

Im Gegensatz hierzu fordert die Wiederaufrüstung im Rahmen einer europäischen, beziehungsweise atlantischen Zusammenarbeit keinerlei Autarkie. Sie bedient sich der internationalen Arbeitsteilung und verzichtet nicht auf die Vorteile, die ein über mehrere Länder ausgedehntes Konkurrenzsystem bietet. Vielmehr noch: die Wiederaufrüstung im Westen verlangt solche Arbeitsbedingungen, um eine Steigerung der allgemeinen Produktivität zu erreichen, die es ermöglicht, die Kosten der Waffenproduktion auf einen Einkommensüberschuß anzurechnen, anstatt sie durch eine Uebertragung der Einkünfte zu decken. Auf diese Weise könnte man hoffen, den Lebensstandard so wenig wie möglich zu beeinträchtigen.

b) Die von den Staaten des Atlantikpaktes geforderten Anstrengungen sind beträchtlich, aber sie lassen sich nicht mit den Anforderungen eines Krieges vergleichen, der die Rüstungen verbraucht und vernichtet und gleichzeitig eine Verminderung der Arbeitskräfte herbeiführt. Im Augenblick geht es darum, nur 6 bis 10 Prozent des Nationaleinkommens, je nachdem um welches Land es sich handelt, für die Verteidigung bereitzustellen, d. h. 3 bis 5 Prozent mehr als vor dem Beschluß zur Wiederaufrüstung. Dazu kommt, daß die Vereinigten Staaten sich bereit erklärt haben, einen Teil der Kosten für diese zusätzlichen Anstrengungen zu übernehmen.

Ohne die finanziellen und praktischen Schwierigkeiten zu verkennen, die sich bei den Ländern einstellen können, bei denen Vollbeschäftigung herrscht und deren Wirtschaftssystem daher schon vor Beginn der Wiederaufrüstungsperiode wenig elastisch war, kann man doch zugeben, daß das Ausmaß der erforderlichen Anstrengungen nicht so groß ist, daß es zu einer Desorganisation der ganzen Wirtschaftssysteme dieser Länder kommen müßte. Die Länder, in denen keine Vollbeschäftigung herrscht, können ihre Nationaleinkommen um 3 bis 5 Prozent erhöhen, indem sie ihre gesamten Arbeitskräfte und Produktionsmittel in den Arbeitsprozeß einschalten. Die Länder, die bereits die Vollbeschäftigung erreicht haben, können noch auf eine Steigerung der Produktivität hoffen. Die Erfahrung zeigt, daß eine jährliche Steigerung um 2 Prozent normalerweise erreicht werden kann. Das

würde um so mehr so sein in einem System freien intereuropäischen oder vielmehr interatlantischen Zahlungsaustausches.

Darum ist die Liga der Ansicht, daß, wenn es auch nützlich sein könnte, gewisse Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um den reibungslosen Ablauf der Wirtschaft aufrechtzuerhalten, die Koordinierung der Rüstungsanstrengungen zu sichern und eine schädliche Konkurrenz auf den Rohstoffmärkten beim Einkauf knapper und unentbehrlicher Rohstoffe zu vermeiden, dennoch keinerlei Veranlassung besteht, zu einem System der Zwangswirtschaft Zuflucht zu nehmen, wie Europa es mehrere Jahre lang nach Beendigung des Weltkrieges durchgemacht hat.

Vorschläge

6. Spezialisierung und Standortwahl

Die europäische Wiederaufrüstung muß ebenso wie die gesamte Wirtschaft vom Grundsatz der größten Leistungsfähigkeit geleitet werden. Dieser Grundsatz muß allerdings den primären strategischen Forderungen der gemeinsamen militärischen Verteidigung angepaßt sein.

Dieses Grundprinzip bedeutet, daß für jedes Gebiet ausfindig zu machen ist, für welchen Produktionszweig es die besten Vorbedingungen für gute Leistungen bietet. Die Anwendung dieses Prinzips muß zu einer Wiedereinführung der internationalen Arbeitsteilung führen, d. h. zur Spezialisierung und Abhängigkeit der verschiedenen Gebiete untereinander. Dieser Prozeß erfordert einen ungeheuren Weitblick und Bereitschaft zum Neuen von seiten der Unternehmen und der Regierungen sowohl auf dem Gebiet der industriellen Technik als auch der Wirtschaftspolitik.

Abweichungen von diesem Grundprinzip, die hier anzuwenden wären, leiten sich aus der Notwendigkeit ab, bei der Rüstungsindustrie eine Streuung der Standorte einzuführen, um der Gefahr einer allgemeinen Lähmung vorzubeugen, die sich durch einen örtlichen Ausfall oder durch einen vorübergehenden Rückschlag ergeben kann, wenn die Spezialisierung zu einer übertriebenen geographischen Konzentration führt.

Wohlverstanden, die durch politische Zugehörigkeit mit gewissen europäischen Staaten verbundenen Ueberseegebiete können militärische Einrichtungen und Rüstungsindustrien besonders leistungsfähig und sicher aufnehmen. Auf dem Gebiet der Verteidigung können Pläne nur dann mit Erfolg aufgestellt werden, wenn dies auf höchster Ebene internationaler Organisation geschieht, und sie sollen Ausdruck eines geeinten politischen Willens und einer übernationalen Zielsetzung sein.

7. Liberalisierung des intereuropäischen Handels

Der alte unökonomische Begriff der autonomen nationalen Verteidigung muß also einer neuen europäischen und vom militärischen wie auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus wesentlich gesunderen Auffassung weichen. Es ist von nun an notwendig, daß die europäischen Nationen die Vereinigung ihrer Wirtschaftssysteme weiter und schneller vorantreiben als bisher.

Zu diesem Zweck setzt sich die Liga mit allem Nachdruck für die Notwendigkeit einer beschleunigten Zollbefreiung des Güteraustausches unter den zur gemeinsamen Aufgabe verbündeten Ländern ein.

Die Liberalisierung des Güteraustausches würde nicht nur beschleunigend auf die Spezialisierung und Leistungssteigerung wirken, sie würde auch in gewissem Umfange der Entstehung von Engpässen in gewissen Ländern und auf bestimmten Wirtschaftsgebieten vorbeugen.

Nebenbei sei noch bemerkt, daß die Liberalisierung des Güteraustausches weniger auf Widerstand von seiten interessierter Kreise stoßen wird, weil die lebhafteste Bedarfssteigerung allen Produzenten, selbst den nur indirekt berührten, die Möglichkeit geben wird, entweder ihre Produkte abzusetzen oder neue Fabrikationszweige aufzunehmen.

Aber in der Reihenfolge der Dringlichkeitsstufen ergeben sich kleinere Wandlungen; zunächst würde man mit der Aufhebung der intereuropäischen Zollrechte für Einfuhren aller Warenarten beginnen müssen, die für die Verteidigung von Interesse sind, sowie für Einfuhren von Ausrüstungsgegenständen und Rohstoffen, die der Herstellung dieser Waren dienen.

Die Einfuhrkontingentierung für diese Warenarten müßte aufgehoben werden, und zwar entweder durch ihre Einbeziehung in die Liste der zu 60 Prozent liberalisierten Warenarten (oder 75 Prozent im Jahre 1951) oder sogar durch Ueberschreitung dieses Prozentsatzes.

Für die Ausfuhr ist die Aufrechterhaltung der Kontingentierung für alle knappen Warenarten vorgesehen. Aber diese Einschränkungen sollten von den Entscheidungen zentraler Körperschaften abhängen, wie zum Beispiel von „Combined Boards“ nach dem Vorbild der während des Krieges tätigen Ausschüsse.

Die Abschaffung der Zollrechte kann allerdings Anlaß zu einigen Problemen geben. Zum Beispiel in der Kohlenindustrie könnte der Fall eintreten, daß gewisse Abbaugelände mit hohen Produktionskosten bei einem so plötzlichen Einbruch der vollen internationalen Konkurrenz zu einem Zeitpunkt vom Zusammenbruch bedroht wären, da ihre Produktionsreserven im Hinblick auf die Kriegsgefahr in vollem Umfang erhalten bleiben müssen. Eine Ausgleichsformel nach Art des Schuman-Vorschlages könnte in einem solchen Fall nützlich sein. Oder ein Subventionssystem, das teilweise durch die amerikanische Hilfe aufrechterhalten werden könnte.

8. Freizügigkeit der Arbeitskräfte

Einige Engpässe wird man auch dadurch ausschalten können, daß man die Freizügigkeit der Arbeitskräfte fördert.

Zu diesem Zweck wäre es im Rahmen der Empfehlungen der Sozialkonferenz der Europäischen Bewegung in Rom und der von der Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) und dem Internationalen Arbeitsamt durchgeführten Untersuchungen angebracht, folgende Maßnahmen zu treffen:

- Schaffung einer inter-europäischen Stelle für Arbeitslenkung, die laufend über den gesamten Bedarf an Arbeitskräften unterrichtet wäre und den Arbeitern bei der Auswahl von Arbeitsstellen in Europa Anleitung geben könnte.
- Schaffung von Zentren für beschleunigte Berufsausbildung, die die Arbeiter auf die Berufe hinlenken können, bei denen eine Ausweitung bevorsteht, und die gelernte Arbeitskräfte stellen können, deren

Mangel die Entwicklung gewisser für die Verteidigung wichtiger Fabrikationszweige lähmt.

- Schließlich könnten bestimmte Summen aus internationalen Mitteln, die zur Finanzierung gewisser Investitionen in den Verteidigungsindustrien bestimmt sind, dem Wohnungsbau zugeführt werden, um die Ansiedlung von Arbeitskräften in den Fällen zu erleichtern, wo Industrien an Orten errichtet werden, die keine ausreichenden Unterbringungsmöglichkeiten bieten.

9. Freizügigkeit des Kapitals

Die Freiheit des internationalen Geldumlaufs wird noch notwendiger werden als in der Vergangenheit, denn es wird ein dringender Bedarf an Investitionskapital entstehen. Außerdem würde man in einem Stadium, da gewisse Störungen in den laufenden Zahlungen zu befürchten sind, durch die Verlagerung von Kapitalien den Zahlungsausgleich herstellen müssen.

Unter den gegenwärtigen psychologischen Gegebenheiten müßte die Liberalisierung auf diesem Gebiet auf den europäischen Raum beschränkt bleiben, denn die Möglichkeit, Kapitalien nach den Vereinigten Staaten auszuführen, würde mit Sicherheit von Europäern mißbraucht werden, die in ihrem Streben nach politischer Sicherheit ihre Kapitalien zurückgehalten haben.

Aber die Liga ist der Ansicht, daß diese psychologischen Faktoren weitgehend behoben werden könnten, wenn die am Atlantikpakt beteiligten Regierungen:

- feierlich und gemeinschaftlich ihren Willen kundtun würden, Europa an seinen äußeren Grenzen zu verteidigen;
- sofort die Anstrengungen machten, die erforderlich sind, um die Verteidigung wirksam zu machen;
- sich verpflichteten, im Falle eines Krieges, durch den einer oder mehreren der verbündeten Nationen Schäden zugefügt werden, die Lasten des Wiederaufbaus gemeinsam zu tragen.

Unter diesen Bedingungen könnte man sich ein internationales Zahlungssystem vorstellen, in dem die individuelle Freiheit in der Ueberweisung von Geldmitteln wiederhergestellt ist, das heißt, in dem Devisenkontrollen sogar zwischen den Vereinigten Staaten und Europa aufgehoben würden. Damit wäre dann eine Freizügigkeit der Kapitalien gegeben.

Im Hinblick auf die äußerste Wichtigkeit dieser Frage hat die Liga ihr unter dem Titel „Vers la liberté des transferts internationaux de devises“ („Auf dem Wege zur Freiheit des internationalen Devisenverkehrs“) eine besondere Studie gewidmet. In dieser Schrift sind ihre Ansichten zur Frage des Geldwesens im Lichte der neuen Probleme, die sich aus der Wiederaufrüstung ergeben, dargelegt.

Die Liga steht in dieser Hinsicht voll und ganz zu den von der OEEC gemachten Empfehlungen, die darauf abzielen, der Inflation in den Ländern vorzubeugen, die den Anstrengungen der Aufrüstung unterworfen sind. Ein gesundes Geldwesen ist die erste Voraussetzung für den Erfolg jeder Liberalisierungsbestrebung.

10. Kollektive Finanzierung gewisser Investitionen für Rüstungszwecke

Die im Hinblick auf die Wiederaufrüstung zu schaffenden neuen Einrichtungen müßten von absolut über-

nationalen Gesichtspunkten geleitet sein. Das Interesse, das die Länder an ihnen nehmen, muß verhältnismäßig unabhängig davon sein, welcher Art diese Investitionen sind und wo sie angelegt worden sind.

Man kann annehmen, daß Gründe der Sicherheit oder der sozialen Zweckmäßigkeit dazu führen, gewisse europäische Länder, die einen ungeheuren Bevölkerungsüberschuß oder eine fast ständige Arbeitslosigkeit haben, aufzufordern, sich an den Arbeitsvorhaben zu beteiligen, die, wenn auch nicht Rüstungen im engeren Sinne, dennoch unmittelbar zur militärischen Ausrüstung gehören würden: Anlage von Verpflegungslagern oder Bekleidungs-vorräten und ähnliches.

Noch selbstverständlicher ist es, daß die Errichtung von Rüstungsfabriken und die Wahl ihrer Standorte nach Maßgabe militärischer Gesichtspunkte im gemeinsamen Interesse erfolgen würde. Ebenso wie in den Vereinigten Staaten gewisse Anlagen mit beträchtlichen Unkosten in Gegenden angelegt worden sind, die fast wüstenartigen Charakter haben, könnten sich auch für die europäische Verteidigung ähnliche Lösungen ergeben, ohne daß das zum Standort erwählte Land einen Anteil der Ausgaben zu tragen hätte, der in keinem Verhältnis zu seinen Hilfsquellen oder noch besser zu der allgemeinen Sicherheit steht, an der es teil hat.

Die Finanzierung aller Investitionen setzt also zunächst die Entscheidung darüber voraus, welche Standorte zu wählen und welche Vorhaben tatsächlich durchzuführen sind. Dieselbe Autorität, die dieses Programm festlegt, würde auch über die entsprechenden und nach einem internationalen Plan bewilligten finanziellen Mittel verfügen müssen. Auf diesem Gebiet scheint sich der Gedanke einer Zusammenlegung aller Hilfsquellen nachdrücklich aufzudrängen, und eine Einschaltung der Vereinigten Staaten würde besonders notwendig sein, da sie, vor allem durch Beiträge beträchtlichen Umfangs, eine Uebertragung dessen, was der Marshall-Plan auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Wiederaufbaus bedeutet, auf dem Gebiet der Sicherheit darstellen würde, die das nationale Leben beherrscht.

11. *Interatlantischer Zahlungsverkehr im Zusammenhang mit den Aufrüstungsanstrengungen*

Es ist die Befürchtung zum Ausdruck gebracht worden, daß die Rüstungsanstrengungen ein erneutes Auftreten von Ausgleichsschwierigkeiten in den Zahlungsbilanzen gewisser Länder hervorrufen würden. Es handelt sich dabei um diejenigen Länder, die keine große Ausfuhr an Rohstoffen für Rüstungszwecke haben und nicht auf die Produktion von Rüstungsgütern eingerichtet sind. Man befürchtet, daß ihre Lage sich dermaßen verschlechtern würde, daß die reibungslose Arbeit der Europäischen Zahlungsunion (E. Z. U.) dadurch in Frage gestellt würde. Um so mehr würde dadurch die Aussicht auf weitere Fortschritte auf dem Wege der Liberalisierung des internationalen Devisenverkehrs in Frage gestellt.

In diesem Zusammenhang muß zunächst folgende Frage gestellt werden: Wird sich die Aufrüstung wirklich in solchen Störungserscheinungen auswirken? Wenn man versuchen will, eine Antwort auf diese Frage zu finden, muß man folgende Erwägungen heranziehen:

1) Der Begriff Rüstungsmaterial kann sehr weit gefaßt werden. Wenn er auf Konservenverpflegung, Kleidungsstücke, Stoffe, Ersatzteile, Baumaterial für Ver-

kehrswege, Häfen und Festungen, kurzum auf alles das, was eine Armee im Felde verzehren oder verwenden kann und wovon für den Kriegsfall Vorräte angelegt werden müssen, ausgedehnt werden kann, dann gibt es nur wenige Länder innerhalb des Atlantikpaktes, die nicht in der Lage wären, einen beachtlichen Anteil der Rüstungsanstrengungen zu übernehmen.

- 2) Wenn hingegen gewisse Länder bei der Herstellung dieser Waren nur einen Anteil übernehmen wollen oder können, der nicht ausreicht, um ihre Einfuhren an Kriegsmaterial auszugleichen, so besteht eine starke Wahrscheinlichkeit, daß sie ihre übliche Friedensproduktion ausweiten und damit auf den Märkten die Produktion der Länder ersetzen können, die größere Anstrengungen auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion machen. Die allgemeine Tendenz, ein vorübergehend in Frage gestelltes Gleichgewicht wiederherzustellen, wird also stark genug sein.
- 3) Es könnten vermutlich auch Maßnahmen getroffen werden, durch die verhindert wird, daß die an ein Land gestellten Anforderungen für die Aufrüstung in einem Mißverhältnis zu seiner Wirtschaftskapazität stehen. Zum Beispiel müßten die Anforderungen dem Nationaleinkommen angepaßt sein. Man wird gegebenenfalls einem weniger industrialisierten Land zugestehen können, daß es nur einen kleineren Anteil seines Nationaleinkommens der Aufrüstung widmet.

Aber die für die Verteidigung gestellten Anforderungen stehen nicht unbedingt im Verhältnis zur Wirtschaftskapazität. In diesem Fall verlangt das gemeinsame Interesse, daß demjenigen Lande, dem besonders große Rüstungsanstrengungen auferlegt werden, besondere Hilfe zuteil wird. Insbesondere kann die amerikanische Hilfe für ein solches Land besonders hoch angesetzt werden.

- 4) Um zu verhindern, daß innerhalb der E. Z. U. der Ausgleich der Zahlungsbilanz gestört wird, könnte außer den oben angeführten vorsorglichen Maßnahmen noch eine weitere getroffen werden: Sie würde in einer Abänderung der Anfangsguthaben und Anfangsschulden der E. Z. U., und zwar in der Weise bestehen, daß den Störungen des Zahlungsausgleichs Rechnung getragen würde, die mit Wahrscheinlichkeit von dem Austausch der Rüstungsgüter zu erwarten sind.

Diese Vorsichtsmaßnahmen würden jedoch nicht unbedingt eine reibungslose Arbeit der E. Z. U. garantieren.

Außerdem ist es möglich, daß bestimmte Länder, bei denen bereits Vollbeschäftigung herrscht und die keinen Vorteil darin erblicken können, sich einem kostspieligen Umstellungsprozeß zu unterziehen, es vorziehen, mit geringerem Aufwand die Beherrschung der Märkte zu übernehmen, die von den in erster Linie für die Rüstungsproduktion arbeitenden Ländern verlassen worden sind, und sich so eine Kreditorenstellung zu sichern, ohne einen hinreichenden Beitrag zu den gemeinsamen Anstrengungen zu leisten.

Schließlich ist noch zu bedenken, daß die Unterzeichner des Atlantikpaktes nicht identisch mit den Mitgliedern der E. Z. U. sind, so daß nicht die gleiche Behandlung beim Clearing aller ihrer Zahlungen untereinander möglich ist.

Aus diesen verschiedenen Gründen ist die Liga der

Ansicht, daß es am Ende vorteilhafter sein würde, für alle die Aufrüstung betreffenden Zahlungen einen vollständig autonomen Zahlungsumlauf zu schaffen, der in Form eines Clearing gehandhabt werden könnte und an dem sich alle Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes und nur diese beteiligen würden.

Das im folgenden dargelegte System geht von den bereits in der O. E. E. C. und E. Z. U. gemachten Erfahrungen aus.

Es wäre auf alle im Zusammenhang mit der Verteidigung gemachten Lieferungen und Leistungen anzuwenden, einschließlich der militärischen Dienstleistungen, da ja die unter Waffen stehenden Männer der Produktionskapazität des betreffenden Landes entzogen werden.

Der Begriff der Leistung oder Lieferung für die Verteidigung ist nicht leicht zu bestimmen. Das einfachste Mittel wäre offensichtlich, von der Eigenschaft des Verbrauchers, der sie empfängt, auszugehen. In dem Fall könnte man annehmen, daß es sich dann um Rüstungslieferungen oder -leistungen handelt, wenn der Verbraucher entweder eine Abteilung der nationalen Verteidigung eines der angeschlossenen Länder oder eine atlantische Organisation ist, die ermächtigt ist, für die gemeinsame Verteidigung Aufträge zu erteilen. Aber wenn diese Begriffsbestimmung auch den Vorteil der Einfachheit für sich hat, so würde sie doch schwerwiegende Ungerechtigkeiten bei der Durchführung des Clearing mit sich bringen. Alle indirekten Lieferungen würden dabei tatsächlich außerhalb des Clearing bleiben. Zum Beispiel würde ein Land, das große Lieferungen an Panzerplatten für die Panzerfabriken eines anderen Landes durchführt, diese Lieferungen im Clearing nicht als Rüstungslieferungen gutgeschrieben bekommen. Den Ländern, in denen die Panzer hergestellt werden, würden diese im System der Rüstungszahlungen kreditiert werden, während ihnen der Wert der eingeführten Panzerplatten innerhalb der E. Z. U. auf Debetkonto angerechnet würde. Damit würden zwei künstliche Störungen des Zahlungsausgleichs in den beiden Zahlungsumlaufsystemen geschaffen.

Um auch die indirekten Lieferungen in die Abrechnung einbeziehen zu können, wäre an die Möglichkeit zu denken, das Arbeitssystem so zu erweitern, daß die nationalen Verteidigungsministerien oder die entsprechende Stelle des Atlantikpaktsystems zum Auftraggeber gemacht würde. Aber das wäre eine schwerfällige und unwirtschaftliche Einrichtung.

Es würde auch nicht viel praktischer sein, gesonderte Buchführungssysteme bei den Betrieben einzuführen, um die indirekten Rüstungslieferungen von den „Friedens“-Lieferungen zu unterscheiden.

Eine wirksamere Methode wäre es, ein genaues Register derjenigen Warenarten zu schaffen, die als Rüstungsgüter anzusehen sind, gleichgültig wie die Eigenschaft des Verbrauchers ist, der sie empfängt. Dieses Register müßte außer den für Verteidigungszwecke bestimmten Fertigprodukten auch Halbfertigprodukte oder Einzelteile umfassen, soweit man es für angebracht hält, sie in der Liste aufzunehmen.

Dadurch würden alle diese Waren beim Rüstungs-Clearing nach ihrem Rechnungswert berücksichtigt werden, ohne daß der Wert der in ihnen verarbeiteten Eingüter davon abgezogen werden müßte.

Ehe das System überhaupt in Gang gebracht wird, müßte durch gemeinsame Abmachungen und im Einklang mit den militärischen Belangen die Gesamtsumme festgelegt werden, auf die sich die Ausgaben für die europäische Aufrüstung belaufen müssen, wenn diese dem festgesetzten Verteidigungsprogramm entsprechen soll. Diese Gesamtsumme würde gemeinsam von den einzelnen Ländern, und zwar entsprechend der regionalen Aufteilung der Ausgaben, geschätzt werden. Gleichzeitig und unabhängig von der oben geschilderten Schätzungsweise würde der Anteil festzulegen sein, den jedes europäische Land an den durch die Aufrüstung bedingten Belastungen übernehmen könnte, und zwar unter Berücksichtigung seiner allgemeinen Wirtschaftskapazität. Insgesamt würde die Summe der verschiedenen Belastungen, die von Europa getragen werden können, niedriger liegen als die Gesamtsumme der Ausgaben für die europäische Wiederaufrüstung, das heißt, daß die Summe der europäischen Beiträge nicht die Höhe der vorgesehenen Gesamtausgaben erreichen würde. Die Differenz zwischen diesen beiden Zahlen würde den Anteil an der Finanzierung darstellen, den die Vereinigten Staaten bereit sind, im Interesse der gemeinsamen atlantischen Verteidigung in Europa zu übernehmen.

Die amerikanische Hilfe würde jedem Land in Form eines Anfangsguthabens zugeteilt werden, aber dieses würde dem Land erst dann auf seinem Konto gutgeschrieben werden, wenn es

- das vereinbarte Programm für militärische Ausgaben tatsächlich durchführt;
- einen vereinbarten Teil des Programms durch seine eigene Produktion verwirklicht.

Das Gegenstück zu diesem den europäischen Ländern bewilligten Anfangsguthaben würde eine Anfangsschuld der Vereinigten Staaten in der Höhe der gesamten Hilfeleistungen sein, die diese bereit sind, den andern Mitgliedern des Clearing zukommen zu lassen.

Dementsprechend wird für jedes Mitglied ein Konto eröffnet werden, auf dem gebucht wird:

— auf der Habenseite:

- 1) die Summe des unter den zwei obigen Bedingungen gewährten Anfangsguthabens und gegebenenfalls nur bis zu einer Höhe, die dem Wert der von der inländischen Produktion des Landes verwirklichten Rüstungen entspricht;
- 2) der Wert der nach anderen Ländern des Clearing ausgeführten Lieferungen und Leistungen.

— auf der Sollseite:

- 1) Der Wert der Anfangsschuld (im Fall der Vereinigten Staaten);
- 2) der Wert der Lieferungen und Leistungen, die durch Einfuhr aus anderen Ländern des Clearing beschafft wurden.

Die Konten werden in bestimmten Zeitabständen abgerechnet und die Salden ausgeglichen.

Die nach der Abrechnung verbleibenden Guthaben und Schulden würden mittels einer Regelung ausgeglichen werden, durch welche die von den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellten Dollarbeträge (vorausgesetzt, daß die Vereinigten Staaten Schuldner sind — und das werden sie höchstwahrscheinlich sein, wenn die Hilfe und die Programme richtig kalkuliert sind) vorzugsweise den Gläubigerländern zugeteilt werden, und zwar bis zur

Höhe des auf ihrem Konto gutgeschriebenen Anfangsguthabens oder nur bis zur Höhe ihres tatsächlichen Guthabens, wenn dies geringer wäre als das Anfangsguthaben.

Die überschießenden Guthaben würden zunächst durch Zahlungen in Dollar ausgeglichen werden, die von nicht zugeteilten Anfangsguthaben verbleiben würden, weiterhin durch Zahlungen in der Währung der Schuldnerländer oder in jeder anderen zu vereinbarenden Währung, oder in Gold, oder durch Eröffnung von Krediten.

Durch dieses System würde die amerikanische Beteiligung genau auf die anfangs vorgesehene fehlende Summe begrenzt. Jedes Land würde zur Verwirklichung seines normalen Rüstungsprogramms und zur Durchführung dieses Programms aus eigener Produktion, wenigstens bis zur Höhe des Anfangsguthabens, angeregt. Im übrigen würde das System diejenigen Länder begünstigen, denen es nach Ueberschreitung der vorgesehenen Rüstungsproduktion gelingt, sich durch einen Ausfuhrüberschuß einen ihr Anfangsguthaben übersteigenden Kreditsaldo zu schaffen. Es würde allerdings keinen Anreiz zur Bildung übermäßiger Kreditsalden geben, da der Gläubiger über die ersten Dollarzahlungen hinaus Gefahr laufen würde, Zahlungen in Währungen zu erhalten, die weniger hoch im Kurs stehen, oder sich mit der Einräumung von Krediten einverstanden erklären zu müssen, die einen inflationistischen Druck auf seine Wirtschaft ausüben würden.

Da das System, ebenso wie das der Europäischen Zahlungsunion, multilateral ist, würde es keinerlei „Ziehungsrechte“ erforderlich machen.

Man kann annehmen, daß die Länder, die im Rüstungs-Clearing als Kreditoren auftreten, diese Eigenschaft vielleicht teilweise auf Kosten ihrer Friedensproduktion erwerben würden. Sie würden demzufolge die Gesamtheit oder einen Teil der im Clearing erworbenen Dollar für die Bezahlung ihrer Einfuhr an Verbrauchsgütern verwenden, die zum Teil natürlich aus denjenigen europäischen Ländern kommen würden, deren Anteil an der Rüstungsproduktion oder am soldatischen Einsatz geringer ist. Damit würde den durch die Aufrüstung in Umlauf gebrachten Dollar eine Tendenz innewohnen, sich wieder in Europa zu verteilen.

12. *Schlußfolgerung*

Die Liga ist der Ansicht, daß die Wiederaufrüstung die Grundlage für die Verwirklichung der dringend geforderten intereuropäischen und atlantischen Zusammenarbeit bietet. Sie hat theoretische und juristische Konstruktionen immer vermieden, hat aber die nachdrückliche Forderung nach Schaffung angemessener Einrichtungen erhoben, die den Hauptbedürfnissen unverzüglich gerecht werden, die auftauchen können. Die Verteidigung Europas ist eines dieser Hauptbedürfnisse. Ihm muß durch die Fortschritte begegnet werden, die in der Einigung Europas auf den Gebieten des Markt- und Geldwesens gemacht werden, und durch die Schaffung von Spezialeinrichtungen, welche die Gesichtspunkte eines gemeinsamen und unteilbaren Interesses durchsetzen, das die Sicherheit der Völker bedeutet, die für ihre Freiheit eintreten wollen.

Die Finanzierung der Aufrüstung im Dritten Reich

Von Dr. Heinrich Stuebel

Der folgende Aufsatz ist das vorläufige Teilergebnis einer Untersuchung, die im Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit, München, über die Kredit- und Währungspolitik des Dritten Reiches im Gange ist.

Tatsachen und Zahlen

Die Finanzierung der Aufrüstung war bereits während der Hitlerzeit in großen Zügen bekannt. Unbekannt blieben aber aus militärischen Gründen ziffernmäßige Angaben über die Einzelheiten. Infolgedessen bildete sich über den Umfang der deutschen Aufrüstung ein Legendenkranz, der erst durch die Nürnberger Prozesse zerstört worden ist.

Die Rüstungsausgaben

Die von Hitler in seiner Reichtagsrede vom 1. September 1939 angegebene Zahl von 90 Milliarden RM war ein reines Phantasiegebilde, das vielleicht darauf zurückgeht, daß der Reichswehrminister von Blomberg vor Beginn der Aufrüstung 90 Milliarden RM als voraussichtliche Gesamtkosten der bis in die Mitte der vierziger Jahre sich hinziehenden Aufrüstung angegeben hat und diese Zahl Hitler im Ohre hängen geblieben ist¹. Obwohl das Ausland jedes Vertrauen

in Hitlers Worte verloren hatte, fand diese Angabe Glauben, weil sie die übertriebenen Vorstellungen über die deutsche Aufrüstung bestätigte². Die erste objektive Untersuchung machte der Amerikaner Burton Klein, der, gestützt auf sehr gutes Quellenmaterial, die deutschen Rüstungsausgaben bis Kriegsausbruch auf 55 Milliarden RM berechnete³. Eine ähnliche Zahl ergibt sich aus den Prozeßakten gegen den früheren Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk. Einschließlich der in den Reichshaushaltsrechnungen nicht enthaltenen Reichsbankkredite betrugen die unmittelbaren Rüstungsausgaben von 1934 bis Kriegsausbruch 60 Milliarden RM. Dazu kommen die Ausgaben der Zivilressorts für die Reichsverteidigung in Höhe von drei bis vier Milliarden RM⁴, so daß sich die Gesamtkosten auf 63 bis 64 Milliarden Reichsmark belaufen haben.

Die Aufrüstung begann erst im Jahre 1934, weil

Hitler im ersten Jahre seiner Regierung mit der Konsolidierung seiner Macht und der Lösung des Arbeitsbeschaffungsproblems beschäftigt war. Seine anfänglichen Versuche, die militärische Gleichberechtigung Deutschlands durch die Abrüstung der anderen Mächte zu erreichen, war wahrscheinlich ein Verschleierungsmanöver, durch das er den Rüstungsstand der anderen Mächte drücken wollte, bevor er selbst aufrüstete.

Der Wehrmachtsetat für 1933 zeigt keine wesentliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahre. Vom Jahre 1934 steigen jedoch die Rüstungsausgaben sprunghaft an und erreichen 1938 mit 17 Milliarden RM ihren Höhepunkt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß viele Aufträge, die in den ersten Jahren der Aufrüstung gegeben wurden, erst 1938 fertig wurden. Denn infolge der Bestimmungen des Versailler Vertrages waren die deutschen Rüstungskapazitäten bei Beginn der Hitlerzeit sehr gering. Zahlreiche Fabriken

mußten neu errichtet oder auf die Rüstungsproduktion umgestellt werden. Dies galt vor allem für die Luftwaffe, die fabrikatorisch vom Nullpunkt anfangen mußte. Ein weiterer Grund für die Höhe der Ausgaben 1938 ist, daß die Rechnungen der Unternehmer einer langwierigen Prüfung durch die Prüfungsstellen der Wehrmacht unterlagen, so daß die 1938 bezahlten Leistungen Rüstungsarbeiten der Jahre 1936 und 1937 betrafen⁵. Die materielle Rüstung war also 1936 und 1937 höher, 1938 niedriger als es die Ausgaben erkennen lassen. Wesentlich erhöht wurden die Ausgaben 1938 durch die Aktion gegen Oesterreich und die Tschechoslowakei sowie den Bau des größten Teils des Westwalls.

Die Hälfte der Ausgaben (50.4 vH) entfiel auf das Heer, ein gutes Drittel (35.7 vH) auf die Luftwaffe, über ein Zehntel (11,4 vH) auf die Marine, der Rest (2.5 vH) auf das Reichskriegsministerium beziehungsweise OKW.

Rüstungsausgaben 1932—1939¹
(in Millionen RM)

	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939 ²	1934/39 ³ insgesamt
Reichskriegsministerium bzw. OKW	—	—	3	5	128	346	452	258	1192
Heer	457	478	1010	1392	3020	3990	9137	5611	24160
Marine	173	192	297	339	448	679	1632	2095	5491
Luftwaffe ⁴	—	76	642	1036	2225	3258	6026	3942	17128
	630	746	1952	2772	5821	8273	17247	11906	47971
Mefo-Wechsel ⁵	—	—	2145	2715	4452	2688	—	—	12000
	630	746	4197	5487	10273	10961	17247	11906	59971

¹) Reichshaushaltsrechnungen.

²) Vom 1. 4.—31. 8. 1939.

³) Vom 1. 4. 1934—31. 8. 1939.

⁴) Einschließl. Luftschutzmaßnahmen.

⁵) Nach Aufzeichnungen des Amtrats Strelow im früheren Reichsfinanzministerium.

Bei den Ausgaben der Zivilressorts für die Reichsverteidigung, das heißt bei den mittelbaren Rüstungsausgaben in Höhe von drei bis vier Milliarden Reichsmark sind auch alle möglichen sonstigen Ausgaben hinzugerechnet worden, die nur indirekt mit der Reichsverteidigung zusammenhängen und an sich Ausgaben des ordentlichen Haushaltes des betreffenden Ressorts waren, zum Beispiel Ausgaben für Polizei, Straßenwesen, Subventionen für die Wirtschaft, Bevorratung, Verkehrsausbau, Ausbau des Drahtfunks⁶.

Die Rüstungsausgaben belasteten das Volkseinkommen in steigendem Maße, obgleich auch das Volkseinkommen rasch wuchs. Während die militärischen Ausgaben vor 1934 unter 2 Prozent des Volkseinkommens blieben, erreichten sie 1938 21 Prozent. Im Durchschnitt der Jahre 1934 bis 1938 betrugen sie 14,4 Prozent. Im Vergleich dazu gab im letzten Friedensjahre Großbritannien 12 und Frankreich 17 Prozent seines Volkseinkommens für Rüstungen aus. Dabei ist zu bedenken, daß diese Staaten ihre Rüstungs-

industrie nicht wie Deutschland neu aufbauen mußten.

Rüstungsausgaben und Volkseinkommen
(in Milliarden RM)

Haushalts- jahr	Rüstungs- ausgaben ¹	Volks- einkommen ²	Rüstungsausgaben in vH des Volkseinkommens
1932/33	0.6	45.2	1.3
1933/34	0.7	46.5	1.5
1934/35	4.1	52.8	7.8
1935/36	5.5	59.1	9.3
1936/37	10.3	65.8	15.7
1937/38	11.0	73.8	15.0
1938/39	17.2	82.1	21.0
1934/38	48.1	333.6	14.4

¹) Reichshaushaltsrechnungen zuzüglich Mefo-Wechseln.

²) Kalenderjahr. Statistisches Handbuch von Deutschland S. 600.

Die innere Finanzierung der Aufrüstung

Da infolge der gesunkenen Reichssteuereinnahmen und der Zerrüttung des Kapitalmarktes die Deckung der Rüstungsausgaben allein durch den Reichshaus-

halt ausgeschlossen war, blieb nur der Weg der staatlichen Kreditausweitung. Einer Notenausgabe gegen Hinterlegung von Reichsschatzanweisungen wie im Ersten Weltkrieg stand das Bankgesetz von 1924/26 entgegen, das die Kreditgewährung an das Reich auf einen Betriebskredit von 100 Millionen RM und auf die Diskontierung von 400 Millionen Reichswchsel, im ganzen also auf 500 Millionen RM begrenzte. Zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsprogramme von 1933 war daher der Umweg über die Ausgabe von „Arbeitswechseln“ eingeschlagen worden. Die mit öffentlichen Aufträgen betrauten Unternehmer stellten für ihre Leistungen Arbeitswechsel aus, die versehen mit dem Akzept der Träger der Arbeit (Gemeindeverbände oder Kreise) von den Kreditanstalten diskontiert wurden. Die Reichsbank hatte sich zum Rediskont bereit erklärt und das Reich hinterlegte bei der Reichsbank als Sicherheit (nicht als Notendeckung) Arbeitsschatzanweisungen in Höhe der ausgegebenen Arbeitswechsel. Sie waren nach drei Monaten fällig, konnten aber auf fünf Jahre verlängert werden.

Die Kreditausweitung

Die Finanzierung der Aufrüstung lehnte sich im Grunde an die der Arbeitsbeschaffung an, bedingte aber wegen der Notwendigkeit, die Höhe der Rüstungsausgaben aus außenpolitischen Gründen geheim zu halten, eine besondere Konstruktion. Sie war die Schöpfung Dr. *Schachts*. Reichswehrministerium und Reichsbank gründeten im Mai 1933 als Akzeptstelle die Metallforschungsstelle GmbH (Abkürzung: Mefo). Sie versah die von den Rüstungslieferanten eingereichten Wechsel mit ihrem Akzept und machte sie dadurch bei der Reichsbank diskontfähig. Die Geheimhaltung der Geschäfte der Mefo war dadurch gewährleistet, daß sich ihr Vorstand aus je einem Vertreter des Reichswehrministeriums und der Reichsbank zusammensetzte⁷ und das Personal von der Reichsbank gestellt wurde⁸. Die Gesellschafter waren Krupp, Siemens, Rheinmetall und Deutsche Werke. Sie waren an dem Gesellschaftskapital von 1 Million Reichsmark mit je 250 000 RM beteiligt. Die bei der Reichsbank zum Diskont eingereichten Mefo-Wechsel (auch Sonder- oder Rüstungswechsel genannt), wurden von der Reichsbank mit den anderen Wechseln zusammen ausgewiesen, wodurch ihre Höhe verschleiert wurde. Sie erschienen weder in den Reichshaushaltsrechnungen noch in den Veröffentlichungen der Reichsschuldenverwaltung.

Wie die Arbeitswechsel waren die Mefo Drei-Monats-Wechsel, die, mit Prolongationsstücken versehen, eine Laufzeit von fünf Jahren hatten. Als „Handelswechsel“ können sie nicht bezeichnet werden, da die mit ihnen erstellten Rüstungsgüter nicht umsatzfähig waren. Sie waren „als Warenwechsel getarnte, mittelfristige Finanzwechsel“⁹. Trotzdem erfreuten sie

sich als Anlage für kurzfristiges Geld bei der Wirtschaft großer Beliebtheit. Denn ihre Sicherheit war vom Reich verbürgt und sie konnten jederzeit zu Geld gemacht werden. Daher befanden sich — nach Angabe *Schachts* — bis in das Jahr 1938 hinein nur weniger als die Hälfte der ausgestellten Wechsel im Portefeuille der Reichsbank¹⁰, der größere Teil lief in der Wirtschaft um. Damit war ihre Kaufkraft gebunden, aber es bestand die Gefahr, daß bei einer Beunruhigung der Wirtschaft Milliarden von Mefo-Wechseln präsentiert wurden. Dieser Fall trat im Sommer 1938 ein, als zwei Milliarden Mefo-Wechsel der Reichsbank zum Diskont eingereicht wurden, wodurch ihr Bestand sich auf acht Milliarden, das heißt zwei Drittel der ausgegebenen Menge erhöhte.

Auch die Ausländern gehörenden Markbeträge wurden größtenteils in Mefo-Wechseln angelegt. Wie aus der Niederschrift einer Ministerratsitzung vom 12. Mai 1936 hervorgeht, handelte es sich dabei um 2,2 Millionen RM, bei einer Gesamtausgabe von Mefo-Wechseln von 3,7 Milliarden RM. Der Beitrag des Auslandes zur Finanzierung der deutschen Aufrüstung war daher zu dem damaligen Zeitpunkt sehr unbedeutend¹¹.

Die bei der Reichsbank eingereichten Mefo-Wechsel flossen als Noten oder Bankguthaben in die Wirtschaft. Da bis zum 31. März 1938 12 Milliarden Mefo-Wechsel ausgegeben worden sind, von denen rund die Hälfte bei der Reichsbank eingereicht wurden, trat mithin von 1934 bis 1938 eine Geldvermehrung um rund 6 Milliarden RM ein. Davon wurde der Notenumlauf nur zum geringeren Teil betroffen. Er stieg vom 31. März 1934 bis 31. März 1938 um 2,1 Milliarden RM, bis Ende 1938 aber — eine Folge der sich zuspitzenden politischen Lage — um weitere 2,7 Milliarden RM. Der größere Teil der 6 Milliarden war Bankgeld. Zu dieser Erhöhung der Zahlungsmittel trat ferner eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, die mit jedem Wirtschaftsaufschwung verbunden ist, über die aber Angaben nicht vorliegen. Eine Kreditschöpfung der Privatbanken kann wegen der Kreditkontrolle der Reichsbank nur in geringstem Umfange angenommen werden¹².

Man hat gelegentlich die Mefo-Wechsel „das Herzstück“ der Aufrüstung genannt. Wenn man die geldmäßige Wirkung auf die Wirtschaft bedenkt, ist dieser Ausdruck nicht unberechtigt. Gemessen an den Rüstungsausgaben ist er eine Uebertreibung. Sie haben in den ersten beiden Jahren der Aufrüstung etwa die Hälfte der Rüstungsausgaben gedeckt. Später nahm ihre Bedeutung in dem Maße ab, als der Kapitalmarkt für Reichsanleihen aufnahmefähig wurde. Ihr Anteil an den Rüstungskosten 1934 bis Kriegsausbruch betrug 20 Prozent.

Die Ausgabe der Mefo-Wechsel wurde am 31. März

1938 eingestellt. Dr. *Schacht* hatte die Finanzierung der Aufrüstung übernommen, weil er in der militärischen Gleichberechtigung die Voraussetzung für die außenpolitische Selbständigkeit Deutschlands sah. Die uferlosen, von Jahr zu Jahr sich steigenden Rüstungspläne Hitlers lehnte er ab. Seit 1935 versuchte er zu bremsen, jedoch ohne Erfolg. Als seine Amtsperiode 1937 abgelaufen war, war er zur Fortführung seinem Amtes auf ein Jahr nur dann bereit, wenn das Mefo-System von 1938 an aufhöre¹³. Mit dieser Bedingung erklärte sich Hitler einverstanden, da die finanzielle Lage des Reiches so gebessert war, daß Reichsbankkredite nicht mehr erforderlich waren.

Rüstungsausgaben und Mefo-Wechsel

Etatsjahr	Rüstungsausgaben in Mrd. RM	Deckung durch Mefo-Wechsel	
		in Mrd. RM	in v H
1934/35	4.1	2.1	51.2
1935/36	5.5	2.7	49.0
1936/37	10.3	4.4	42.7
1937/38	11.0	2.7	24.6
1938/39	17.2	—	—
1939			
(1. 4.—30. 8.)	11.9	—	—
	60.0	12.0	20.0

Als Ersatz für die Mefo-Wechsel gab die Reichsschuldenverwaltung Lieferungsschatzanweisungen („Lieferschätze“) mit einer Laufzeit von sechs Monaten heraus, die die Rüstungslieferanten als Zahlung erhielten und bei der Reichsbank lombardiert (aber nicht diskontiert) werden konnten. Die Lieferschätze waren als Zwischenfinanzierung gedacht, die durch den nächstjährigen Etat abgedeckt werden sollten. Im Frühjahr 1939 trat der neue Finanzplan in Kraft, der die NF-Steuer Gutscheine schuf. Mit ihnen wurden 40 Prozent der Zahlungen für öffentliche Arbeiten geleistet, praktisch also zusätzliche Zahlungsmittel in den Verkehr gebracht, da die öffentlichen Auftragnehmer ihrerseits wieder berechtigt waren, ihre Unterlieferanten mit diesen Steuergutscheinen zu bezahlen¹⁴.

Reichshaushalt und Aufrüstung

Die Aufstellung des Reichshaushaltes hatte sich gegenüber der Zeit der Weimarer Republik grundsätzlich gewandelt. Vor 1933 unterlag der Reichshaushalt der Genehmigung durch Reichsrat und Reichstag, nachdem in wochenlangen Besprechungen zwischen Reichsfinanzministerium und Ressortministerien jeder Ausgabeposten eingehend auf seine Notwendigkeit geprüft worden war. Unter Hitler wurde der Reichsrat abgeschafft, der Reichstag ausgeschaltet und das Haushaltsgesetz (wie auch die anderen Gesetze) von der Regierung beschlossen. Der Wegfall der parlamentarischen Kontrolle hatte zur Folge, daß die Ressortministerien sich dem Finanzministerium gegenüber immer selbständiger benahmen, ihre Forderungen überspannten, außerplanmäßige Ausgaben

ohne vorherige Genehmigung des Finanzministers vornahmen und sich weder um Etatsvorschriften noch um Wirtschaftsbestimmungen kümmerten. Dieser Disziplinlosigkeit gegenüber, durch die sich besonders das Außenministerium und das Propagandaministerium hervortaten, war der Reichsfinanzminister machtlos, weil sich Hitler im Konfliktsfalle auf die Seite seiner Parteigenossen gestellt hätte¹⁵. Eine weitere Schwächung erfuhr die Stellung des Reichsfinanzministers durch die Sonderstellung, die das Reichskriegsministerium erhielt. Auf Grund eines Kabinettsbeschlusses vom April 1934 brauchte es während der Aufrüstungsperiode keinen aufgegliederten Haushaltsplan aufzustellen, sondern forderte einen Globalbetrag an, der nur in seiner Gesamthöhe zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reichskriegsminister besprochen wurde. Dabei kam es meist zu einem Kompromiß, in dem sich die Wehrmacht zwar mit einem geringeren Gesamtbetrag begnügte, aber Erhöhungen vorbehielt, wenn sie mit der bewilligten Summe nicht auskam. Dieselbe haushaltrechtliche Behandlung erfuhr von 1935 an das Reichsluftfahrtministerium. Von der Verteilung der Globalsummen auf die einzelnen Titel bekam das Reichsfinanzministerium erst geraume Zeit nach Ablauf des Haushaltsjahres Kenntnis. Die Höhe der Mefo-Kredite wurde in persönlichen Besprechungen zwischen dem Reichsbankpräsidenten und dem Reichskriegsminister vereinbart, über die der Reichsfinanzminister ununterrichtet blieb. Die Verwendung der Kredite im einzelnen blieb dem Kriegsminister überlassen.

Für die mittelbaren Rüstungsausgaben bewilligte das Reichsfinanzministerium keine besonderen Mittel, sondern verlangte, daß sie aus den Haushaltsmitteln der einzelnen Ressorts aufzubringen seien. Soweit die Uebernahme der Ausgaben für Sonderaufgaben der Ressorts als Reichsverteidigungsaufgaben nicht möglich war, mußten vom RdF besondere Mittel zur Verfügung gestellt werden. In den Jahren 1933 und 1934 wurden geringe Beträge aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms bereit gestellt. Im Jahre 1935 stellte das OKW aus seinem Globalbetrag 100 Millionen RM für Reichsverteidigungsmaßnahmen an Zivilressorts zur Verfügung. Vom Jahre 1936 an meldeten die Zivilressorts ihre Geldanforderung für die Reichsverteidigung durch den Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft oder unmittelbar beim Reichskriegsminister (beziehungsweise OKW) an, der sie beim Reichsfinanzminister vertrat. Dieser verkoppelte meistens die Anforderungen für die Reichsverteidigungsmittel der zivilen Ressorts mit denen der Wehrmachtsteile. Dadurch gelang es ihm, die Anforderungen für Wehrmacht und Maßnahmen der Reichsverteidigung zu drücken¹⁶.

Die Deckung der Rüstungsausgaben erfolgte bis auf die mit Mefo-Wechseln bezahlten Rüstungen im

Rahmen des Reichshaushaltes und läßt sich daher nur in Verbindung mit den Reichseinnahmen darstellen.

Die **Steuereinnahmen** des Reiches entwickelten sich infolge der Wirtschaftsbelebung sehr günstig. Sie verdoppelten sich von 1934 bis 1938, obgleich die in den Jahren 1933 bis 1935 gewährten Steuersenkungen 1—1¼ Milliarden RM¹⁷ betrugen. Erst im Herbst 1936 trat die erste Steuererhöhung durch Heraufsetzung der Körperschaftsteuer von 20 auf 30 Prozent ein. Sie wurde im Jahre 1938 ein zweites Mal von 30 auf 40 Prozent erhöht. Ferner wurden die Reichseinnahmen durch Kürzung der Länderteile an den großen Ueberweisungssteuern zugunsten des Reiches verbessert. Trotzdem sank der Anteil der Steuereinnahmen an der Deckung der Reichsausgaben von rund vier Fünftel im Jahre 1934 auf zwei Drittel im Jahre 1938.

Deckung des Reichshaushaltes durch Steuern und Zölle

Haushalts-jahr	Ausgaben einschl. geheim. Rüstung	Einnahmen	Davon Steuern ¹	Steuern in vH der Ausgaben
1934/35	10.3	8.2	8.0	77.7
1935/36	12.8	10.1	9.8	76.6
1936/37	17.7	13.4	11.6	65.5
1937/38	20.0	17.3	14.3	71.5
1938/39	28.7	25.7	18.5	64.5
i. D.				
1934/39	89.5	74.7	62.2	69.5

¹⁾ unter Abrechnung der seit 1932 ausgegebenen Steuergutscheine.

Der Grund lag nicht nur an den steigenden Rüstungsausgaben. Auch die anderen Reichsausgaben wuchsen, obgleich die Reichszuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung wegfielen.

Wie die folgende Tabelle zeigt, stiegen die nicht-militärischen Ausgaben von 6.2 Milliarden RM 1934 auf 11.5 Milliarden 1938, also um rund 85 Prozent. Das war jedoch nur zum Teil eine echte Ausgabensteigerung. Denn in diesen Jahren wurden große Aufgabengebiete der Länder vom Reich übernommen: Im Jahre 1935 wurden die Justizverwaltungen der Länder, 1937 die staatliche Polizei und die Landjägerei „verreichlicht“. Die dadurch entstehenden Mehrausgaben zog das Reich im Rahmen des Finanzausgleichs den Ländern von ihren Ueberweisungen wieder ab. Eine sehr erhebliche Mehrbelastung um 1,8 Milliarden RM trat durch die Erhöhung des Schuldendienstes ein. Die allgemeine SS und die KZ-Lager kosteten rund 0.3 Milliarden RM. Die Bauleidenschaft Hitlers, die sich progressiv auf die meisten Verwaltungsbehörden übertrug, blähte den Etat in einem Umfange auf, daß der Reichsfinanzminister infolge der Finanzkrise im Sommer 1938 alle Mittel zur Inangriffnahme noch nicht begonnener Bauvorhaben **sperrte**¹⁸.

Der Anteil der Rüstungsausgaben an den Reichsausgaben ist fast ständig gestiegen. Während er 1933 rund 11 Prozent betrug, wuchs er 1938 auf 60 Prozent. Im Durchschnitt der Jahre 1934/38 entfiel über die Hälfte der Reichsausgaben auf die Aufrüstung.

Reichsausgaben und Rüstungsausgaben

Haushalts-jahr	Reichsausgaben einschl. geheim. Rüstg. in Mrd. RM	davon Rüstungsausgaben		andere Ausgaben	
		in Mrd. RM	in vH	in Mrd. RM	in vH
1932/33	7.9	0.6	7.6	7.3	92.4
1933/34	6.3	0.7	11.1	5.6	88.9
1934/35	10.3	4.1	39.8	6.2	60.2
1935/36	12.8	5.5	43.0	7.3	57.0
1936/37	17.7	10.3	58.2	7.4	41.8
1937/38	20.0	11.0	55.0	9.0	45.0
1938/39	28.7	17.2	60.0	11.5	40.0
i. D.					
1934/38	89.5	48.1	53.7	41.4	46.3

¹⁾ Reichshaushaltsrechnungen zuzüglich Mefo-Wechsel.

Die Lücke zwischen Steuereinnahmen und Reichsausgaben konnte zunächst nur mit Hilfe schwebender Schulden gedeckt werden. Der Anleiheweg wurde erst möglich, nachdem sich die staatliche Geldschöpfung als Ersparnisse bei Kreditinstituten und Sparkassen niedergeschlagen hatte. Durch eine Reihe von Maßnahmen wurde der Kapitalmarkt auf die Begebung von Staatsanleihen vorbereitet: Die Konsolidierung der Gemeindeschulden, die die kurzfristige Verschuldung zahlreicher Gemeinden beseitigte; die Ermächtigung an die Reichsbank, festverzinsliche Werte anzukaufen und als Notendeckung zu benutzen (Offenmarkt-Politik); das Anleihestockgesetz, durch das Dividenden über 8 Prozent in festverzinslichen Werten anzulegen waren; die Zinssenkungen, durch die der Anleihezins von 8 auf 6 und schließlich auf 5 und 4½ Prozent herabgesetzt wurde; und nicht zuletzt das Gesetz über das Kreditwesen, das die Banken unter eine einheitliche Leitung stellte. Von 1935 an konnte das Gleichgewicht im Reichshaushalt immer mehr durch Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen ausgeglichen und die schwebende Schuld zum Teil konsolidiert werden. Bei der Begebung der Anleihen war das Reich vom Anlagewillen der Bevölkerung unabhängig. Zwar bestand ein Reichsanleihekonsortium. Jedoch wurde das Gros der Anleihen „geräuschlos“ in „rollendem Verfahren“ abgesetzt¹⁹, das heißt, die sich bei den Kreditgenossenschaften, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Postsparkassen und Trägern der Sozialversicherung ansammelnden Gelder wurden vom Reich abgeschöpft und in Reichsanleihen oder Eintragungen in das Reichsschuldbuch umgewandelt. Dadurch wurde die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung — zum größten Teil wahrscheinlich ohne es zu ahnen — mittelbarer Gläubiger des Reichs.

Durch die Neuverschuldung stieg die Reichsschuld

vom 31. März 1933 bis 31. März 1939 von rund 12 auf 43 Milliarden RM. Sie hat sich mithin in fünf Jahren mehr als verdreifacht. Die absolute Höhe war unbedenklich, da das Volkseinkommen fast auf die doppelte Höhe angewachsen war und die Steuereinnahmen stiegen. In anderen Ländern, wie beispielsweise in Großbritannien, überstieg die Staatsschuld mit 7,8 Milliarden Pfund Sterling erheblich das Volkseinkommen von rund 5 Milliarden Pfund Sterling.

Bedenklich war das Tempo, in dem die Schuld zunahm. Die Leichtigkeit, mit der sich das Reich des Sparkapitals bemächtigen konnte, verleitete dazu, auch dann Schulden zu machen, als der staatliche Notstand von 1932/33 beseitigt war. Nach beendeter Aufrüstung wäre die Verschuldung fortgesetzt worden, um die „gigantischen“ Baupläne Hitlers durchzuführen, für die die Vorbereitungen bereits vor dem Kriege getroffen wurden²⁰.

Schuldaufnahme des Reiches von 1934–1938

Art der Schuld	1934		1935		1936		1937		1938		1934–1938	
	Mrd. RM	in vH	Mrd. RM	in vH	Mrd. RM	in vH	Mrd. RM	in vH	Mrd. RM	in vH	Mrd. RM	in vH
Fundierte Schuld	0.8	23.5	1.6	33.3	2.6	39.4	3.4	56.7	7.6	64.4	16.0	49.1
Schwebende Schuld	0.5		0.5		—0.5		—0.1		4.2	33.6	4.6	
Mefo-Wechsel	2.1	76.5	2.7	66.7	4.5	60.6	2.7	43.3	—	—	12.0	50.9
	3.4	100.0	4.8	100.0	6.6	100.0	6.0	100.0	11.8	100.0	32.6	100.0

Quelle: „Statistisches Handbuch für Deutschland“. 1949. S. 555.

Die äußere Finanzierung der Aufrüstung

Die Auslandsabhängigkeit Deutschlands in der Versorgung mit Rohstoffen machte die Aufrüstung in hohem Maße zu einem außenwirtschaftlichen Finanzproblem. Mit dem Aufbau der Rüstungsindustrie stieg auch die Lebensmitteleinfuhr, weil immer mehr Arbeitslose lohnende Beschäftigung fanden und ihre Lebenshaltung aufbesserten.

Der Rohstoffbedarf der Wehrmacht konnte in den ersten zwei Jahren der Aufrüstung ohne Schwierigkeiten gedeckt werden, da es durch handelspolitische Maßnahmen (Neuer Plan) gelang, die nicht lebensnotwendige Einfuhr zurückzudrängen und Rohstoffreserven noch vorhanden waren. Außerdem war der Wehrmachtbedarf zunächst verhältnismäßig gering. So war beispielsweise der Anteil der Wehrmacht an dem wichtigsten Rohstoff, Stahl und Eisen, 1936 erst 6 Prozent des Gesamtanfalls (Einfuhr und Eigenherzeugung)²¹. Als aber die Rohstoffreserven zu Ende gingen und auch die letzten Devisenreserven in Gestalt der ausländischen Wertpapiere in deutschem Besitz veräußert waren, wurde die Finanzierung der Rohstoffeinfuhr von 1937 an ausschließlich ein Exportproblem. Wenn die Aufrüstung fortgesetzt und ihr Tempo sogar gesteigert werden sollte, mußte auch der Export vermehrt werden. Dieser Steigerung standen aber innere Hemmungen entgegen: In erster Linie war die Beschäftigung für die Rüstung so einträglich und risikolos, daß die deutschen Fabrikanten keine Veranlassung hatten, sich besonders für den Export zu interessieren, obgleich der Export teils durch eine Umlage bei der Industrie, teils durch öffentliche Zuschüsse im Zusatzausfuhrverfahren gefördert wurde. Ferner erhielten die Exportindustrien zwar genügend Rohstoffe, nicht aber ihre Zubringer-

industrien, weil sich bei den Vorprodukten nicht übersehen ließ, ob und inwieweit sie für die Herstellung von Exportwaren bestimmt waren. Schließlich machte sich bereits 1937 ein äußerst empfindlicher Mangel an Fachkräften und Fabrikanlagen fühlbar. Die Folge war, daß die deutsche Exportindustrie nur sehr langsam liefern und zum Teil die Lieferfristen nicht innehalten konnte, was ihre Konkurrenzfähigkeit im Auslande erheblich herabsetzte²². Infolge dieser Hemmungen ging der Export im Jahre 1938 um rund 10 Prozent zurück, nachdem er von 4,1 Milliarden RM 1934 auf 5,9 Milliarden RM 1937 ständig gestiegen war. Wie kritisch im Herbst 1938 die Devisenlage war, geht aus einer Ansprache Görings bei einer Besprechung im Luftfahrtministerium am 14. Oktober 1938 hervor. Er erklärte, daß im Interesse einer Verschärfung der Rüstung die Exporttätigkeit an erster Stelle stehen müsse, und drohte mit der Verstaatlichung der Industrie, wenn seine Forderungen nicht erfüllt würden²³. Tatsächlich gelang es 1939, den Rückgang des Vorjahres zum großen Teil wieder aufzuholen.

Die Bedeutung des Exports für die Aufrüstung erhellt aus der Tatsache, daß die militärisch wichtigsten Rohstoffe: Eisenerze, NE-Metalle, Treibstoffe und Kautschuk zum größten Teil aus dem Auslande bezogen werden mußten. Zwar sollte der Vierjahresplan von 1936 diese Versorgungslücken weitgehend schließen, doch hatte sich die Lage bis Kriegsausbruch nicht wesentlich verbessert. Im Jahre 1938 mußten noch 95 Prozent des Kautschuk- und 43 Prozent des Treibstoffbedarfs im Auslande gedeckt werden. In der Eisenerzversorgung blieb Deutschland auch nach dem Anlaufen der Hermann-Göring-Werke in Salzgitter von der Einfuhr schwedischer Eisenerze abhängig.

Daß die Rohstofffrage trotz aller Schwierigkeiten im großen und ganzen gelöst werden konnte, ist wesentlich dem Umstande zuzuschreiben, daß sich die Preise der Fertigwaren, die für die deutsche Ausfuhr ausschlaggebend sind, im Welthandel sehr viel besser hielten als die Preise der Rohstoffe, so daß mit den anfallenden Ausfuhrerlösen erheblich größere Einfuhrmengen bezahlt werden konnten, als es im Jahre 1928, also vor der Weltwirtschaftskrise, möglich gewesen wäre. Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, verbesserte die Preisentwicklung die deutsche Handelsbilanz der Jahre 1934—1938 um rund 9,3 Milliarden RM. Wäre das Preisverhältnis zwischen Fertigwaren und Rohstoffen ähnlich wie 1928 geblieben, so ist es sehr zweifelhaft, ob die Aufrüstung

nach dem Willen Hitlers hätte durchgeführt werden können.

Die Entwicklung der deutschen Ein- und Ausfuhr 1933—1939¹ (in Millionen RM)

Jahr	Einfuhr Ausfuhr		Bilanz ²	Einfuhr Ausfuhr		Bilanz ²
	Tatsächl. Preise			in Preisen von 1928		
1933	4204	4871	+667	9312	7627	—1685
1934	4451	4167	—284	9809	6810	—2999
1935	4159	4270	+111	8956	7334	—1622
1936	4218	4768	+550	8610	8092	— 518
1937	5468	5911	+443	10089	9360	— 729
1938	5449	5257	—192	10792	7937	—2855
1934/38			+628			—8723

¹) „Statist. Handbuch für Deutschland 1949.“

²) Einfuhrüberschuß —, Ausfuhrüberschuß +.

Zusammenfassung und Ergebnis

Die finanzpolitischen Anschauungen machten im Verlaufe der Weltwirtschaftskrise international einen grundsätzlichen Wandel durch. Während die Finanzpolitik bis dahin auf dem Standpunkt stand, daß sich die Staatsausgaben den Staatseinnahmen anpassen mußten und ein Haushaltsdefizit nur gezwungenermaßen in Kauf genommen wurde, brach sich unter dem Druck der Krise die Ansicht Bahn, daß der Staat angesichts der brachliegenden volkswirtschaftlichen Reserven an Arbeitskräften, Fabrikanlagen und Rohstoffen einerseits und der gelähmten Unternehmerinitiative andererseits die Führung der Wirtschaft übernehmen und durch den planmäßigen Einsatz großer Mittel ohne Rücksicht auf Defizite die Stockung überwinden müsse. Die Politik der erzwungenen Krisenverschuldung wurde durch die Politik der bewußten Aufschwungverschuldung abgelöst.

Zu den Ländern, die sich zu diesen neuen finanzpolitischen Grundsätzen bekannten, gehörten die Vereinigten Staaten und Deutschland. Während das „government spending“ nur langsam zu bescheidenen Ergebnissen führte, erzielte Deutschland bereits im ersten Jahre der staatlichen Arbeitsbeschaffung einen großen Erfolg: Die Arbeitslosenzahl wurde halbiert. (März 1933: 5,6 Millionen, März 1934: 2,8 Millionen.)

Auf die erste Kreditausweitung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit folgte die zweite zur Finanzierung der Aufrüstung mit einem weit höheren Krediteinsatz. Dies konnte zunächst ohne Gefährdung der Währung geschehen, denn es waren noch große volkswirtschaftliche Reserven vorhanden: Im März 1934 betrug die Zahl der Arbeitslosen 2,8 Millionen, die Produktion lag rund ein Fünftel unter der von 1928, Vorräte an Fertigwaren und Rohstoffen standen aus der Krisenzeit genügend zur Verfügung.

Die Arbeitslosigkeit ging anfangs nur langsam zurück. Im März 1935 hatte sie gegenüber dem Vorjahre nur um 0,4 Millionen abgenommen. Auch das Jahr 1935 brachte trotz Einführung der allgemeinen

Wehrpflicht nur einen Rückgang von 0,5 Millionen. Erst im Verlaufe von 1936 und 1937 beschleunigte sich das Tempo der Abnahme, und im März 1938 war die Arbeitslosigkeit beseitigt. Die Produktion war bereits Ende 1935 auf den Stand von 1928 gekommen. Um dieselbe Zeit gingen die Lagervorräte aus der Depression ihrem Ende entgegen. Infolge des Devisenmangels war die Auffüllung der Läger in Frage gestellt. Dazu kamen die ständig wachsenden Anforderungen der Wehrmacht an Einfuhrgütern und infolge der schlechten Ernte 1935 ein Mehrbedarf an ausländischem Getreide. Die Ernährungslage Winter 1935/36 war so kritisch, daß die Einführung der Brotkarte erwogen wurde²⁴.

Die Preise waren durch die erste Kreditausweitung 1932/33 kaum berührt worden, da die Ausweitung der Produktion die bessere Ausnutzung der Industrieanlagen gestattete und die Stückkosten senkte. Der Zustand der „Mengenkonjunktur“ hörte aber Anfang 1936 mit Erreichung des Produktionsstandes von 1928 auf. Als die Produktion weiter stieg (Produktionsindex März 1937: 113,5, März 1938: 124,8), nahmen mit der Ueberbelastung der Betriebe die inneren Reibungen und die Stückkosten zu.

Die Folge war, daß Preise und Löhne von 1936 an zu steigen begannen. In der Ministerratssitzung vom 12. Mai 1936 erklärte der preußische Finanzminister Popitz: „Der Zeitpunkt, zu dem gegebenenfalls eine Inflation zu befürchten ist, ist unklar; eigentlich ist sie schon da, wenn auch in erträglichem Umfang“²⁵. Durch die Preisstoppverordnung vom 26. November 1936 konnte die Aufwärtsbewegung zunächst angehalten werden. Aber der zweite Vierjahresplan von 1936, der die Einfuhrabhängigkeit Deutschlands mindern sollte, erhöhte die Spannungen in der Wirtschaft, da er die Errichtung neuer Fabrikanlagen und den Einsatz weiterer Facharbeiter erforderte. Als im Verlaufe von 1937 und 1938 das Rüstungstempo weiter beschleunigt wurde, wurden die Anzeichen der Inflation unverkennbar. In dem Bericht des Reichs-

bankdirektoriums an Hitler vom 7. Januar 1939 heißt es: „Mit der Ueberbeschäftigung der Wirtschaft ging die Verknappung der Materialien und Arbeitskräfte sowie die Verschlechterung der Qualität einher. Gleichzeitig blieb die Produktion an Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfs relativ zurück, so daß einer höheren Lohnsumme ein geringeres Quantum von Verbrauchsgütern gegenüberstand. Stark wachsende Lohn- und Preissteigerungen waren die Folgen. ... Diese Steigerungen wurden insbesondere sichtbar in den letzten zehn Monaten des Jahres 1938. Von März an durch die ganze Zeit der österreichischen und sudetenländischen Aktion und der damit zusammenhängenden Maßnahmen gerät das Lohn- und Preisgefüge völlig auseinander.“²⁶

Die Inflationserscheinungen von 1938 wurden durch die Kreditausweitung nach 1935, die sich 1936 auf 4,4 Milliarden und 1937 auf 2,7 Milliarden RM beliefen, hervorgerufen. Eine Kreditausweitung ist nur so lange für die Aufrechterhaltung der Währung unbedenklich, als sie den güterwirtschaftlichen Kreditfonds nicht übersteigt. Die Grenzen der Kreditausweitung waren 1936 erreicht. Zwar waren noch Reserven an Arbeitskräften vorhanden, aber in wichtigen Industriezweigen war bereits 1936 die Vollbeschäftigung erreicht, so in der Eisen- und Stahlherzeugung, im Bergbau, im Baugewerbe, im Maschinen- und Personenfahrzeugbau²⁷. Mangel an Arbeitskräften, besonders an Facharbeitern, machte sich schon 1937 bemerkbar²⁸. Ebenso fehlte es seit 1935 an freien fabrikatorischen Kapazitäten und Rohstoffen.

Daß der Reichsbank die inflatorische Wirkung der Kredite ab 1935 klar war, geht daraus hervor, daß sich Dr. Schacht 1937 zunächst weigerte, das Mefo-System weiter fortzusetzen. Nur widerstrebend stimmte er einem weiteren Kredit von 3 Milliarden RM zu unter der Bedingung, daß das Mefo-System 1938 aufhörte.

Die Wechsel sollten nach fünf Jahren aus Etatmitteln eingelöst werden, so daß im Jahre 1939 die im Jahre 1934 ausgegebenen Wechsel fällig wurden. Durch die Bemessung der Laufzeit auf fünf Jahre hatte Dr. Schacht geglaubt, die Rüstung auf ein vernünftiges Maß begrenzen und durch die „Wechselstrenge“ einen Druck auf die rechtzeitige Einlösung ausüben zu können. Infolge der schlechten Kassenlage des Reiches war die Einlösung jedoch nicht möglich. Anfang 1939 mußte das Reich, da die Reichsbank weitere Kredite verweigerte, bei den Banken mehrere hundert Millionen RM anleihen, um die Gehälter der Beamten auszahlen zu können.

Selbst wenn Hitler auf die weitere Durchführung des auf zehn Jahre bemessenen Rüstungsprogramms verzichtet hätte, hätten die um rund 11 Milliarden RM gestiegenen Steuereinnahmen des Reiches

nicht genügt, um bei Aufrechterhaltung des erreichten Rüstungsstandes die Mefo-Wechsel einzulösen²⁹. Denn die fort dauernden Ausgaben der Wehrmacht waren im Jahre 1938 auf fast 10 Milliarden RM und die Verzinsung der Reichsschuld um 1,8 Milliarden RM gewachsen. Allein diese beiden Posten übertrafen das Mehr an Steuereinnahmen.

Dazu kam das ständige Anwachsen der nicht-militärischen Ausgaben neben den militärischen. Der Reichsfinanzminister war sich über diese Schwäche seiner Finanzpolitik im klaren. In der Begründung zum Reichshaushalt 1935 heißt es: „Grundsätzlich und bewußt muß eine Etatpolitik getrieben werden, die durch organische und planmäßige Minderung anderer Ausgaben das Problem der Rüstungsfinanzierung nicht nur von der Einnahme-, sondern auch von der Ausgabenseite, das heißt durch Sparen löst“³⁰. Diese grundsätzliche und planmäßige Minderung der Ausgaben konnte er dem in wirtschafts- und finanzpolitischen Dingen ahnungslosen Hitler gegenüber nicht durchsetzen, obgleich er und Dr. Schacht bei jeder Gelegenheit zur Sparsamkeit mahnten. Im Gegensatz zur Republik war die Stellung des Reichsfinanzministers im autoritären Staat sehr schwach, da ihm die Rückendeckung einer Volksvertretung fehlte, die sich einer schrankenlosen Ausgabenwirtschaft widersetzte.

Obwohl die Körperschaftsteuer verdoppelt wurde, wäre eine weitere Erhöhung zur Steigerung der Reichseinnahmen und zur Bekämpfung der Inflationsgefahr möglich und notwendig gewesen. Dadurch wären die Gewinne der Rüstungsbetriebe schärfer erfaßt und der Staatskredit als „Konjunkturreserve“ für den Fall eines wirtschaftlichen Rückschlages geschont worden.

In viel schärferer Form als es im Dritten Reich der Fall war, gehen die Vereinigten Staaten in ihrem Aufrüstungsprogramm von 1950/52 gegen die Inflations Tendenzen vor, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die amerikanische Aufrüstung von einer auf vollen Touren laufenden Wirtschaft ausgeht. Das Programm sieht die Kürzung der Zivilausgaben um durchschnittlich 10 Prozent und die Deckung der Bundesausgaben durch Steuern mit 84 Prozent vor³¹. Im Dritten Reich stiegen die Zivilausgaben um 85 Prozent, und die Reichsausgaben wurden nur zu 69 Prozent durch Steuern gedeckt.

Die Anleihepolitik war bis 1938 erfolgreich. Nicht nur konnten die Reichshaushalte in steigendem Umfang durch Anleihen ausgeglichen und die schwebende Schuld konsolidiert werden, es wurden auch von 1934 bis 1938 die in den Jahren 1932 und 1933 aufgenommenen Kredite — 1,8 Milliarden RM Steuergutscheine, 1,8 Milliarden RM Arbeitsschatzanweisungen und 0,3 Milliarden RM Zinsvergütungs-

scheine — aus Etatmitteln eingelöst. Im Sommer 1938 traten jedoch auch auf dem Kapitalmarkt Spannungen ein. Da die Zuspitzung der politischen Lage eine Kriegs- und Inflationspsychose hervorrief, setzte eine Flucht aus Reichsanleihen in Sachwerte ein, so daß das Reich rund 450 Millionen RM Reichsanleihen zurückkaufen mußte³².

Solange die Aufrüstung sich im Anfangsstadium befand und im Inlande Rohstoffreserven vorhanden waren, war die Finanzierung nur ein binnenwirtschaftliches Problem. In ihrem weiteren Verlaufe wurde sie aber immer mehr auch ein außenwirtschaftliches. Der Versuch, die deutsche Rohstoffbasis durch den zweiten Vierjahresplan zu verbreitern, hat bis Kriegsausbruch den notwendigen Umfang des Exports nicht wesentlich vermindern können. Der Mangel an Rohstoffen blieb bis Kriegsausbruch die schwächste Seite der deutschen Wirtschaft. Nach einer Formulierung des Chefs des Wehrwirtschaftsstabes, Generalmajor Thomas, besaß die deutsche Rüstung wohl die erforderliche „Breite“, nicht aber die erforderliche „Tiefe“, das heißt Durchhaltevermögen. Die Erkenntnis, daß ein rohstoffarmes Land ohne Gold- und Devisenreserven nur in Verbindung mit energischer Exportförderung aufrüsten kann, kam den verantwortlichen Stellen zu spät.

Die deutsche Aufrüstung der dreißiger Jahre wird in die Wirtschaftsgeschichte als ein Beispiel für den erfolgreichen Einsatz des Staatskredits zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit eingehen. In seinem Gutachten vor der Ludwigsburger Spruchkammer im Entnazifizierungsprozeß Dr. Schacht erklärte Professor Adolf Weber, daß „in der ganzen langen Zeit zwischen beiden Weltkriegen nirgendwo in der Welt eine so konstruktive Wirtschaftspolitik getrieben worden sei wie bei uns in den Jahren 1933 bis 1935“³³.

In den folgenden Jahren führten jedoch nach Erschöpfung des güterwirtschaftlichen Reservefonds die übersteigerten Rüstungen Hitlers zu Disproportionalitäten in der Wirtschaft. Sie hätten zwar nicht beseitigt, wohl aber vermindert werden können, wenn die wirtschaftlichen Kräfte auf Rüstung und Export konzentriert und alle übrigen Programme und Pläne zurückgestellt worden wären.

Eine andere Frage ist, ob die private Wirtschaft nach beendeter Aufrüstung die Kraft gehabt hätte, ohne Staatshilfe den Stand der Vollbeschäftigung aufrechterhalten. Wahrscheinlich hätte sich die Frage dadurch erübrigt, daß sich an die Aufrüstung die bauliche Umgestaltung der deutschen Städte angeschlossen hätte, die allein für München einen Aufwand von 5 bis 6 Milliarden RM vorsah.

Anmerkungen

¹) Wilhelmstraßenprozeß Protokoll XI. Bl. 16713. Deutsche Fassung. Aussage des Ministerialdirektors Dr. Josef Maier. Nach Ansicht des früheren Reichsfinanzministers Grafen Schwerin v. Krosigk hat Hitler bewußt übertrieben, um dem Ausland den Stand der deutschen Rüstungen stärker darzustellen als er tatsächlich war. Mitteilung an den Verf. v. 17. März 1951.

²) z. B. beziffert die engl. Zeitschrift *The Banker* 1937, 1938 die dt. Rüstungsausgaben 1933—1936 auf 31 Mrd. RM, d. h. um 50% zu hoch. Otto Nathan, „Nazi War Finance and Banking“, New York 1944 kommt auf 75 Mrd. RM.

³) „Germany's War Preparation“. In: *The American Economic Review*, April 1948.

⁴) Wilhelmstraßenprozeß, Graf Schwerin v. Krosigk, Dok. Nr. 323 Bl. 9. Aussage des Regierungsrates Herman Fry.

⁵) Die Flüssigkeit der Rüstungsbetriebe war so groß, daß viele Unternehmungen es vorzogen, außerordentlich hohe Beträge an Mefo-Wechseln in ihrem Portefeuille zu behalten, statt sie bei der Reichsbank diskontieren zu lassen. Mitteilung des Haushaltsreferenten im R. Kr. Min. Dir. Dr. Tischbein v. 16. 4. 1951 an den Verfasser.

⁶) Wilhelmstraßenprozeß. Graf Schwerin v. Krosigk. Dok. Nr. 323 Bl. 8. Aussage des Regierungsrates Herman Fry.

⁷) Wilhelmstraßenprozeß. Graf Schwerin von Krosigk. Dok. Nr. 321. Aussage Paul Niemetz.

⁸) Protokoll der Berufungsverhandlung gegen Dr. Schacht. Aussage des Betroffenen. S. 113.

⁹) Hero Möller: „Schacht als Geld- und Finanzpolitiker“. In: *Finanzarchiv*. 11. Band 1949. S. 734.

¹⁰) Hjalmar Schacht: „Abrechnung mit Hitler.“ Berlin und Frankfurt/M, Michaelis; 1949. S. 40.

¹¹) Hauptkriegsverbrecherprozeß. Bd. XXVII S. 142.

¹²) Wilhelm Prion: „Das deutsche Finanzwunder.“ Berlin: *Der Betriebswirt*. 1938. S. 56.

¹³) Hjalmar Schacht, a. a. O. S. 71 f.

¹⁴) Wilhelm Dieben: „Die innere Reichsschuld seit 1933“. In: *Finanzarchiv*. 11. Bd. 1949. S. 659.

¹⁵) Wilhelmstraßenprozeß Protokoll XI. Bl. 16684. Deutsche Fassung. Aussage des Ministerialdirektors Dr. Josef Maier.

¹⁶) Wilhelmstraßenprozeß. Graf Schwerin v. Krosigk. Dok. Nr. 323 Bl. 5. Aussage des Regierungsrates Herman Fry.

¹⁷) Graf Schwerin v. Krosigk: „Reichshaushalt und Finanzen.“ In: „Probleme des deutschen Wirtschaftslebens.“ Berlin und Leipzig: de Gruyter. 1937. S. 474.

¹⁸) Wilhelmstraßenprozeß, Graf Schwerin v. Krosigk. Dok. B. No 212. Dok. No Ng 5328. Schreiben des RdF v. 1. 9. 1938.

¹⁹) Mitteilung des Grafen Schwerin von Krosigk an den Verfasser vom 4. April 1951. Vgl. auch W. Dieben a. a. O. S. 685. Dr. Schacht bestreitet, daß die Reichsanleihen bis einschl. 1938 in „rollendem“ Verfahren abgesetzt worden seien. Sämtliche Anleihen seien bis einschl. 1938 vom sog. Reichsanleihekonsortium übernommen worden. Mitteilung an den Verfasser vom 30. März 1951.

²⁰) Eine kritische Untersuchung der Parteiarchitektur ist vor dem Abschluß und wird im Rahmen der Schriftenreihe des Instituts für Geschichte der nat.-soz. Zeit demnächst veröffentlicht.

²¹) Protokoll der Berufungsverhandlung gegen Dr. Schacht. Bl. 157. Aussage Dr. Reichert.

²²) „Hauptkriegsverbrecherprozeß.“ Bd. XXXVI. S. 282. ff. Schreiben des Reichswirtschaftsministers Dr. Schacht an den Beauftragten der Vierjahrespläne Göring.

²³) „Hauptkriegsverbrecherprozeß.“ Bd. XXVII. S. 160 ff.

²⁴) Wilhelmstraßenprozeß Protokoll XI Bl. 15110 f. Deutsche Fassung. Ministerialdirektor Gramsch.

²⁵) „Hauptkriegsverbrecherprozeß“ Bd. XXVII. S. 140.

²⁶) „Hauptkriegsverbrecherprozeß“ Bd. XXXVI. S. 368.

²⁷) Wilhelm Prion, a. a. O. S. 27.

²⁸) „Deutsche Arbeitsfront, Wandlungen in der wirtschaftlichen Dynamik seit 1933.“ Berlin. Anfang Juli 1938. S. 8.

²⁹) Ab 1939 wurden die Mefo-Wechsel nach einem Plan getilgt, der die Tilgung im Laufe von 17 Jahren vorsah. Bis 28. 2. 1945 waren annähernd 4 Mrd. RM getilgt.

³⁰) „Hauptkriegsverbrecherprozeß“. Bd. XXVII. S. 123.

³¹) *The Economist* vom 20. Januar 1951 S. 136.

³²) „Hauptkriegsverbrecherprozeß“ Bd. XXVI. S. 494 (Brief des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk an Hitler.)

³³) Protokoll der Berufungsverhandlung gegen Dr. Hjalmar Schacht, S. 136.

Die Ereignisse in Europa

Belgien

16. April: Der amerikanische Botschafter, Robert D. Murphy, sagt in einer Rede vor der Flämischen Wirtschaftsunion, die amerikanische Regierung zweifle daran, ob Belgien einen seinen Mitteln entsprechenden Beitrag zur Verteidigung der atlantischen Gemeinschaft leiste. Am 19. April erklärt die Regierung in einer Stellungnahme, daß Belgien seit 1949 den Gegenwert von 80 Dollar je Kopf der Bevölkerung für die Verteidigung ausgegeben habe.
22. April: In Brüssel wird eine Konferenz des Internationalen Komitees der Europäischen Bewegung abgeschlossen, in deren Verlauf der österreichische Rat der Europäischen Bewegung als offizielles Mitglied aufgenommen wurde. In einer Resolution werden die Parlamente der Länder des Schuman-Planes zur unverzüglichen Ratifizierung des Vertrags aufgefordert.

Dänemark

27. April: In Kopenhagen wird ein dänisch-amerikanischer Vertrag über die gemeinsame Verteidigung Grönlands und seine Einbeziehung in das atlantische Verteidigungssystem unterzeichnet.

Deutschland

16. April: Der erste Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, weist bei einer Wahlkundgebung in Kaiserslautern auf die Passivität der Bundesregierung in der Saarfrage hin; die Bundesregierung habe zu den undemokratischen Zuständen im Saarland hinsichtlich Pressefreiheit und Parteienbildung geschwiegen. Sie hätte beim Europarat eine internationale Untersuchung der Mißstände beantragen sollen.
18. April: Die Alliierte Hohe Kommission gibt den Plan für die Entflechtung des IG-Farben-Konzerns bekannt, der die Errichtung von neun unabhängigen Unternehmen vorsieht.

Der Bundestag verabschiedet ein Gesetz, durch das Karlsruhe zum Sitz des Bundesverfassungsgerichts bestimmt wird.

Der Bundestag wählt 18 Vertreter für die Beratende Versammlung des Europarates; für die CDU-CSU: Heinrich von Brentano, Josef Ernst Fürst Fugger von Gloett, Kurt-Georg Kiesinger, Eugen Gerstenmeier, Hermann Pünder, Luise Rehling, Hans Schütz; für die SPD: Willi Eichler, Gerhard Lütken, Erik Nölting, Erich Ollenhauer, Karl Mommer, Carlo Schmid, Louise Schröder; für die FDP: Hermann Schäfer, Max Becker, Albrecht Freiherr von Rechenberg; für die DP: Carl von Campe.

Das Bundesinnenministerium veröffentlicht Einzelheiten zum Gesetz über die Aufstellung von Bundes-

grenzschutzbehörden, das am 16. April in Kraft getreten ist. Danach wird der Bundesgrenzschutz in geschlossenen Einheiten aufgestellt; im ganzen werden zwölf Grenzschutzannahmestellen eingerichtet.

20. April: Bundeskanzler Konrad Adenauer gibt auf einer Pressekonferenz in Bonn den Wortlaut eines Briefes des französischen Außenministers, Robert Schuman, vom 18. April bekannt. Danach will Frankreich geeignete Schritte unternehmen, damit die gegenwärtig von der Ruhrbehörde ausgeübten Funktionen in dem Maße erlöschen, in dem die Hohe Behörde des Schuman-Planes Befugnisse zur Ausübung ihrer Zuständigkeit erhält.

Die SPD veröffentlicht ein Siebenpunkte-Memorandum zum Schuman-Plan, das die Bedingungen für ihre Zustimmung zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl enthält.

21. April: Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes, Richard Kirn, spricht sich auf dem Parteitag in Sulzbach für den Schuman-Plan aus. Die Saar müsse jedoch in den Schumanplan-Behörden eine mindestens ebenso starke Vertretung haben wie Luxemburg. In einer Resolution wird eine Volksabstimmung über den zukünftigen Status des Saarlandes abgelehnt.

22. April: Der Präsident der Volksrepublik Polen, Boleslaw Bierut, trifft zu einem dreitägigen Besuch der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin ein. Er betont in seiner Erwiderung auf die Begrüßungsansprache des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, das polnische und das deutsche Volk hätten sich über die ewige Grenze der Freundschaft an Oder und Neiße die Hand gereicht. Am 23. April erklärt der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, auf einem Staatsbankett, das deutsche Volk sei dankbar für die Unterstützung, die ihm die friedliebenden Völker in seinem Kampfe gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag 1951 gewähren.

23. April: Die Alliierte Hohe Kommission hebt einen Teil der Verbote und Beschränkungen für die deutsche wissenschaftliche Forschung auf. Weiterhin verboten bleibt die Forschung auf den Gebieten der Kernphysik, der Aero- und Hydrodynamik und des Raketenantriebs. Die Forschung über synthetische Treibstoffe, synthetischen Gummi, industrielle Sprengstoffe und Schiffbau bleibt von alliierten Genehmigungen abhängig.

Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, fordert bei der Eröffnung des Instituts für moderne Geschichte der Universität Mainz eine durch nationale Vorurteile unbehinderte Erforschung der

historischen Wahrheit. Die Geschichtswissenschaft müsse sich intensiv mit den Problemen der Gegenwart befassen, Geschichte dürfe nicht zur Altertümelei werden. An Stelle einer allzu engen Spezialisierung müsse die umfassende Betrachtung der historischen Entwicklung treten.

25. April: Der Bundestag verabschiedet endgültig das Gesetz über die Neugliederung Südwestdeutschlands. Es sieht die Durchführung einer Volksabstimmung bis spätestens 16. September vor, die zur Bildung eines Südweststaates führen soll, wenn drei der vier Abstimmungsbezirke (Länder Baden und Württemberg/Hohenzollern sowie Landesbezirke Baden und Württemberg des Landes Württemberg/Baden) sich dafür aussprechen. Im anderen Falle sollen die früheren Länder Baden und Württemberg wiederhergestellt werden.

Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. McCloy, umreißt in einer Rundfunkrede die Ziele der amerikanischen Deutschlandpolitik folgendermaßen: 1. Förderung der Zusammenarbeit Deutschlands mit anderen Ländern; 2. Aufbau eines starken Sicherheitssystems, Abwehr jedes Angriffs auf die Bundesrepublik oder West-Berlin; 3. Anerkennung des Rechtes Deutschlands auf gleichberechtigte Teilnahme an seiner eigenen und der gemeinsamen Verteidigung; 4. Schutz der demokratischen Elemente gegen Kommunismus und Nazismus; 5. Förderung der Jugend; 6. Hilfe für Berlin.

26. April: Bundesinnenminister Robert Lehr gibt dem Bundestag bekannt, daß die Bundesregierung die Länder ersucht hat, die von der SED betriebene Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für den Friedensvertrag 1951 zu verbieten und die Tätigkeit der mit ihrer Durchführung beauftragten Organisationen zu unterbinden. In dem Beschluß der Bundesregierung heißt es, diese Volksbefragung stelle einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes dar. Gleichzeitig werden die Landesregierungen ersucht, auch gegen rechtsradikale und neofaschistische Gruppen mit schärfsten Mitteln vorzugehen. In den folgenden Tagen werden in allen Ländern Verbote der Volksbefragung ausgesprochen.

Der Bundestag lehnt in einer mit Ausnahme der KPD einstimmig gefaßten Entschließung die Erörterung des Besatzungskostenhaushalts ab, da ihm keine Möglichkeit gegeben sei, die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Ausgaben nachzuprüfen. In der Entschließung wird betont, daß das deutsche Volk bereit ist, für die Verteidigung der freien Völker die notwendigen Opfer zu bringen. In Anbetracht der Tatsache, daß der Zweck der Besatzung als erfüllt anzusehen sei, müsse jedoch an die Stelle der Besatzungskosten ein internationaler Verteidigungsfonds treten, zu dem der deutsche Beitrag vertraglich festgelegt werden müsse. In der gleichen Sitzung erklärt Bundesfinanzminister Fritz Schäffer, die Grenze der deutschen Steuerkraft sei nach den letzten Steuererhöhungen nunmehr erreicht.

Die Alliierte Hohe Kommission hebt die Einschränkungen für die Betätigung deutscher Versicherungsgesellschaften im Ausland auf.

27. April: Der Bundesrat billigt das Gesetz über die Rechtsstellung der verdrängten Beamten und das Gesetz zur Neuordnung Südwestdeutschlands.

29. April: Das Bundespresseamt veröffentlicht eine Stellungnahme des Bundeskanzlers Konrad Adenauer zum West-Ost-Handel. Darin heißt es, die Bundesregierung werde gegen Firmen, die sich des illegalen Handels schuldig machen, mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgehen.

Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz haben folgendes Ergebnis:

Partei	Stimmen	Sitze
CDU	564 393	43 (48) ¹
SPD	488 391	38 (34)
FDP	240 087	19 (11)
KPD	62 462	— (8)

¹) In Klammern die Zahl der Sitze im bisherigen Landtag.

Ferner erhalten Zentrum: 29 845, BHE: 27 474, Notgemeinschaft: 10 007, Deutsche Reichspartei: 7186, Deutsche Gemeinschaft: 4960, Deutsche Arbeiterpartei: 3592 Stimmen. Diese Parteien erhalten im Landtag keinen Sitz. Am 4. Mai tritt die Regierung zurück.

Bei den Gemeindewahlen in Schleswig-Holstein ergeben sich gegenüber den Landtagswahlen vom 9. Juli 1950 nur geringfügige Verschiebungen. In der Stadt Flensburg erhalten die in der „Gemeinschaft Deutsches Flensburg“ zusammengeschlossenen deutschen Parteien zum ersten Male nach dem Kriege die Mehrheit mit 21 Sitzen gegenüber 18 des Südschleswigschen Wählerverbandes.

Der saarländische Ministerpräsident, Johannes Hoffmann, erklärt auf einer Parteiversammlung in Burbach, die Regierung werde ihre Außenpolitik weiterhin nach den französisch-saarländischen Abkommen orientieren und erhoffe sich von den nächsten Wahlen eine Vertrauenskundgebung. Am Schuman-Plan werde das Saarland nach seinen Möglichkeiten mitwirken. Es wolle nicht zu einem Hindernis für die deutsch-französische Annäherung werden, doch dürfe man nicht erwarten, daß es seine Interessen aufopfere.

30. April: Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Georg Reuter, ruft bei einer Maifeier in Düsseldorf die christlichen und die sozialistischen Kräfte auf, sich zur Schaffung eines freien und unabhängigen Europa zusammenzufinden. In dieser Union dürfe weder ein Volk vor dem anderen noch eine Wirtschaftsgruppe vor der anderen einen Vorrang besitzen. Ueber allem müsse die Verteidigung der Freiheit stehen.

Die saarländische Regierung erläßt ein Verbot der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Friedensvertrag 1951.

2. Mai: Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, nennt in einer Rundfunkrede eine Reihe von Fabriken der Deutschen Demokratischen Republik, in denen Panzerplatten, Geschützteile, Unterwagen für Eisenbahngeschütze, Giftgase und Flugzeugzubehör hergestellt würden. Diese Tatsachen bewiesen, daß die kommunistische Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag

1951 ein Betrugsmanöver sei. Gegen einen derart skrupellosen Gegner dürfe eine Demokratie auch vor dem Einsatz ihrer äußersten Machtmittel nicht zurückschrecken.

Der Leiter der ECA-Mission in Deutschland, Jean *Cattier*, erkennt in einer Unterredung mit dem Bundesminister für den Marshall-Plan, Franz *Blücher*, die Notwendigkeit weiterer Auslandshilfe für die Bundesrepublik an. Die Bundesrepublik müsse jedoch eine ausgeglichene Zahlungsbilanz anstreben, die Verwendung knapper Rohstoffe schärfer kontrollieren und den illegalen West-Ost-Handel unterbinden.

4. Mai: Die Bundesregierung verbietet die aktivistischen Gliederungen der Sozialistischen Reichspartei und ersucht die Landesregierungen, diese Gliederungen aufzulösen. Sie stellt ferner fest, daß die SRP im Sinne des Art. 21 des Grundgesetzes die freiheitliche und demokratische Ordnung der Bundesrepublik angreift. Nach dem Bekanntwerden des Verbots löst sich die „Reichsfront“ der SRP selbst auf.

5. Mai: Die Demokratische Partei des Saarlandes (DPS) veröffentlicht ein Memorandum zur Verwaltung des Saarlandes. Darin wird gefordert, daß sich sowohl Frankreich wie die Bundesrepublik jeder politischen und kulturellen Einflußnahme auf das Saarland enthalten sollen. Beide Länder sollen in Saarbrücken nur durch Beobachter vertreten sein. Die oberste Kontrolle soll der Europarat ausüben.

6. Mai: Die Landtagswahlen in Niedersachsen haben folgendes Ergebnis:

Partei	Stimmen	Sitze ¹
SPD	1 123 068	64 (66)
Niederdeutsche Union (CDU u. DP)	790 923	35 (57)
BHE	496 269	21 (—)
Sozialistische Reichspartei	366 790	16 (—)
FDP	278 269	12 (13)
Zentrum	110 343	4 (6)
Deutsche Reichspartei	74 108	3 (—)
KPD	61 371	2 (8)
Deutsche Soziale Partei	26 040	1 (—)
Deutsche Rechtspartei	3 405	— (—)

¹ In Klammern die Zahl der Sitze im bisherigen Landtag.

Der saarländische Ministerpräsident, Johannes *Hoffmann*, nennt auf einer Konferenz der Christlichen Volkspartei in Wiebelskirchen drei Punkte, die als Ausgangspunkt für eine Aussprache zwischen der Bundesrepublik und dem Saarland anerkannt werden müßten: die wirtschaftlichen Ansprüche Frankreichs im Saarland, die Notwendigkeit einer Sonderregelung für die Saar, die Respektierung des in den Wahlen von 1947 zum Ausdruck gekommenen Willens der Saarbevölkerung.

7. Mai: Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes faßt in Frankfurt eine Entschliebung, in der er seine Zustimmung zum Schuman-Plan ausdrückt. Vor der Ratifizierung des Vertrags müßten jedoch alle Bestimmungen, die die Gleichberechtigung der deutschen Wirtschaft verhindern, aufgehoben werden. Am gleichen Tage weist Staatssekretär Walter *Hallstein* bei einer Rede im Hamburger Hafen darauf

hin, daß auch die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Opfer für das Zustandekommen der Union bringen müssen.

8. Mai: Zum 6. Jahrestag der Kapitulation Deutschlands drückt der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Walter *Ulbricht*, in einem Telegramm an Generalissimus Josef *Stalin* der Sowjetunion und der Sowjetarmee den ewigen Dank des deutschen Volkes für seine Befreiung aus. Aus dem gleichen Anlaß gedenkt der Präsident der Bundesrepublik, Theodor *Heuss*, in einer Rundfunkansprache der noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen. Er bedauert, daß die Kriegsgefangenenfrage, die eine Sache der einfachen Menschlichkeit sein sollte, zu einem Politikum geworden sei. Es sei ein allen Völkern notwendiges Gebot, daß dieser grausamste Abschnitt der Nachkriegszeit zu einem anständigen Abschluß gebracht werde.

9. Mai: Die Alliierte Hohe Kommission gibt bekannt, daß sie sich bereit erklärt hat, die Höhe und die Zahlungsmethoden der Besatzungskosten auf Grund der deutschen Vorstellungen überprüfen zu lassen.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik beschließt die Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Friedensvertrag 1951 im Gebiet der DDR in der Zeit vom 3. bis 5. Juni. Sie protestiert gegen das Verbot der Volksbefragung in der Bundesrepublik und fordert alle deutschen Bürger auf, die Remilitarisierung zu verhindern. Am 10. Mai erläßt die Regierung eine Anordnung zur Durchführung der Volksbefragung, in der bestimmt wird, daß Jugendliche von 16 Jahren an zur Abstimmung zugelassen werden.

10. Mai: In Bonn beginnen Besprechungen alliierter und deutscher Sachverständiger über die Umwandlung des Besatzungsstatuts in ein System zweiseitiger Verträge. In einem Kommuniqué erklärt die Alliierte Hohe Kommission, daß die Regierungen der drei Westmächte bereit sind, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik auf eine breite vertragliche Grundlage zu stellen.

13. Mai: In Berlin wird der „Freiheitsbund für deutsch-russische Freundschaft“ gegründet. Der ehemalige sowjetische Major Gregorij *Klimow* bezeichnet in seiner Ansprache die unterdrückten Deutschen der sowjetischen Besatzungszone als die besten Verbündeten des russischen Volkes in seinem Kampf um die Freiheit. Wenn es zwischen dem Westen und dem Osten zu einem Kriege kommen sollte, dann müsse der Westen begreifen, daß dieser Kampf nicht unter nationalistischen Parolen geführt werden darf. Wenn dem russischen Volke klargemacht werden könne, daß es um die Freiheit jedes einzelnen geht, dann werde es zu 90 Prozent gegen *Stalin* sein.

14. Mai: Der erste Vorsitzende der SPD, Kurt *Schumacher*, erklärt in Bonn einem dpa-Korrespondenten, nach den Erfahrungen der letzten Landtagswahlen würde die SPD aus einer Bundestagsneuwahl mit großem Vorsprung als stärkste Partei hervorgehen. Seine Partei sei auf keinen Fall bereit, die bestehende Regierungskoalition zu verbreitern. Sie verlange Neuwahlen, bevor sie zu einer Diskussion über die Regierungsbeteiligung bereit sei.

15. Mai: Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, warnt in einer Rundfunkrede die deutsche Jugend vor einer Teilnahme an den im August in Ostberlin stattfindenden Weltfestspielen der Jugend und Studenten. Er erklärt, die von der SED für diese Veranstaltung ausgegebene Parole, „aktiv für den Frieden zu kämpfen“, bedeute, in die Sprache der freien Welt übersetzt, mit der Waffe in der Hand für die Sowjetunion zu kämpfen. Niemand dürfe sich zum Handlanger der Sowjets machen.

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, fordert in einer Rundfunkrede den Präsidenten der Bundesrepublik, Theodor Heuss, auf, das Verbot der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Friedensvertrag 1951 aufzuheben. Er beschuldigt Bundeskanzler Konrad Adenauer, die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten. Alle Behauptungen, die Volkspolizei stelle eine Militärmacht dar, bezeichnet er als haltlos. Präsident Pieck fordert die Bevölkerung der Bundesrepublik auf, das Verbot der Volksbefragung zu ignorieren. Am 16. Mai betont Bundespräsident Heuss in einer Antworterklärung, daß die Mehrheit des Bundestages und der Bevölkerung dem Verbot zustimmen. Die Zweckmäßigkeit einer politischen Entscheidung, die der Sicherung der staatlichen Ordnung diene, werde nicht der Beurteilung dessen unterstellt, der diese Ordnung bedrohe.

16. Mai: Der erste Vorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, macht in einer Rundfunkrede die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung für das Aufleben des Rechtsradikalismus verantwortlich, den er als das „Fieberthermometer des Elends und der Verbitterung“ bezeichnet. Er erklärt, die angeblichen außenpolitischen Erfolge der Bundesregierung seien nichts weiter als zu spät und unzureichend gewährte Selbstverständlichkeiten. Durch eine schnelle Ratifizierung des Schuman-Planes, dessen Hohe Behörde die Verleugnung aller Demokratie sei, werde Deutschland sich mit gebundenen Händen einem unbekannten Partner ausliefern. In einer Erwiderung, die ein Sprecher der Bundesregierung am 17. Mai in Bonn abgibt, wird darauf verwiesen, daß der Schuman-Plan für Deutschland die Auflösung einer ganzen Reihe von alliierten Kontrollbehörden und den Wegfall von Produktionsbeschränkungen mit sich bringen werde. Am 19. Mai wendet sich der erste Vorsitzende der SPD auf einer Kundgebung in Offenbach gegen den Vorwurf, die SPD sei nationalistisch. Es sei kein Nationalismus, wenn man für die Gleichberechtigung seines Volkes eintrete. Der Schuman-Plan könne leicht die Geburtsstunde einer neuen kommunistischen Massenbewegung werden. Auf einer Pressekonferenz in Frankfurt sagt Dr. Schumacher, der Schuman-Plan werde das zersplitterte Europa nochmals in zwei Hälften teilen. Die Alliierten betrieben eine zweigleisige Deutschlandpolitik, indem sie Deutschland auf der einen Seite die Gleichberechtigung versprächen, auf der anderen Seite aber versuchten, durch Verträge eine Verewigung des Rechtes der Sieger zu erreichen.

In Leipzig wird der „Erste Deutsche Kulturkongreß“ eröffnet. Der Präsident des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung, Johannes R. Becher, for-

dert in seinem Referat die Fortsetzung des gesamtdeutschen Kulturgesprächs, das zu einem geistigen Forum der Nation werden müsse. Auf seiner Schlußsitzung am 19. Mai erläßt der Kongreß ein Manifest, in dem die Forderung erhoben wird, die kulturelle Einheit Deutschlands aufrechtzuerhalten. Die Kulturschaffenden müßten ihren ganzen Einfluß aufbieten, um alle Machenschaften zu unterbinden, die gegen die Wiedervereinigung Deutschlands gerichtet seien.

17. Mai: Der Interimsausschuß für den Schuman-Plan, bestehend aus Regierungsvertretern der sechs beteiligten Länder, tritt in Unkel am Rhein unter Vorsitz des deutschen Staatssekretärs für Auswärtiges, Walter Hallstein, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Staatssekretär Hallstein bezeichnet in seiner Eröffnungsansprache den Ausschuß als eine Art Vororgan der geplanten Hohen Behörde. Der Ausschuß befaßt sich während der Sitzung, die am 19. Mai abgeschlossen wird, mit den Vorbereitungen zur Ratifizierung des Vertrags in den einzelnen Ländern und erörtert die Frage des Sitzes der im Vertrag vorgesehenen Behörden.

18. Mai: Bundeskanzler Konrad Adenauer versichert in einer Besprechung in Bonn dem amerikanischen Hohen Kommissar, John J. McCloy, daß die Bundesregierung alle notwendigen Maßnahmen ergreifen werde, um den Export nach kommunistisch beherrschten Ländern in Zukunft schärfer kontrollieren zu können.

Der britische Außenminister, Herbert Morrison, trifft zu einem viertägigen Besuch der Bundesrepublik in Köln ein. Er hat am 19. Mai in Bonn eine Unterredung mit Bundeskanzler Konrad Adenauer, in deren Verlauf er den Bundeskanzler zu einem Gegenbesuch nach London einlädt. In einer am gleichen Tage stattfindenden Konferenz mit Vorstandsmitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird dem britischen Außenminister der Wunsch der Gewerkschaften nach Auflösung der Ruhrbehörde und Aufhebung der Produktionsbeschränkungen für die deutsche Industrie vorgetragen. Am 20. Mai führt Außenminister Morrison Besprechungen mit dem britischen Hohen Kommissar, Sir Ivone Kirkpatrick.

19. Mai: Der saarländische Wirtschaftsminister, Franz Ruland, erklärt in einer Rundfunkrede, eine Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland würde der saarländischen Wirtschaft, die eng mit Lothringen verbunden sei, schweren Schaden zufügen. Zudem sei die Bundesrepublik nicht in der Lage, die Ernährung des Saargebiets sicherzustellen.

Frankreich

16. April: Das Außenministerium veröffentlicht den Inhalt des Planes für eine europäische Landwirtschaftsunion, der am 29. März den interessierten Regierungen zugeleitet wurde. Der Plan sieht vor, daß die beteiligten Länder die Erträge ihrer landwirtschaftlichen Produktion zusammenlegen, ihre Erzeugung an den Bedarf angleichen und einen gemeinsamen Markt errichten. Die Lenkung soll durch europäische Behörden nach dem Vorbild des Schuman-Planes erfolgen.

18. Mai: In Paris unterzeichnen die Außenminister Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs,

Italiens, Luxemburgs und der Niederlande den Vertrag über die Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Schuman-Plan). Nach Abschluß ihrer am 12. April begonnenen Konferenz veröffentlichten die Außenminister eine „Europäische Deklaration“, in der sie die Entschlossenheit ihrer Länder betonen, mit der Verwirklichung des Schuman-Planes den Grundstein zu einem organisierten Europa zu legen. Anlässlich der Unterzeichnung des Vertrags findet zwischen dem deutschen Bundeskanzler, Konrad Adenauer, und dem französischen Außenminister, Robert Schuman, ein Notenwechsel statt, in dem der Bundeskanzler erklärt, daß die Unterzeichnung des Vertrags durch Deutschland keine Anerkennung des gegenwärtigen Statuts des Saargebiets bedeute. In seiner Antwort betont der französische Außenminister, daß die französische Regierung bei der Unterzeichnung auch im Namen des Saargebiets gehandelt habe, daß die endgültige Entscheidung über das Saargebiet jedoch einem künftigen Friedensvertrag vorbehalten bleiben solle. Der saarländische Ministerpräsident, Johannes Hoffmann, wird am gleichen Tage von Außenminister Schuman zu Besprechungen über die Rolle des Saargebiets in der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft empfangen. Am 20. April erklärt Außenminister Schuman auf einer Pressekonferenz, der Vertrag bedürfe der Ratifizierung auch durch das saarländische Parlament.

19. April: Das Außenministerium gibt bekannt, daß die Regierung den Mitgliedstaaten der Internationalen Ruhrbehörde (Großbritannien, Vereinigte Staaten und Benelux-Staaten) Besprechungen über die Koordinierung der Ruhrbehörde mit der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorgeschlagen hat.
21. April: Der Rat der Republik lehnt den am 5. April von der Nationalversammlung angenommenen Entwurf eines Wahlgesetzes ab. Da der Entwurf in der Nationalversammlung in zweiter Lesung am 27. April nicht die Zweidrittelmehrheit erhält, die erforderlich ist, um den Einspruch des Rates der Republik zu überstimmen, bietet Ministerpräsident Henri Queuille den Rücktritt der Regierung an, den Staatspräsident Vincent Auriol jedoch ablehnt. Am 1. Mai wird der inzwischen von einem Ausschuß geringfügig abgeänderte Entwurf von der Nationalversammlung mit 339 gegen 251 Stimmen gebilligt. Er wird am 2. Mai vom Rat der Republik wiederum abgelehnt, jedoch am 7. Mai von der Nationalversammlung endgültig angenommen, indem sie diesen Einspruch mit 332 gegen 248 Stimmen überstimmt.
27. April: Der britische Außenminister, Herbert Morrison, erklärt nach Besprechungen mit Außenminister Robert Schuman in Paris, der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl müsse von der britischen Regierung erst eingehend geprüft werden, bevor sie über eine eventuelle Teilnahme entscheiden könne.

Auf der Konferenz der Außenministerstellvertreter der vier Großmächte in Paris unterbreitet der amerikanische Vertreter, Philip C. Jessup, einen neuen Tagesordnungsvorschlag der Westmächte. In diesem Vorschlag sind die Erfüllung der Friedensverträge

mit Bulgarien, Rumänien und Ungarn sowie die Triester Frage als besondere Punkte angeführt. Der Vorschlag wird von dem sowjetischen Vertreter, Andrej Gromyko, abgelehnt. Am 2. Mai unterbreitet der amerikanische Vertreter drei Alternativvorschläge: Vorschlag A entspricht dem Vorschlag vom 27. April; Vorschlag B sieht vor, den Außenministern die Entscheidung darüber zu überlassen, ob die westliche oder die sowjetische Version in der Frage der Rüstungen in die Tagesordnung aufgenommen werden soll; Vorschlag C umfaßt nur die Titel der Hauptgesprächsthemen. Am 4. Mai verspricht der sowjetische Vertreter die Annahme des Vorschlages A unter der Bedingung, daß für die Frage der Rüstungen der von der Sowjetunion gewünschte Wortlaut eingesetzt wird. Die Vertreter der Westmächte lehnen dies ab. Am 10. Mai fordert der sowjetische Vertreter als Bedingung für die Annahme des Vorschlags B, die Demilitarisierung Deutschlands an den Anfang der Tagesordnung zu setzen und die Frage des Atlantikpakts und der amerikanischen Stützpunkte in Europa in die Tagesordnung einzuschließen.

12. Mai: Die Nationalversammlung beschließt, ihre Legislaturperiode am 4. Juli zu beenden. Mit der Abstimmung wird der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Als Termin der Wahlen wird der 17. Juni bestimmt.
19. Mai: Die Nationalversammlung verabschiedet den Haushaltsplan für 1951/52 in Höhe von 2648 Milliarden Francs, davon 743 Milliarden für die Verteidigung.

Europarat

2. Mai: Das Ministerkomitee beschließt zu Beginn seiner Sitzung in Straßburg, die Bundesrepublik Deutschland als vollberechtigtes Mitglied des Europarates anzuerkennen und ihr Sitz und Stimme im Komitee zu gewähren. Im Laufe seiner bis zum 5. Mai dauernden Sitzung faßt das Ministerkomitee eine Reihe von Beschlüssen, die in einer Botschaft an die Beratende Versammlung niedergelegt werden. Darin wird der Versammlung mitgeteilt, daß die Mehrzahl der von ihr empfohlenen Änderungen des Statuts im Interesse der Aufrechterhaltung der Einigkeit und Solidarität unter den Mitgliedstaaten zurückgestellt wurden. Die Möglichkeit der Erweiterung der Kompetenzen der Beratenden Versammlung würden jedoch weiterhin sorgfältig studiert. Die Außenminister billigten jedoch das Prinzip der funktionellen Organisation und unterstützten den Gedanken der Bildung von gemeinsamen europäischen Behörden, die eines Tages zu der gewünschten europäischen Einheit zusammengeführt werden könnten. Sie stellten fest, daß bereits eine engere Verbindung des Europarates zur Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) hergestellt wurde. Ferner begrüßte das Ministerkomitee die Aufnahme engerer Beziehungen zwischen der Beratenden Versammlung und den Parlamenten der Vereinigten Staaten und Kanadas. Zum weiteren Studium des Flüchtlingsproblems wurde den Mitgliedstaaten die Einberufung einer Expertenkonferenz vorgeschlagen. Die Minister stellten fest, es sei nutzlos, das Problem der Verteidigung, das gemeinsam

- mit den Partnern des Atlantikpaktes in anderen Gremien behandelt werde, ohne die dazu notwendigen technischen Voraussetzungen zu diskutieren. Das Ministerkomitee erkenne die überragende Bedeutung der Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit an; deshalb dürfe keine Gelegenheit ausgelassen werden, die Zusammenarbeit der europäischen Staaten zu vertiefen und ihrem gemeinsamen Handeln größere Wirkung zu geben.
5. Mai: Die dritte Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung wird von Alterspräsident Antonio *Bogiano Pico* (Italien) eröffnet. Der belgische Abgeordnete Paul Henri *Spaak* wird mit 87 Stimmen zum Präsidenten wiedergewählt.
7. Mai: Der niederländische Außenminister, Dirk U. *Stikker*, unterbreitet der Beratenden Versammlung die Berichte des Ministerkomitees und der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC). Er betont in seiner Rede, daß die Vorschläge zur Erweiterung der Kompetenzen der Beratenden Versammlung von den Regierungen sorgfältig geprüft werden; doch müsse man sich vor übereilten Schritten hüten, die einige Länder zwingen könnten, ihre Mitarbeit zu verweigern. Das Einstimmigkeitsprinzip im Ministerkomitee bleibe ein wesentliches Element einer reibungslosen Zusammenarbeit. Die funktionelle Methode der Vereinigung biete bisher unerreichte Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit. Der Schuman-Plan sei hierfür nur ein Anfang, doch müßten bis zur Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit noch viele Einzelinteressen überwunden werden. Die Aufgabe des Europarats gegenüber allen regionalen und funktionellen Organisationen sei die einer Kontrolle ihrer Wirksamkeit und einer positiven Kritik an ihren Maßnahmen. An eine Zusammenlegung der verschiedenen Organisationen dürfe jedoch nur sehr vorsichtig herangegangen werden.
8. Mai: In der Generaldebatte über den Bericht der OEEC schlägt der britische Abgeordnete Lord *Layton* die Aufstellung eines europäischen Rohstoffbudgets vor, durch das der Rohstoffbedarf Europas festgelegt und die gerechte Verteilung der verfügbaren Rohstoffe gewährleistet werden soll. Am 9. Mai empfiehlt der britische Abgeordnete Robert *Boothby* die Vereinigung der europäischen Wirtschaft mit der des Commonwealth und die Ausdehnung des Vorzugsystems des Commonwealth auf alle europäischen Staaten. Am 10. Mai entwickelt der niederländische Außenminister, Dirk U. *Stikker*, in seinem Schlußwort ein wirtschaftliches Aktionsprogramm, das folgende Punkte enthält: Steigerung der Grundstoffproduktion, Einschränkung der Verwendung und gerechte Verteilung knapper Rohstoffe, Steigerung der Lebensmittelproduktion, Erhöhung der allgemeinen Produktionskapazität, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Liberalisierung des Handels trotz der Rohstoffknappheit, Ausgleich der Zahlungsbilanzen, Erhaltung der finanziellen Stabilität.
9. Mai: Die Beratende Versammlung lehnt mit großer Mehrheit einen Antrag ab, den Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa, General Dwight D. *Eisenhower*, zur Teilnahme an der für den 12. Mai vorgesehenen Verteidigungsdebatte einzuladen. Präsident Paul Henri *Spaak* weist darauf hin, daß die Ablehnung aus Verfahrensgründen infolge der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit erfolgt sei und daß sie in keiner Weise ein Mißtrauen gegenüber General Eisenhower ausdrücke.
10. Mai: Der französische Abgeordnete André *Philip* legt der Beratenden Versammlung den Bericht der Wirtschaftskommission über den Schuman-Plan vor. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Großbritannien sich wenigstens zu einer de facto-Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bereitfinden möge, aus der nach und nach eine volle Beteiligung erwachsen könnte. Der deutsche Abgeordnete Erik *Nölting* kritisiert die Europäische Gemeinschaft, die er als ein Superkartell bezeichnet, dessen Lasten einseitig Deutschland zu tragen habe. Der britische Abgeordnete Harold *Macmillan* erklärt, die britische Regierung solle einer Auflösung der Ruhrbehörde zustimmen und sich an informellen Gesprächen beteiligen, um die Möglichkeiten einer Beteiligung an der Europäischen Gemeinschaft zu prüfen. Der deutsche Abgeordnete Carl von *Campe* führt demgegenüber aus, daß vor der Perspektive einer dauernden deutsch-französischen Zusammenarbeit alle technischen Bedenken gegen den Schuman-Plan zurückgestellt werden müßten. Am 11. Mai nimmt die Versammlung mit 80 gegen 7 Stimmen (deutsche sozialdemokratische Abgeordnete) bei 9 Enthaltungen (britische Labour-Abgeordnete) eine Resolution an, in der der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl begrüßt wird, die Parlamente der beteiligten Staaten zur baldigen Ratifizierung des Vertrages aufgefordert werden und die Hoffnung ausgedrückt wird, daß Großbritannien und andere interessierte Länder sich zu einer Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft bereitfinden werden.
11. Mai: Der französische Abgeordnete Edouard *Bonafous* erstattet der Beratenden Versammlung den Bericht der Sonderkommission für Transportfragen zur Bildung einer europäischen Transportgemeinschaft. Die Kommission schlägt in einer Empfehlung an das Ministerkomitee vor, eine Expertenkonferenz einzuberufen. Die Entscheidung über diesen Vorschlag und über einen Gegenvorschlag des schwedischen Abgeordneten Axel *Gjöres* wird auf die zweite Hälfte der Sitzungsperiode im Oktober vertagt.
12. Mai: Die Beratende Versammlung billigt einstimmig eine Resolution, durch die das Präsidium beauftragt wird, eine Abordnung des amerikanischen Kongresses im Herbst 1951 zu einer gemeinsamen Diskussion einzuladen. Ebenfalls einstimmig empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee den Entwurf einer Konvention für die gleichberechtigte Behandlung aller Staatsangehörigen von Mitgliedstaaten in allen Mitgliedstaaten. Die Beratende Versammlung führt eine allgemeine Debatte über die politischen Aspekte der europäischen Verteidigung. Der deutsche Abgeordnete Gerhard *Lütkens* erklärt, daß die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten den Europarat nicht für berechtigt halten, Verteidigungsfragen zu diskutieren und deshalb an der Debatte nicht teilnehmen. Die Kommission für allgemeine (politische) Angelegen-

heiten, deren Bericht von der niederländischen Abgeordneten Margarete Klompé erstattet wird, schlägt in einem Resolutionsentwurf vor, die europäischen Länder zu enger Zusammenarbeit in allen Verteidigungsfragen zu ermahnen und eine Verbreiterung der Pariser Konferenz über die Bildung einer europäischen Armee zu fordern. Der britische Abgeordnete Duncan Sandys stellt den Antrag, den Mitgliedstaaten im einzelnen zu empfehlen: die Aufstellung eines gemeinsamen Aufrüstungsprogramms; die Standardisierung der Waffen; die Einbeziehung Griechenlands und der Türkei in das europäische Verteidigungssystem; die Abänderung der Konzeption einer europäischen Armee, so daß sich auch Nationen an ihr beteiligen können, die mit den übernationalen Behörden des Plevin-Planes nicht einverstanden sind; eine Verstärkung der Aufklärung der europäischen Völker hinter dem Eisernen Vorhang; die Versicherung, daß die alliierten Truppen nicht ohne die Zustimmung der deutschen Bundesregierung aus Deutschland abgezogen werden; eine gemeinsame Erklärung, daß jedem weiteren Versuch einer Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs in Europa gemeinsam Widerstand geleistet wird. Die Abstimmungen über beide Resolutionsentwürfe werden am 14. Mai bis zur zweiten Hälfte der Sitzungsperiode vertagt.

14. Mai: Die Beratende Versammlung billigt einstimmig den Entwurf zur Bildung eines europäischen Flüchtlingsamtes. Ebenfalls einstimmig wird eine Resolution gebilligt, in der die Bildung eines europäischen Amtes für Arbeitskräfte und der Abschluß internationaler Übereinkommen zur Sicherung der sozialen Rechte wandernder Arbeiter empfohlen werden. Der Vorschlag einer Sonderkommission, die nicht im Europarat vertretenen europäischen Nationen durch eine Propagandaaktion über die Ziele und Leistungen des Europarates aufzuklären und sie an einer Zusammenarbeit zu interessieren, wird auf die zweite Hälfte der Sitzungsperiode vertagt.
15. Mai: Die Beratende Versammlung stellt in ihrer Antwort auf den Bericht der OEEC fest, daß dieser Bericht sich zu viel mit dem bisher Erreichten beschäftige. Sie spricht die Hoffnung aus, daß künftige Berichte in verstärktem Maße die aktuellen Probleme behandeln und daß die OEEC die im Laufe der Tagung gegebenen Anregungen beachten möge. Die Beratende Versammlung billigt einstimmig drei Empfehlungen an das Ministerkomitee. 1. eine Konferenz einzuberufen, um ein Abkommen über die Gewährleistung der Vollbeschäftigung vorzubereiten; 2. gemeinsam mit der OEEC die Möglichkeiten einer engeren wirtschaftlichen Verbindung zwischen den Mitgliedstaaten und den mit ihnen verbundenen überseeischen Gebieten zu prüfen; 3. die Regierungen der Mitgliedstaaten, der Vereinigten Staaten und des Commonwealth zur Bildung einer gemeinsamen Rohstoffbehörde zu veranlassen. Mit der Abfassung der Antwortbotschaft an das Ministerkomitee, die mit 64 gegen 2 Stimmen angenommen wird, beendet die Beratende Versammlung die erste Hälfte ihrer Sitzungsperiode. In ihrer Botschaft erinnert die Versammlung an ihren früher

gemachten Vorschlag der Vereinigung des Europarates mit der OEEC und begrüßt die Bildung übernationaler Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie betont jedoch, daß diese Organisationen nicht der fortschreitenden Einigung Europas dienen können, wenn einige Regierungen sich weigern, ihnen Teile ihrer Souveränitätsrechte abzutreten. Um den in sie gesetzten Erwartungen entsprechen zu können, wünscht sie eine Erweiterung ihrer Vollmachten, insbesondere das Recht der parlamentarischen Kontrolle der europäischen Organisationen und das Recht, in Fragen der Sicherheit ihre Stimme zur Geltung bringen zu können.

Großbritannien

16. April: Die persische Botschaft in London veröffentlicht eine Erklärung, in der festgestellt wird, daß Persien bisher keinen gerechten Anteil an seinem Erdölreichtum bekommen habe. Es sei daher unrealistisch, die jetzige nationale Bewegung der kommunistischen Agitation zuzuschreiben. Persien habe nicht die Absicht, sein Erdöl Großbritannien zu entziehen und es einem anderen Lande zukommen zu lassen. Am 1. Mai betont Außenminister Herbert Morrison vor dem Unterhaus, die britische Regierung strebe eine vernünftige Lösung der Erdölfrage an, sie werde jedoch nicht unter Druck verhandeln.
19. April: Das Außenministerium teilt in einer Erklärung mit, daß die französische Regierung von Großbritannien ersucht wurde, der deutschen Bundesregierung keine Zusage über eine mögliche Auflösung der internationalen Ruhrbehörde zu geben, bevor nicht Besprechungen zwischen allen beteiligten Regierungen stattgefunden hätten. Die britische Regierung erkenne an, daß die bestehenden Kontrollen der Ruhrindustrie mit den im Schuman-Plan vorgesehenen Institutionen in Einklang gebracht werden müssen, sie könne ihre Politik jedoch noch nicht festlegen.
21. April: Die internationale Zollkonferenz in Torquay wird nach siebenmonatiger Sitzungsdauer beendet. Die Bundesrepublik Deutschland, Oesterreich, die Republik Korea, Peru, die Philippinen, die Türkei und Uruguay erklären ihren Beitritt zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT). Ferner wurden während der Konferenz 147 zweiseitige Zollabkommen paraphiert.
22. April: Arbeitsminister Aneurin Bevan erklärt seinen Rücktritt. Am 23. April legt er dem Unterhaus die Gründe dafür dar. Er wirft der Regierung vor, durch ein zu ausgedehntes Rüstungsprogramm eine Senkung des Lebensstandards zu verursachen. Das am 10. April vorgelegte Budget enthalte Verteidigungsausgaben, die infolge der Knappheit an Rohstoffen überhaupt nicht zu verwirklichen seien. Am gleichen Tage erklärt auch Handelsminister Harold Wilson seinen Rücktritt.
24. April: Der bisherige parlamentarische Staatssekretär Alfred Robens wird zum Arbeitsminister, der bisherige Generalstaatsanwalt, Sir Hartley Shawcross, zum Handelsminister und der bisherige Kronanwalt, Sir Frank Soskice, zum Generalstaatsanwalt ernannt. Der österreichische Außenminister, Karl Gruber, trifft zu einem Besuch in London ein. Ueber seine Besprechungen mit Mitgliedern der Regierung be-

richtet er am 26. April einer Pressekonferenz, er habe die Aussichten für den österreichischen Staatsvertrag, die Möglichkeiten einer Senkung der Besatzungskosten und das Rohstoffproblem erörtert.

26. April: Der bisherige Minister für öffentliche Arbeiten, Richard Stokes, wird als Nachfolger des verstorbenen Ernest Bevin zum Lordsiegelbewahrer ernannt. Sein Ministerium wird von dem parlamentarischen Staatssekretär George Brown übernommen.

3. Mai: Der Ständige Rat der Außenministerstellvertreter der Atlantikpaktstaaten beschließt, die bisherigen Ausschüsse der Außenminister, der Verteidigungsminister und der Finanzminister zu einem Obersten Rat zu vereinigen, in den jeder Mitgliedstaat ein Regierungsmitglied, in besonderen Fällen den Regierungschef, entsenden soll. Ferner wird die Errichtung einer Finanz- und Wirtschaftsbehörde der Atlantikpaktorganisation mit dem Sitz in Paris beschlossen.

König George VI. eröffnet in London das „Festival of Britain“, das er in seiner Eröffnungsbotschaft als Symbol des unentwegten Mutes und Lebenswillens Großbritanniens bezeichnet.

10. Mai: Handelsminister Sir Hartley Shawcross gibt dem Unterhaus bekannt, daß die britischen Kolonien in Ostasien angewiesen wurden, die Gummieexporte nach der Chinesischen Volksrepublik einzustellen.

Irland

4. Mai: Der Präsident der Republik, Sean T. O'Kelly, löst auf Ersuchen des Premierministers, John Costello, das Dail (Parlament) auf. Neuwahlen werden auf den 30. Mai festgesetzt.

Island

7. Mai: Auf Grund eines mit der Regierung getroffenen Abkommens übernehmen amerikanische Truppen die Verteidigung der Insel.

Italien

20. April: Der frühere Ministerpräsident und jetzige Präsident des Senats, Ivanoe Bonomi, stirbt im Alter von 78 Jahren. Zu seinem Nachfolger wird am 28. April der frühere Staatspräsident Enrico de Nicola gewählt.

16. Mai: Verteidigungsminister Randolfo Pacciardi erklärt vor dem Senat, es werde Italien angesichts der flagranten Verletzungen der Friedensverträge der Ostblockstaaten schwer, die Bedingungen seines eigenen Friedensvertrages einzuhalten. Der Senat billigt das Aufrüstungsprogramm der Regierung mit 181 gegen 96 Stimmen. Am 20. Mai erklärt Außenminister Graf Carlo Sforza bei einer Rede in Genua, die günstigste Zeit für eine Revision des Friedensvertrages sei jetzt gekommen. Mindestens wünsche Italien eine gemeinsame Erklärung der drei Westmächte, die die im Vertrag enthaltene moralische Sanktion auslösche.

Jugoslawien

27. April: Außenminister Edvard Kardelj befürwortet vor dem Kongreß der Slowenischen Befreiungsfront in Laibach eine breite Einheitsfront aller sozialistischen Kräfte in Europa gegen das Kominform.

Malta

5. Mai: Vom 5. bis 7. Mai finden Neuwahlen zur

Gesetzgebenden Versammlung statt, nachdem die Minderheitsregierung des Premierministers G. Borg Olivier ihren Rücktritt erklärt hat. Die Wahlen haben folgendes Ergebnis: Nationalisten 15, Labour Party 14, gemäßigte Arbeiter-Partei 7, Konstitutionalisten 4 Sitze.

Oesterreich

16. April: Innenminister Oskar Helmer sagt auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei in Kärnten, alle Kraft müsse auf die Erhaltung der Vollbeschäftigung konzentriert werden. Ebenso energisch müßten Preisexzesse bekämpft werden.

20. April: Die Hauptwahlbehörde für die Wahl des neuen Bundespräsidenten bestätigt die Kandidaturen von Landeshauptmann Heinrich Gleißner (ÖVP), Bürgermeister Theodor Körner (SPÖ), Bundesrat Gottlieb Fiala (Linksblock) sowie der Kandidaten unabhängiger Gruppen, Professor Burghard Breitner, Frau Ludovica Hainisch-Marchet und Professor Johannes Ude. Die Kandidaten beginnen am 21. April mit ihren Wahlkampagnen.

4. Mai: Innenminister Oskar Helmer weist auf einer Pressekonferenz darauf hin, daß am 6. Mai zum ersten Male ein Bundespräsident durch das Volk in direkter Wahl gewählt werde. Der ruhige Verlauf des Wahlkampfes sei ein Beweis für die politische Reife und demokratische Einstellung des österreichischen Volkes. Er hoffe, daß dies die letzte Wahl unter fremder Besatzung sein werde.

6. Mai: Die Wahl des Bundespräsidenten hat folgendes Ergebnis:

Heinrich Gleißner	1 725 695 Stimmen
Theodor Körner	1 682 768 „
Burghard Breitner	662 559 „
Gottlieb Fiala	220 012 „
Johannes Ude	5 411 „
Ludovica Hainisch-Marchet	2 131 „

Da keiner der Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit erhält, wird am 27. Mai eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmzahlen stattfinden.

11. Mai: Der Linksblock (Kommunisten und Linkssozialisten) fordert seine Wähler auf, bei der Stichwahl für den Kandidaten der SPÖ, Theodor Körner, zu stimmen. Der Parteivorstand der SPÖ weist in einer Erklärung darauf hin, daß die SPÖ die Kommunisten nicht um ihre Unterstützung ersucht hat.

Der sowjetische Vertreter im Alliierten Rat, General Zinjew, verweigert seine Zustimmung zu den am 4. April vom Nationalrat verabschiedeten Wirtschaftsgesetzen. Da der Rat über einen Einspruch gegen die Gesetze keine Einigung erzielen kann, werden sie nach Ablauf einer Frist von 31 Tagen in Kraft treten. Der sowjetische Vertreter kündigt an, daß die sowjetische Hohe Kommission sich innerhalb ihres Besatzungsgebietes ihre Stellungnahme gegenüber den in Ausführung dieser Gesetze getroffenen Maßnahmen vorbehalten werde.

Portugal

18. April: Der Präsident der Republik, Marschall Antonio Oscar de Fragoso Carmona, stirbt im Alter von

81 Jahren. Sein Amt wird bis auf weiteres von Ministerpräsident Antonio *de Oliveira Salazar* übernommen.

Schweiz

29. April: Der Chef des Politischen Departements, Bundesrat Max *Petitpierre*, erklärt vor der Delegiertenversammlung der Freisinnig-Demokratischen Partei in Chur, die gesteigerte Gefahr eines bewaffneten Konflikts zwingt auch die Schweiz, ihre Landesverteidigung auszubauen. Ihre Politik werde jedoch weiterhin bestrebt sein, durch ehrliche und uneingeschränkte Handhabung der Neutralität und durch Mitarbeit in allen friedlichen internationalen Institutionen ihre Unabhängigkeit zu bewahren.
16. Mai: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die ihre vierte Vollsitzung in Genf abhält, beschließt die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland, Japans und Spaniens.

Sowjetunion

16. April: Das Staatliche Planungskomitee veröffentlicht einen Bericht über die Erfüllung des Fünfjahresplanes 1946/50, in dem festgestellt wird, daß der Plan erfolgreich erfüllt und seine wichtigsten Aufgaben bedeutend überboten wurden. Die Industrie habe ihre Produktion um 73 Prozent gegenüber 1940 erhöht.
6. Mai: Der Minister für die Elektrizitätsindustrie, I. G. *Kabanow*, wird seines Postens enthoben und durch D. B. *Efremow* ersetzt. Am 9. Mai wird die Abberufung des Ernährungsministers, D. W. *Pawlow*, und die Ernennung von I. K. *Siwolap* zu seinem Nachfolger bekanntgegeben.
7. Mai: Die Regierung überreicht dem amerikanischen Botschafter ein Memorandum, in dem sie die Einbe-

rufung einer Konferenz der Außenminister Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik zur Ausarbeitung des japanischen Friedensvertrags vorschlägt. Als Ziele des Vertrags werden darin genannt: Herstellung eines friedlichen und demokratischen japanischen Staates, Aufhebung aller wirtschaftlichen Beschränkungen, Garantien gegen eine Beteiligung Japans an gegen einen Unterzeichnerstaat gerichteten Koalitionen, Abzug der Besatzungstruppen innerhalb eines Jahres. In einer am 19. Mai in Washington überreichten Antwortnote der amerikanischen Regierung wird der Vorschlag einer Außenministerkonferenz zurückgewiesen. Es heißt in der Note, der vielfache Mißbrauch des Vetos durch die Vertreter der Sowjetunion im Außenministerrat mache eine schnelle Einigung unwahrscheinlich. Die Vereinigten Staaten seien auf die Wahrung der Interessen Chinas bedacht, jedoch an den Empfehlungen eines Staates, der als Angreifer gebrandmarkt sei, nicht interessiert. Die Sowjetunion sei nach wie vor eingeladen, an der Fertigstellung des Friedensvertrags auf der Grundlage des von den Vereinigten Staaten und anderen Alliierten ausgearbeiteten Entwurfs teilzunehmen, zumal die sowjetischen Vorschläge inhaltlich nicht sehr von diesem Entwurf abwichen.

Ungarn

21. April: Die Amtsenthebung des Innenministers, Sándor *Zolt*, und seine Ersetzung durch Arpad *Hazi* wird bekanntgegeben. Am 12. Mai wird der Rücktritt des Außenministers, Gyula *Kallai*, bekanntgegeben. Zu seinem Nachfolger wird der Vizepräsident des Präsidialrates, Karoly *Kiss*, ernannt.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Afrika

Südafrikanische Union

14. Mai: Das Abgeordnetenhaus verabschiedet mit 74 gegen 64 Stimmen ein Gesetz, das die Einführung getrennter Wahllisten für farbige Wähler vorsieht. Danach kann die farbige Bevölkerung nur insgesamt vier Abgeordnete wählen, die Weiße sein müssen.

Amerika

Bolivien

6. Mai: Es finden Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der in Argentinien im Exil lebende Führer der Nationalrevolutionären Partei, Victor *Paz Estenssoro*, mit über 45 Prozent der Stimmen als Sieger hervorgeht. Da er keine absolute Mehrheit erhält, muß der Kongreß über seine Einsetzung ins Amt entscheiden.
16. Mai: Präsident Mamerto *Urriolagoitia* erklärt seinen Rücktritt und verläßt das Land. Er übergibt die Regierungsgewalt einer zehnköpfigen Militärjunta, die General Hugo *Ballivián* zu ihrem Präsidenten ernennt. Die Präsidentschaftswahlen vom 6. Mai werden für ungültig erklärt. General Ballivián versichert, daß die Junta nur so lange im Amt bleiben werde, bis Ruhe und Ordnung wiederhergestellt sind. Die Armee habe handeln müssen, um das Land nicht in die Gewalt

der Extremisten von links und rechts fallen zu lassen. Der zurückgetretene Präsident, Urriolagoitia bestätigt bei seiner Ankunft in Arica (Chile), daß er sein Amt freiwillig niedergelegt habe, da die Wahlen vom 6. Mai das Land in eine ernste Situation gebracht hätten.

Ecuador

11. Mai: Die Regierung wird unter Hinzuziehung von Mitgliedern der Sozialistischen Partei folgendermaßen umgebildet: Ministerpräsident und Innenminister: Andrés *Cordoba*, Außenminister: Neftali *Ponce*, Verteidigungsminister: Manuel *Diaz Granados*, Finanzminister: Alfredo *Peneherrera*, Wirtschaftsminister: Colon *Serrano*, Arbeits- und Sozialminister: Clodoveo *Accivar*, Minister für öffentliche Arbeiten: Atahualpa *Ruiz*, Erziehungsminister: Carlos *Cueva Tamariz*.

Panama

7. Mai: Präsident Arnulfo *Arias* setzt die Verfassung außer Kraft und löst die Nationalversammlung auf. Am 9. Mai erklärt die Nationalversammlung Präsident *Arias* für abgesetzt und wählt Vizepräsident Alcibiades *Arosemena* zum neuen Präsidenten. Präsident *Arias* erklärt sich mit der Wiederinkraftsetzung der Verfassung einverstanden, weigert sich jedoch zurückzutreten. Nachdem das Oberste Gericht die Absetzung für recht-

mäßig erklärt hat, wird der bisherige Präsident am 10. Mai nach mehrstündigem Feuergefecht verhaftet. Am 11. Mai gibt Präsident Arosemena sein neues Kabinett bekannt: Minister für die Regierung: Miguel Angel Ordóñez, Außenminister: Ignacio Molino, Finanzminister: Victor Navas, Wirtschafts- und Handelsminister: David Samudio, Arbeits- und Gesundheitsminister: Juan de Arco Galindo, Minister für öffentliche Arbeiten: Norberto Navarro, Erziehungsminister: Ricardo Bermúdez.

Vereinigte Staaten

16. April: Exilpolitiker aus neun unter kommunistischer Herrschaft stehenden europäischen Staaten gründen in Washington ein „Mittel-Osteuropäisches Komitee“, zu dessen Vorsitzendem der frühere ungarische Ministerpräsident Ferenc Nagy gewählt wird.
18. April: Präsident Harry S. Truman gibt in einer Erklärung bekannt, daß der Abschluß eines gegenseitigen Verteidigungsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland angestrebt werde.
19. April: General Douglas MacArthur erläutert in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses seine Politik in Ostasien. Er erklärt, die durch die chinesische Intervention in Korea entstandene Lage erfordere die Intensivierung der Wirtschaftsblockade gegen die Chinesische Volksrepublik, die Aufhebung aller Beschränkungen für die Luftaufklärung über chinesischem Gebiet und den Einsatz der auf Formosa befindlichen nationalchinesischen Streitkräfte. Mit der jetzigen Kriegführung sei bestenfalls auf eine unentschiedene Schlacht zu hoffen. Man müsse jedoch einen aufgezwungenen Krieg mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln führen, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden.
23. April: Der frühere Vizepräsident, General Charles G. Dawes, stirbt in Chicago im Alter von 85 Jahren.
24. April: Der stellvertretende Verteidigungsminister, Robert A. Lovett, gibt einer Pressekonferenz bekannt, daß Nationalchina in Zukunft hinsichtlich amerikanischer Waffenlieferungen gleichberechtigt mit Westeuropa sein werde.
30. April: Der Politische Ausschuß der Gewerkschaftsverbände erklärt sich bereit, die Gewerkschaftsvertreter, die am 28. Februar aus den Mobilisierungs- und Kontrollbehörden der Regierung zurückgezogen worden waren, ab 1. Mai wieder zu entsenden.
Präsident Harry S. Truman ersucht den Kongreß um die Bewilligung eines Verteidigungsbudgets in Höhe von 60,679 Milliarden Dollar für das Rechnungsjahr 1951/52.
2. Mai: Die Marshallplan-Verwaltung (ECA) gibt bekannt, daß die Marshallplan-Hilfe für Irland im Einverständnis mit der irischen Regierung vorläufig eingestellt wird.
3. Mai: Der israelische Ministerpräsident, David Ben-Gurion, trifft zu einem mehrwöchigen Besuch der Vereinigten Staaten in Washington ein. Er sagt am 8. Mai in einer Ansprache vor dem Nationalen Presseclub, Israel wolle ein Eckstein der Demokratie im Nahen Osten sein, doch hänge seine Zukunft von dem Grad der militärischen, wirtschaftlichen und sozialen

Sicherheit ab, den es mit Hilfe seiner Freunde erreichen könne.

- Der Außenpolitische und der Militärausschuß des Senats beginnen in gemeinsamer Sitzung mit der Untersuchung der Ostasienpolitik der Regierung. Als erster Zeuge wiederholt General Douglas MacArthur in dreitägiger Vernehmung seine Vorschläge, die Chinesische Volksrepublik durch ein Ultimatum zur Räumung Koreas zu zwingen und die nationalchinesische Regierung vermehrt zu unterstützen. Das bedeute nicht die Entsendung amerikanischer Landtruppen nach China; es sei jedoch wahrscheinlich, daß der Koreakrieg bei Aufhebung der operativen Beschränkungen mit einem Minimum an Verstärkungen zu Ende geführt werden könne. Die Sowjetunion sei in Asien zu schwach, um ernsthaft eingreifen zu können. Er befürworte keineswegs, Europa sich selbst zu überlassen, sondern er sei dafür, dem Kommunismus überall mit größter Stärke entgegenzutreten. Verteidigungsminister George C. Marshall erklärt in seiner vom 7. bis 14. Mai dauernden Vernehmung, eine Befolgung der von General MacArthur vorgeschlagenen Politik hätte die Vereinigten Staaten in einen Krieg mit der Sowjetunion verwickeln, ihnen den Verlust ihrer Bundesgenossen eintragen und eine große Gefahr für Westeuropa heraufbeschwören können, ohne daß man eines Erfolges in Korea hätte sicher sein dürfen. Die sowjetischen Truppenmassierungen im Fernen Osten machten ein sowjetisches Eingreifen im Falle militärischer Aktionen in China sehr wahrscheinlich. Die Truppen der Vereinten Nationen müßten daher in Korea weiter defensiv kämpfen, bis die Chinesen durch ihre hohen Verluste zur Einstellung ihres Angriffs gezwungen würden. Die Vereinigten Staaten müßten jede Ausbreitung des Krieges zu verhindern suchen, gleichzeitig aber bereit sein, jeden neuen Angriff außerhalb Koreas sofort zurückzuschlagen. Am 15. Mai unterstützt der Chef des Vereinigten Generalstabs, General Omar N. Bradley, die vom Verteidigungsminister geäußerten Ansichten. Er erklärt es für unmöglich, einen Zweifrontenkrieg zu führen. Man dürfe den Koreakrieg nur als Teil der weltweiten Auseinandersetzung mit dem anderen Machtzentrum in der Welt sehen. Die Vernehmung General Bradleys wird am 16. Mai vertagt, da er sich weigert, den Inhalt einer vertraulichen Konferenz mit Präsident Harry S. Truman preiszugeben.
10. Mai: Der Senat empfiehlt in einem Zusatz zu einer Bewilligungsvorlage, denjenigen Ländern die Gewährung amerikanischer Wirtschaftshilfe zu sperren, die Kriegsmaterial an kommunistische Staaten liefern.
Gouverneur Thomas E. Dewey fordert auf einem Bankett des New Yorker Republikanischen Komitees eine starke Politik des Widerstandes gegen die kommunistische Aggressionspolitik. Im einzelnen schlägt er vor: Vermeidung von Beschwichtigung und Rückzügen; Verhinderung der Zulassung der Chinesischen Volksrepublik zu den Vereinten Nationen, notfalls durch Gebrauch des Vetorechts; Verstärkung der Hilfe und Aufhebung aller Operationsbeschränkungen für Nationalchina; Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel der Verhängung einer allgemeinen Wirtschaftsblockade über die Chinesische Volksrepublik;

Förderung der Vereinigung Europas; Aufnahme von Spanien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei in den Atlantikpakt; Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht in den Vereinigten Staaten.

16. Mai: Der Staat billigt die Gewährung einer Weizenanleihe im Werte von 190 Millionen Dollar an Indien.
18. Mai: Der Unterstaatssekretär für Fernost-Angelegenheiten, Dean *Rusk*, erklärt auf einer Veranstaltung des amerikanischen China-Instituts, die Vereinigten Staaten würden ihre Hilfe an die chinesische Nationalregierung fortsetzen, die Entscheidung über die Zukunft Chinas liege jedoch in den Händen des chinesischen Volkes selbst. Wenn es sich für die Freiheit entscheide, werde es bei allen freiheitsliebenden Völkern Freunde finden.

Asien

Indonesien

26. April: Die Bildung einer neuen Regierung, die Mitglieder der mohammedanischen Masjumi-Partei, der Nationalisten-Partei und anderer, kleinerer Parteien umfaßt, wird bekanntgegeben. Ihr gehören an: Ministerpräsident: Sukiman Wirdjos *Andjodjo*, stellvertretender Ministerpräsident: Raden *Suwindjo*, Außenminister: Ahmed *Subardjo*, Verteidigungsminister: Sumitro *Klapakin*, Finanzminister: J. *Wibisono*, Arbeitsminister: Tadjia *Sukmana*.

Irak

16. Mai: Ministerpräsident Nuri *es-Said* gibt dem Parlament bekannt, daß Syrien den Irak um militärische Unterstützung ersucht habe. Die Regierung habe daher die Entsendung irakischer Truppen nach Syrien angeordnet.

Israel

2. Mai: Nördlich des Sees Genezareth kommt es zu neuen Kampfhandlungen zwischen syrischen und israelischen Truppen. Ein am 5. Mai durch Vermittlung der Waffenstillstandskommission der Vereinten Nationen geschlossener Waffenstillstand wird nach wenigen Stunden wieder gebrochen. Am 15. Mai erklären sich beide Parteien bereit, den Feuereinstellungsbefehl der Vereinten Nationen zu befolgen und ihre Truppen aus der demilitarisierten Grenzzone zurückzuziehen.

Japan

21. April: Ministerpräsident Shigeru *Yoshida* gibt nach Abschluß mehrtägiger Besprechungen mit dem amerikanischen Sonderbotschafter John Foster *Dulles* einer Pressekonferenz bekannt, daß zwischen der amerikanischen und der japanischen Regierung völlige Übereinstimmung über die Bedingungen des künftigen Friedensvertrags erzielt wurde. Am 24. April teilt der Ministerpräsident mit, daß mit den Vereinigten Staaten eine vorläufige Übereinkunft über die weitere Stationierung amerikanischer Truppen in Japan getroffen worden ist.

Jordanien

3. Mai: König *Abdullah* löst auf Ersuchen des Ministerpräsidenten, Samir Pascha *el-Rifai*, das Parlament auf.

Korea

16. April: An Stelle des zurückgetretenen Obersten Ben

C. *Limb* wird *Pyun Yung Tae* zum südkoreanischen Außenminister ernannt.

23. April: Die chinesischen und nordkoreanischen Streitkräfte treten zu einer Offensive an und erzielen Durchbrüche. Die Truppen der Vereinten Nationen gehen nach Räumung von Chundong auf das Südufer des Pukhan-Flusses zurück; am 28. April beziehen sie neue Verteidigungslinien in den Außenbezirken von Seoul. Vom 1. Mai ab ziehen sich die chinesisch-nordkoreanischen Truppen wieder zurück.
25. April: Der südkoreanische Innenminister, *Cho Pyung Ok*, erklärt auf Verlangen von Staatspräsident Syngman *Rhee* seinen Rücktritt. Am 26. April werden auch Justizminister *Kim Yoon Yun* und Verteidigungsminister *Sin Sung Mo* zum Rücktritt veranlaßt. Am 7. Mai werden *Lee Soon Yong* zum Innenminister, *Cho Chong Man* zum Justizminister und *Lee Ki Poong* zum Verteidigungsminister ernannt.
10. Mai: Vizepräsident *Lee Si Yung* erklärt seinen Rücktritt, den die Nationalversammlung zunächst ablehnt, dann am 14. Mai jedoch annimmt. Zu seinem Nachfolger wird am 16. Mai *Kim Sung Soo* gewählt.
16. Mai: Die chinesisch-nordkoreanischen Truppen treten im Ostabschnitt der Front zu einem neuen Großangriff an und erzielen am 17. Mai einen größeren Durchbruch. Am 18. Mai müssen die Truppen der Vereinten Nationen die letzten noch nördlich des 38. Breitengrades gehaltenen Stellungen aufgeben.

Libanon

17. April: Die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 15. April werden bekanntgegeben. Danach haben die regierungsfreundlichen Gruppen 60 der 77 Sitze des Parlaments errungen.

Malaya

18. Mai: In Singapur werden Besprechungen über die Lage in Südostasien zwischen dem französischen Hohen Kommissar und Oberbefehlshaber in Indochina, General Jean *de Lattre de Tassigny*, und den in diesem Gebiet zuständigen britischen und amerikanischen militärischen Befehlshabern geführt. In einer Verlautbarung wird festgestellt, daß die Konferenz völlige Übereinstimmung über Verteidigungsfragen erzielt habe und ihre Empfehlungen den beteiligten Regierungen zuleiten werde.

Persien

16. April: Ministerpräsident Hussein *Ala* erklärt in einem Interview mit *Le Monde*, die Regierung bedaure die Unruhen im Erdölgebiet, doch sei sie der Ansicht, daß Streiks keiner Macht ein Recht zur Intervention geben. Eine Landung britischer Streitkräfte im Süden Persiens werde zu Komplikationen im Norden führen. Am 24. April gibt die Regierung die Beendigung des Streiks im Erdölgebiet bekannt.
27. April: Ministerpräsident Hussein *Ala* erklärt den Rücktritt der Regierung. Am 28. April wird der Führer der Nationalen Front, Mohammed *Mossadegh*, vom Majlis (Unterhaus) zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Das Majlis beschließt danach einstimmig, die Anglo-Iranische Oelgesellschaft rückwirkend ab 20. März zu enteignen und eine staat-

liche Gesellschaft an ihre Stelle zu setzen. Der Senat billigt diesen Entschluß am 30. April.

29. April: Die Anglo-Iranische Oelgesellschaft richtet einen Protest an die Regierung, in dem sie darauf hinweist, daß der zwischen ihr und der Regierung abgeschlossene Pachtvertrag ausdrücklich eine Aenderung durch einseitige legislative Maßnahmen ausschließt. Am 8. Mai fordert sie die Regierung auf, die Rechtmäßigkeit der Verstaatlichung durch ein internationales Schiedsgericht prüfen zu lassen. Das Ersuchen wird am 20. Mai von der Regierung abgelehnt.
2. Mai: Ministerpräsident Mohammed *Mossadegh* bildet sein Kabinett: Außenminister: Bagher *Kazemi*, Innenminister: General Fazlollah *Zahedi*, Kriegsminister: General Ali Asghar *Naghidi*, Justizminister: Ali *Hayat*, Finanzminister: Mohammed Ali *Varasten*, Wirtschaftsminister: Emir Hamayun *Buscheri*, Landwirtschaftsminister: Ziaolmolk *Farmand*, Arbeitsminister: Emir Teymur *Kalali*, Minister für Post und Fernmeldewesen: Jusof Moschar *Aazam*, Gesundheitsminister: Hakim Oddowleh *Adham*, Erziehungsminister: Karim *Sandjabi*. Die Regierung erhält am 6. Mai mit 99 gegen 1 Stimme das Vertrauensvotum des Majlis.
9. Mai: Ministerpräsident Mohammed *Mossadegh* gibt den Inhalt eines an die britische Regierung gerichteten aide-mémoire bekannt, in dem festgestellt wird, daß früher gewährte Konzessionen nicht das souveräne Recht Persiens auf Verstaatlichung seiner Industrie beeinträchtigen könnten. Deshalb sei keine internationale Instanz für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Verstaatlichung zuständig. Der britische Botschafter, Sir Francis *Shepherd*, überreicht der Regierung am 19. Mai eine Antwortnote, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß ein weiteres einseitiges Vorgehen Persiens die ernstesten Folgen haben müsse. Die britische Regierung sei entschlossen, die Interessen der Anglo-Iranischen Oelgesellschaft zu schützen. Sie sei bereit, über ein neues Abkommen mit der persischen Regierung zu verhandeln.

Syrien

18. Mai: Der Rat der Arabischen Liga faßt nach mehrtägiger Sitzung in Damaskus eine Entschliebung, in der Syrien die volle Unterstützung aller arabischen Staaten in seinem Konflikt mit Israel zugesagt wird. Der Rat empfiehlt die Einberufung einer Konferenz der Generalstabschefs, um Pläne für die gemeinsame Verteidigung vorzubereiten.

Australien

Australischer Bund

26. April: An Stelle des zum Botschafter in Washington ernannten bisherigen Außenministers, Percy C. *Sponder*, übernimmt der Minister für öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau, Richard G. *Casey*, das Außenministerium.
28. April: Es finden Wahlen zu beiden Häusern des Parlaments statt. Die neue Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus ist folgendermaßen: Liberale Partei 52, Country Party (konservativ) 17, Labour Party 52 Sitze. Im Senat, dessen genaues Wahlergebnis erst in

vier Wochen feststehen wird, erhalten die Regierungsparteien ebenfalls eine knappe Mehrheit.

10. Mai: Eine Umbildung der Regierung wird bekanntgegeben: Die neuen Minister sind: Minister für Inneres, öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau: W. S. *Kent Hughes*, Minister für die Territorien: Paul *Hasluck*, Sozialminister: A. G. *Townley*.

Organisation der Vereinten Nationen

17. April: Der Sicherheitsrat tritt zur Erörterung einer Reihe von Grenzzwischenfällen zusammen, die sich im März und April zwischen Israel und Syrien ereignet haben. Der Vertreter Syriens, Faris *el-Khoury*, beschuldigt Israel, das Waffenstillstandsabkommen verletzt und syrisches Gebiet mit Luftstreitkräften angegriffen zu haben. Seine Anschuldigungen werden am 25. April vom Vertreter Israels, Abba S. *Eban*, zurückgewiesen, der die volle Souveränität in den demilitarisierten Grenzgebieten für Israel in Anspruch nimmt. Am 2. Mai macht der israelische Vertreter dem Rat Mitteilung von einem Angriff syrischer Truppen auf israelisches Gebiet, der sich am Morgen des gleichen Tages zugetragen hat. Am 8. Mai fordert der Sicherheitsrat in einer bei Stimmenthaltung der Sowjetunion einstimmig angenommenen Resolution beide Parteien zur Feuereinstellung und zur Einhaltung der Waffenstillstandsbedingungen auf. In einer weiteren, am 18. Mai angenommenen Resolution wird Israel aufgefordert, die Drainagearbeiten an dem im Grenzgebiet gelegenen Huleh-See, die zum Ausbruch der Feindseligkeiten geführt hatten, vorübergehend einzustellen.
30. April: Der Sicherheitsrat ernennt den Amerikaner Frank P. *Graham* zum Beauftragten der Vereinten Nationen für Indien und Pakistan mit dem Auftrag, im Kaschmir-Streitfall zu vermitteln. Er soll in den nächsten drei Monaten versuchen, die Demilitarisierung Kaschmirs zu erreichen. Am 5. Mai protestiert der pakistanische Außenminister, Sir Mohammed *Zafullah Khan*, in einem Brief an den Sicherheitsrat gegen die beabsichtigten Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung in Kaschmir. Er stellt fest, daß von freien Wahlen in Kaschmir keine Rede sein könne, solange indische Truppen das Land besetzt halten.
3. Mai: Der Vertreter Südkoreas, Ben C. *Limb*, fordert den Wirtschafts- und Sozialrat auf, gegen die Sowjetunion, die Chinesische Volksrepublik und Nordkorea eine Untersuchung wegen Völkermords einzuleiten.
14. Mai: Der Ausschuß für Sanktionsmaßnahmen der Vollversammlung billigt einstimmig bei Stimmenthaltung Ägyptens einen von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Resolutionsentwurf, in dem alle Staaten aufgefordert werden, über die Chinesische Volksrepublik und Nordkorea ein Embargo für Waffen und Kriegsmaterial, Oel und kriegswichtige Rohstoffe zu verhängen. Die Resolution wird am 18. Mai von der Vollversammlung mit 47 gegen 0 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen. Die Delegierten der Ostblockstaaten bestreiten das Recht der Versammlung, über diese Frage zu entscheiden, und nehmen an der Abstimmung nicht teil.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

6. JAHR

WICHTIGE ZUGÄNGE VOM 1. APRIL BIS 31. MAI 1951

12. FOLGE

Bücher und Broschüren

Albrecht, Karl: Probleme und Methoden der wirtschaftlichen Integration. Kieler Vorträge, gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Professor Dr. Fritz Baade. Neue Folge 1. Kiel, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; 1951. 25 S. Preis: DM 1.50.

Im Zusammenhang mit den jüngsten Vorschlägen zur wirtschaftlichen Integration Europas erörtert der Verfasser den Schuman-, Stikker-, Pella- und Petsche-Plan. Dabei vertritt er die Auffassung, daß alle Anstrengungen für eine wirtschaftliche Integration Europas Stückwerk bleiben, wenn es nicht möglich ist, die bilateralen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa durch einen multilateralen Welthandel zu ergänzen.

Aubert, Louis F., William Diebold, Michael Zvegintov etc. Contrôle de l'Allemagne. Control of Germany. Paris, Librairie Marcel Rivière et Cie.; 1949. 144 S.

Bentwich, Norman and Andrew Martin: A Commentary on the Charter of the United Nations. First Published 1950. London, Routledge & Kegan Paul Ltd.; 1950 XXVIII, 239 S. Preis: 18 S. net.

Das Buch stellt den ersten britischen Kommentar zur Charta der Vereinten Nationen dar. Dieser Kommentar bezieht sich nicht nur auf das Vertragswerk selbst, sondern auch auf die Charta ergänzende Dokumente. Die frühere Satzung des Völkerbundes wird zum Vergleich herangezogen. Besonders wertvoll erscheint die Auslegung der Charta auf Grund der bisherigen Praxis. Eine kurze Bibliographie und ein Index erhöhen den Gebrauchswert dieses Werkes.

Bericht der Bundesrepublik Deutschland über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten bis zum Jahre 1952/53. (Deutscher Beitrag zum 3. Bericht der OEEC). Bonn, Bundesministerium für den Marshall-Plan; 1951. Verlag: Humanitas-Verlag GmbH., Koblenz. 72 S.

1950 Berlin Constitution and Electoral Law. Office of the High Commission for Germany. Prepared by Policy Reports Secretary Office of the Executive Secretary. January 15, 1951. Washington, US. Government Printing Office; 1951. VII, 99 S.

Croce, Benedetto: Geschichte Europas im neunzehnten Jahrhundert. Zweite, verbesserte Auflage. Stuttgart, W. Kohlhammer Verlag; 1950. 400 S. Preis: Ganzleinen DM 11.80.

Das bereits 1932 erstmalig erschienene Werk Croces macht nicht den Versuch, den Anschluß an die jüngsten europäischen Ereignisse zu finden. Croce begnügt sich, in einem knappen Nachwort das Fehlschlagen all der Hoffnungen zu beklagen, von denen das Werk erfüllt ist und die er selbst mit „Wiedererweckung des Freiheitsideals“ bezeichnet. Um so aufschlußreicher und bedeutsamer sind die historischen wie geschichtsphilosophischen Ausführungen in einem Augenblick, da die westliche Welt sich ansieht, alle Kräfte zur Sicherung des gleichen Freiheitsideals zu sammeln. Croce sieht im Ideal der Freiheit eine echte und damit unsterbliche Idee, die auch aus den dunkelsten Niederlagen wieder auferstehen kann und wird und die — nach einem Wort Hegels — wie jede Idee „Zeit hat“. Dieser Trost, den sich des Verfassers leidenschaftliches Mitempfinden selbst zuspricht, spricht aus jeder Seite seiner Ausführungen und verleiht den nüchternsten Fakten Farbe und Relief.

Toynbee, Arnold, J.: Der Gang der Weltgeschichte. Aufstieg und Verfall der Kulturen. Zweite erweiterte Auflage. Uebersetzt von Jürgen von Kempster. Stutt-

gart, W. Kohlhammer Verlag; 1949. XXXI, 565 S. und 1 Tafel. Preis: Leinen DM 16.80.

In ähnlicher Weise und in völligem Gegensatz zu den Formulierungen und Grundgedanken Spenglers entwickelt der englische Geschichts- und Kulturphilosoph Toynbee seinen neuen Gedanken, daß jeder schicksalhaften „Herausforderung“ einer Kultur die Möglichkeit zumindest einer echten, das heißt sieghaften „Antwort“ innewohnt. Ohne die Möglichkeit des Unterganges von Kulturen leugnen zu können oder auch nur zu wollen, oder etwa einem schlichten Fortschrittsglauben untergründig zu verfallen, sieht er doch ebenso die Möglichkeit, daß gerade die scheinbar vernichtende Herausforderung den Keim eines konstruktiven Aufschwunges in sich schließt und daß der Schwung und Gegenschwung des Pendels einer Ueberlagerung und damit einer innersten Steigerung fähig ist. Auch er rückt damit die reinen Fakten in einen ganz neuen Blickpunkt und setzt sie in konstruktive Beziehung zu einem in gewissem Sinne Unerforschlichen, das dem schöpferischen Geist Kraft zufließen läßt und dem Täter der Geschichte die Ideen, die ihn zur echten „Antwort“ befähigen.

Das Recht in Deutschland. Sammlung des Reichs- und Zonenrechts. Ueberstaatliches Recht, Band III. 10. bis 11. Lieferung. Deutsche Demokratische Republik. Herausgegeben durch Dr. Helmut Ruge, Rechtsanwalt und Notar. Mitarbeiter: Hermann Hirschfeld, Albert Ruge, Hans Aldenhoff und Dr. jur. Ernst Schaar. Berlin, Carl Heymanns Verlag; 1950.

Den bisherigen neun Lieferungen folgen jetzt zwei weitere, welche die bereits in der letzten Lieferung begonnene Veröffentlichung der auf dem Gebiete des Wirtschaftsrechts ergangenen Gesetze und Verordnungen fortsetzen. Der 10. Lieferung liegt außerdem ein Stichwortverzeichnis für die 1. bis 5. Lieferung bei.

„Die Afrika-Wirtschaft“ Jahresbericht 1950. Vorgelegt der Ordentlichen Mitgliederversammlung vom Vorstand am 15. März 1951. Afrika-Verein Hamburg-Bremen E. V., Hamburg, Borse; 1951. 59 S.

Die vorliegende Broschüre ist nicht so sehr ein Bericht über die Tätigkeit des Afrika-Vereins; sie vermittelt vielmehr ein Bild der Afrika-Wirtschaft und behandelt die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge. Der erste Teil ist den gegenwärtigen afrikanischen Problemen gewidmet. Besonders hervorgehoben wird die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Afrika, die ECA-Entwicklungsprojekte und das Punkt-4-Programm. Aus dem Abschnitt über die deutschen Beziehungen zur Afrika-Wirtschaft geht hervor, daß eine wesentliche Steigerung des Afrika-Exportes nur erzielt werden kann, wenn dem deutschen Handel gleichberechtigt das Niederlassungsrecht in Afrika eingeräumt wird. — Berichte über einzelne Gebiete vervollständigen das Bild von dem derzeitigen wirtschaftlichen Stand Afrikas.

From Weimar to Hitler. Germany, 1918—1933. The Wiener Library. Catalogue Series No. 2. London, The Wiener Library; 1951. 100 S.

Dieser zweite Teil des Wiener Library Catalogue bringt nach Abteilungen geordnet eine vollständige Uebersicht über die Literatur zu diesem Thema, angefangen vom Zusammenbruch 1918 bis zur Machtergreifung einschließlich charakteristischen Schriften über die Führer und Organisationen des Nationalsozialismus. Damit wird eine wesentliche Ergänzung des ersten Teiles gegeben, da nunmehr auch alle Literatur vereinigt ist, die erst das Verständnis für die Möglichkeit der Entstehung des Dritten Reiches vermittelt.

Merkatz, Hans-Joachim von: Die Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaus sowie der deutschen Stahl- und Eisenindustrie und die Zuständigkeit der Besatzungsmächte. Ein Rechtsgutachten. Bad Godesberg, Institut für Raumforschung, Bonn; 1951. 30 S.

Neumann, Walter: Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet. Voraussetzungen, Entwicklung und Wirksamkeit. Köln, Bund-Verlag GmbH.; 1951. 228 S. Preis: broschiert DM 6.—.

Die Studie gibt eine Uebersicht der Entwicklung der Gewerkschaften im Ruhrgebiet bis etwa 1932, berührt also die jüngere Entwicklung überhaupt nicht, bringt aber wertvolles Material, besonders auch hinsichtlich der ganz besonderen Bedingungen des Ruhrgebietes, das ja durch schnelles Wachstum der Industrie, dichteste Konzentration und durch häufige stoßweise Zuwanderung fremder Bevölkerungsteile seine ganz besondere Problematik hatte. Ein ausführliches Literaturverzeichnis ist beigegeben.

Schuster, Hans: Ueberbevölkerung und Auswanderung. Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung. Bremen, Friedrich Trüben Verlag; 1951. 95 S. Preis: kart. DM 3.—.

Der Verfasser sieht die Frage der Auswanderung nicht nur unter wirtschaftlichen, sondern auch unter soziologischen Gesichtspunkten und weist auf die mannigfachen Zusammenhänge zwischen Ueberbevölkerung und Auswanderung hin. Dabei werden das asiatische Bevölkerungsproblem und die europäischen Bevölkerungsverschiebungen untersucht. Deutschland, im 19. Jahrhundert eines der wichtigsten europäischen Auswanderungsländer, ist nach dem Zweiten Weltkrieg zum Aufnahmeland von 12 Millionen Flüchtlingen geworden; ein Problem, das Deutschland nicht allein zu lösen vermag. Die Gleichung des Reichskanzlers Caprivi: „Entweder Waren oder Menschen exportieren“ sei heute nur noch bedingt anwendbar; ein bedingungsloses Ja zu einer Massenauswanderung sei genau so bedenklich wie ein grundsätzliches Nein zu jeder Art von internationaler Wanderung.

Soule, George, David Efron und Norman T. Ness: Latin America in the Future World. New York-Toronto, Farrar & Rinehart; 1945. XIII, 372 S.

Statistical Yearbook. Annuaire Statistique 1949—1950. Second Issue. U. N. Publication Sales No. 1950. XVII. 3. New York, United Nations Publications; 1950. 556 S. Preis: Sw. frs. 24.00. \$ 6.00. Auslieferung in Deutschland: Alexander Horn, Spiegelgasse 9, Wiesbaden.

Der vorliegende Band ist die zweite Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs der Vereinten Nationen, welches vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit den speziellen Organisationen und den statistischen Aemtern der verschiedenen Länder herausgegeben wurde.

Neben zahlreichen finanz- und wirtschaftsstatistischen Daten umfaßt das Handbuch auch statistische Angaben bezüglich der Bevölkerung sowie sozialer und kultureller Fragen. Diese umfangreiche Sammlung internationaler Daten ist in 166 Tabellen enthalten, wobei Titel, Text und Fußnoten in englischer und französischer Sprache wiedergegeben sind. Das Werk gehört mit seiner Fülle an Material in jede Fachbibliothek.

The Berlin Crisis. A Report on the Moscow Discussions 1948. Including text of a note addressed to the Soviet Government on September 26 by the Government of the United States, the United Kingdom, and France. Department of State. Publication 3298. European and British Commonwealth Series I. Washington, US. Government Printing Office; 1948. V, 61 S. Preis: 20 cents.

The Third Year. The Publications Division Ministry of Information and Broadcasting Government of India. 1950. 390 S.

Wander, Hilde: Die Bedeutung der Auswanderung für die Lösung europäischer Flüchtlings- und Bevölkerungsprobleme. Kieler Studien. Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Herausgegeben von Prof. Dr. Fritz Baade. Heft 15. Kiel, 1951. VI, 81 S. und 5 Schaubilder. Preis: DM 5.—.

Diese Untersuchung befaßt sich mit den Lösungsversuchen des europäischen Flüchtlings- und Bevölkerungsproblems durch Auswanderung. Das Problem wird jedoch mehr in den Rahmen der wirtschaftlichen Integration gestellt. Die durch ihre Arbeiten zum Flüchtlingsproblem bekannte Verfasserin kommt zu dem Ergebnis, daß die Lösung der westeuropäischen Flüchtlings- und Bevölkerungsfragen nicht durch eine quantitative Verminderung der Bevölkerung herbeigeführt werden könne, sondern daß dieselbe vielmehr in der Erhöhung der Produktivität und der Schaffung neuer Arbeitsplätze in den westeuropäischen Ländern zu suchen sei. Die in Westdeutschland und Oesterreich entstandene Ueberbevölkerung könne nicht durch Auswanderung allein korrigiert werden. Für eine Auswanderung kommen nach Ansicht der Verfasserin praktisch nur leistungsfähige junge Personen in Frage, während aber gerade die Unterbringung der älteren Jahrgänge das Hauptproblem biete. Neben den begrenzten Möglichkeiten durch eine Auswanderung könne ein innereuropäischer Ausgleich jedoch große Bedeutung gewinnen, wenn er mit einer Politik der wirtschaftlichen Integration Hand in Hand gehe.

Neue Zeitschriften

Esteri. Quindicinale di Politica Estera. Quattro Anni di Politica Estera Italiana. Numero Speciale. Febbraio 1951.

Notre Europe. Revue européenne paraissant à Strasbourg. Strasbourg. Jahresabonnement: frs. 500.—, Einzelnummer: frs. 50.—.

Als Schwesterpublikation der in Großbritannien erscheinenden Zeitschrift *European Digest* wird seit Dezember 1950 durch die Société Européenne d'Éditions et de Publications in Straßburg die in jährlich 10 Heften erscheinende Zeitschrift *Notre Europe* veröffentlicht. Dem Redaktionskomitee gehören an: A. Blérot, F. Hoffet, M. Ray, A. Staath, G. Tabouis, J. Jenner.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Karl Cornides, Wien; Erika Feldmann, Verden/Aller; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt a. M.; Dr. Walther Hofer, Zürich, Gastdozent Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Georg von Rauch, Dozent an der Universität Marburg; Herbert Rehbein, Frankfurt a. M.; Fritz Steppat, München; Dr. Erwin Weghorn, Frankfurt a. M.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Eschersheimer Landstraße 86, Telefon 58083

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Copyright: 1951 by Europa-Archiv

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt a. M. GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar vom Verlag zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2.—, 6. S. 6.—, Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50, 6. S. 25.— und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.—, 6. S. 100.—, sfr. 38.— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste.

Allgemeine Ausgabe: Verlag Europa-Archiv, Oberursel bei Frankfurt a. M. Auslieferung: Carl Fr. Fleischer, Frankfurt a. M.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12. Auslieferung: Zentralgesellschaft für buchgewerbliche und graphische Betriebe Inh. Rob. Mohr, Wien 1.

Ausgabe für die Beneluxländer und die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel. Auslieferung: H. R. Sauerländer & Co., Aarau